D 20930 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/Main Nr. 93
November '77 DM 1,80

Entführtes Urlauber-Flugzeug ... dpa

Orden für GSG 9-Kommando

Nach Mogadischu

Wenn die Erregung, die die ganze Gesellschaft erfaßt hat, wenn die Tage der Fahndung, die heute noch als "Rattenjagd" (Abendpost v. 21.10.77) angepriesen werden kann, vergangen sind, wird diese Gesellschaft nicht mehr so sein wie vor Mogadischu und vor Schleyers Tod. Zu tief sind die Gefühle auch derjenigen, die sonst politische Ereignisse kaum zur Kenntnis nehmen, ergriffen worden, um nicht das Gift dieser Tage bewegt aufgesogen und im Unterbewußtsein angelagert zu haben. Das Gift, das die Kritik am Bestehenden für dessen kritischen Zustand verantwortlich und damit die Unterdrückung kritischer Opposition zur Bedingung der Überwindung der herrschenden Misere macht.

Freilich, die Verteufelung nonkonformistischer und sozialistischer Kritik, dies ist immer die ideologische Botschaft der herrschenden Klasse gewesen. Bisher aber konnte diese Botschaft nicht durchschlagend dem Volk vermittelt werden. Zu sehr stand die alltägliche Erfahrung kritikwürdiger Umstände dem im Wege, zu sehr hinderte aber auch die von den Herrschenden über ihre Öffentlichkeit betriebene Entpolitisierung die vorbehaltlose Aufnahme ihrer Botschaft. Mit der Geiselnahme, der aus dem volkstümlichen Mallorca, dem Reiseziel von jedermann, zurückkehrenden Urlauber, in denen Arbeiter und Angestellte, Hausfrauen, Lehrlinge und Rentner, Schüler und Arbeitslose, kurz jedermann sich mühelos wiedererkennen konnte, hat sich diese Situation verändert. Hier war nicht mehr der millionenschwere Industriemanager gefangen oder die Geisel im traumhaften Milieu der 'Großen Welt' fern von jedermann angesiedelt. Jeder, der bewegt die Vorgänge im Flugzeug verfolgte, fühlte sich mit als Geisel bedroht, identifizierte sich mit den unter brennender Sonne und kalter Morddrohung Eingeschlossenen. „Das Volk selbst" war zur Geisel genommen worden, und zwar von denen, wie es scheinen mußte und sollte, die immer schon durch Kritik die bestehende Ordnung gestört hatten, von denen, die aus den besseren Schichten kamen und nicht recht "zum Volke gehörten" und von

FORTSETZUNG SEITE 3

IN DIESER AUSGABE: Kommentare Andreas Buro: Nach Mogadischu 1/3 • Klaus Vack: Russell-Tribunal 4 • Michael Schwelien: GEW 5 • Franz Sorge: IG Metall 7 • H.E. Brand: DGB und AKW 8 • **Diskussion** Eberhard Schmidt: Erfahrungen mit der Solidarität 10 • W. Eichwede/ H. Kaiser: Sowjetgesellschaft 22 • **Repression** J. Rücker/H. Scherer/J. Schmidt: Reaktionen der Reaktion 11 • Hanfried Scherer: Zur Suspendierung Peter Brückners 13 • **Terrorismus** Detlev Claussen: Fetisch Gewalt 14 • **Europa** Klaus Busch: Europäische Gemeinschaft 20 • **Sozialismus** Bahro-Selbstinterview 25 • **Politische Biographie** Heiner Nitzschke: Sind Linke Freiwild? 27 • **Informationen Berichte Initiativen Aktionen** SB-Osnabrück: Aktion gegen Faschisten 29 • Katalyse: Selbstdarstellung einer Technikergruppe 30 • Ludi Lodovico: Volksrechte in der Schweiz 32

SEITE 14: FETISCH GEWALT – ZUM HISTORISCHEN FUNKTIONSWECHSEL DES TERRORS

links

Sozialistische Zeitung

Die sozialistische Bewegung wird heute und hier nur dann reale gesellschaftliche Bedeutung gewinnen, wenn sie

- **aus dem Dilemma unbrauchbarer traditionell-bürokratischer Organisationsvorstellungen hier, ebenso unbrauchbarer „reiner" und teils blinder Spontaneität dort herausfindet;**
- **die chinesische Mauer zwischen isolierten Tageskämpfen einerseits, weitgespannten sozialistischen Zukunftsvorstellungen andererseits durchbricht;**
- **Handlungsmöglichkeiten entwirft, die in hochentwickelten Gesellschaften unter Umständen jene Funktion übernehmen können, die unter anderen historischen und gesellschaftlichen Bedingungen „direkte" Gewalt und „einmalige" Revolutionsakte ausübten oder noch ausüben;**
- **eine neue, nicht autoritäre Antwort auf die Frage nach der internationalen Kooperation der Linken findet.**

●

„links" ist das Organ des Sozialistischen Büros. Durch Information und Diskussion will diese Zeitung politische Praxis und theoretische Verständigung der im SB organisierten oder an ihm orientierten Linken unterstützen. „links" will – über diese Funktion für den Organisierungsprozeß des SB hinausgehend – Erfahrungen aus der politischen Arbeit, Beiträge zur Analyse der Klassenauseinandersetzungen und Berichte aus der internationalen Linken vermitteln und damit zur Erneuerung der Arbeiterbewegung und zum Ausbau der sozialistischen Ansätze in der Bundesrepublik beitragen. „links" geht davon aus, daß die im Organisierungsprozeß der Linken allseits als notwendig anerkannte Verbindlichkeit nur aus der auch kontrovers geführten Diskussion verschiedener Erfahrungen und Einschätzungen entwickelt werden kann. „links" dient nicht der Propagierung andernorts bereits vorgefertigter politischer Linien, sondern will im Rahmen des SB die erforderliche, das Spektrum der verschiedenen Erfahrungen aufhebende Diskussion ermöglichen. Die Zeitung steht deshalb offen für solidarisch geführte Kontroversen zu wichtigen Fragestellungen. „links" berichtet auch über Erfahrungen und Aktionen von Sozialisten, die nicht im SB organisiert sind und steht deren Kritik offen. „links" wird nicht von hauptamtlichen Redakteuren gemacht. Die Zeitung erhält keine Unterstützung durch finanzkräftige Institutionen. Sie ist deshalb auf die publizistische Aktivität und materielle Förderung der Leser angewiesen. Das Sozialistische Büro fordert zur Mitarbeit und Hilfe bei dem weiteren Ausbau und der Gestaltung der sozialistischen Zeitung „links" auf.

Sozialistisches Büro
605 Offenbach 4, Postfach 591

NEUES VOM RECHTSSTAAT

Einbruch bei der „Zensur"

Merkwürdige Dinge, die wohl nur auf das politische Klima nach der Schleyer-Entführung zurückzuführen sind, trugen sich in den Redaktionsräumen der Oldenburger Schülerzeitung "Zensur" zu. (Die "Zensur" erscheint am Oldenburger Schulzentrum Alexanderstraße.)

"Als einer unserer Redakteure gegen 14.30 Uhr zu den Redaktionsräumen kam, fuhr ein PKW mit hoher Geschwindigkeit aus der Ausfahrt", berichtete ein Flugblatt der Schülerzeitungsmacher. Es stellte sich heraus: in die Redaktionsräume war eingebrochen worden, die gründlich durchwühlt worden waren; verschwunden waren: bereits bezahlte Druckrechnungen, eine Liste mit Adressen sämtlicher Redaktionsmitglieder und eine Akte mit dem Postverkehr.

Den Schülern gaben folgende Umstände zu denken: Der vermutlich selbe Wagen, der aus der Ausfahrt kam, (OL-LT 478), wurde in der gleichen Straße mehrfach gesehen. Am Abend vor der Durchsuchung teilte der Vermieter der Räume einem Redaktionsmitglied gegenüber mit, "daß die Polizei heute wieder da war". Mehrere Redaktionsmitglieder hatten den Eindruck, daß das Gebäude schon länger beobachtet wurde.

Die Schüler zu diesem Einbruch: "Egal, ob die Aktion als 'Warnung' gedacht war oder ob es sich tatsächlich um eine staatliche gehandelt hat (vieles deutet darauf hin), ist versucht worden, uns mundtot zu machen". In der Tat versucht die "Zensur" eine "Diskussion über die Schule in die Schule" zu bringen: über Leistungsdruck, Notenangst, aber auch Berufsverbote. Verdächtig macht die Schüler, die bereits einen anonymen Drohbrief erhalten haben ("Die Zensur ist ein scheiß linkes Kampfblatt! In die DDR, Ihr Terroristen! Ihr P."), natürlich auch, daß sie versuchen, "demokratisch miteinander leben zu können und jegliche Redaktionshierarchie abzubauen".

(Quelle: Flugblätter und Pressemitteilungen der Schüler)

Die Freiheit der Kunst

"Die Behinderung und Knebelung kritischer politischer Kunst in der BRD macht rasche Fortschritte", meldete jüngst die "Frankfurter Rundschau". Wie wahr: Der Extremist Franz-Josef ließ vor einigen Wochen dem Grafiker Friedel Deventer und der Elefanten Press Galerie Berlin durch das Landgericht Kassel untersagen, ihn (Strauß) "in gleichsetzender Weise in Zusammenhang mit dem Kopf Hitlers, einem Hakenkreuz und einem Krautkopf darzustellen und/oder solche Abbildungen zu verbreiten". Deventer hatte in einer Bildfolge dargestellt, wie sich das Porträt Hitlers in einen Kohlkopf verwandelt (Hintergrund: ein Hakenkreuz) und wie aus diesem Kopf sich das Strauß-Konterfei entwickelt. Die Grafik entstand bereits 1972 und wurde auf über 100 Ausstellungen gezeigt.

Dies ist eines der vielen Beispiele für die Unterdrückung politischer Kunst in der BRD. Der Heidelberger Grafiker Klaus Staeck konnte auf Dutzenden von Ausstellungen etliche seiner Produkte nicht mehr zeigen, weil die Aussteller Angst bekamen oder weil Reaktionäre Druck ausübten, – Die "berliner extra-dienst"-Redaktion wurde 1976 mit einem Strafbefehl belegt, weil sie u.a. den Bundesadler als zerrupften Vogel karikiert hatte. (In zweiter Instanz gab's allerdings einen Freispruch.) – Der Kassler Zeichner Urban Müller wurde angezeigt, weil er die Nähe des Bundesadlers zum faschistischen Reichsadler grafisch dargestellt hatte.

Bestraft wird auch, wer politische Grafik (z.B. in Form von Plaketten) öffentlich trägt. Ein Beispiel: Als im Sommer 1976 Studenten der PH Berlin streikten, weil dem AStA die Gelder teilweise gesperrt worden waren, kam es zu massiven Polizei-Eingriffen an der Hochschule. Viele Studenten steckten sich daraufhin eine Plakette an, auf der

in Hakenkreuzform ein knüppelnder Polizist abgebildet ist (Text der Grafik: PH Berlin – zeitweise Polizeihochschule). Ein Träger der Plakette wurde nach einer Demonstration gegen die Polizei-Einsätze von Zivilpolizisten festgenommen und mit zugehaltenem Mund und herumgedrehten Armen zur Polizeiwache geschleppt – ein Polizist fühlte sich durch die Plakette beleidigt. Das Amtsgericht verurteilte den Studenten zu 200 DM Geldstrafe. Dieses Strafmaß wurde vor einigen Wochen vom Landgericht Berlin bestätigt. Der vorsitzende Richter zum Verurteilten: Es bestehe doch kein Anlaß, sich Sorgen um ein Berufsverbot zu machen; so schlimm sei es bei uns doch nicht.

(Quelle: FR 22.8. und 21.9.1977; päd.extra 4/77)

"Eine Art Umweltverschmutzung"

Wie sehr sich "unabhängige" Gerichte in ihren Urteilen durch die Stimmungsmache der Herrschenden und ihrer Instanzen beeinflussen lassen, wurde Ende September/Anfang Oktober in einem Prozeß vor dem Landgericht Nürnberg deutlich. Angeklagt waren dort zwei Mitglieder des Politladens Erlangens – wegen Verkaufs des aus den USA stammenden "Anarchistischen Kochbuchs", wegen Herstellung und Verbreitung des Buches "Kampf der Vernichtungshaft" und wegen (angeblicher) Verteilung eines "Drenkmann-Flugblattes".

Die Vorgeschichte zu diesem Prozeß liegt fast drei Jahre zurück: Anfang Februar 1975 durchsuchte Polizei die Erlanger und Gaiganzer Niederlassungen des Politladens.

Das Gericht verurteilte nun einen der beiden Politladen-Leute, Gerd Schnepel, zu zwei Jahren Gefängnis; der andere, Udo Polzer, wurde freigesprochen – wegen Mangel an "persönlichem Tatbeitrag".

In ihrer Urteilsbegründung hielten die Richter das Buch "Kampf der Vernichtungshaft" für das wesentlich Schlimmere. In der Dokumentation waren u.a. Formulierungen enthalten wie z.B., daß die BRD ein "Schweinesystem" sei, das "nichts mehr hat als Gewalt, Faschismus, Unterdrückung, Manipulation". Auf den groben Klotz setzte der Gerichtsvorsitzende einen groben Keil: Das Buch sei "eine üble Hetz- und Schmähschrift, die bei labilen Menschen Schlimmes bewirken könne" (Als ob Bücher direkt zu politischem Handeln treiben können!). Und weiter: Herstellung und Vertrieb seien kein Kavaliersdelikt, sondern "eine Art Umweltverschmutzung, die sehr viel Böseres bewirken kann als das was man gemeinhin unter diesem Begriff versteht".

Der Richter versäumte es nicht auf die "tragischen Ereignisse der letzten Wochen hinzuweisen", zu denen solche Kriminalität (gemeint ist die Herausgabe dieser Schriften) führe. Eine Strafmilderung wollte der gerechte Richter nicht zugestehen: "Gegen den Angeklagten spricht, daß er seit Jahren in der sogenannten linken Scene tätig ist und zwar in einer Weise die nicht mehr als normale politische Betätigung verstanden werden kann, sondern immer wieder die Trennmauer zur Strafbarkeit durchbricht".

Gerd Schnepel und sein Verteidiger kündigten einen Revisionsantrag beim Bundesgerichtshof an. In Nürnberg hat sich ein Komitee "Freispruch für Gerd Schnepel" gebildet

(Anschrift: Rechtsanwalt Berthmann, Parsifalstr. 8, 85 Nürnberg)

kommentare

Nach Mogadischu

FORTSETZUNG VON SEITE 1

denen, deren internationale Freunde nun im Flugzeug bereit waren, unter dem so unglaubwürdigen Anspruch von Befreiung und internationaler Solidarität der Unterdrückten, den einfachen Mann mit Mord zu bedrohen.

In dieser Situation schien sich die Behauptung der Herrschenden zu bestätigen, jedermann sei durch den Terrorismus bedroht. Dabei wurde massiv suggeriert, daß sozialistisch, kommunistisch und wohl auch sozialdemokratisch und kritisch-liberal die Hefe des sumpfigen Nährbodens des Terrorismus sei, also auch solche politischen Ansätze zusammen mit dem Terrorismus abzuwehren wären. So war die Ebene im Bewußtsein erreichbar geworden, die von Angst und Haß geprägt wird und sich gegen rationale Argumentation abdichtet. Hier konnte die GSG 9 als vaterländische Schutztruppe zum Sturmangriff ansetzen.

Dieser Sturmangriff zielte nicht nur auf die Befreiung der Geiseln, sondern wurde bis auf das bundesrepublikanische Massenbewußtsein vorgetragen. Bislang hatten die Herrschenden es nicht vermocht, dem aufgehäuften Arsenal von Möglichkeiten der Einschränkung von Interessenvertretung und von Interventionsinstrumenten zugunsten herrschender Interessen eine ideologische Zustimmung in breiten Teilen der Bevölkerung zu sichern. Von der Wiederaufrüstung über die Notstandsgesetze, die Mittel zur Bekämpfung der Linken mit der Wirkung von Einschüchterung von Opposition (z.B. Radikalenerlaß) bis zur Militarisierung der Polizeiapparate und der Vermachtung der bürgerlichen Öffentlichkeit durch Konzentration und Parteienproporzregelungen, haben sich zwar die meisten mit den einzelnen Schritten abgefunden, sich aber nie mit ihnen tatsächlich identifiziert. Diesem Arsenal fehlte bislang so die sichernde Massenloyalität. Der Sturmangriff auf Mogadischu konnte nun genutzt werden, um bisher Mißlungenes erneut zu versuchen.

Denn in Mogadischu saßen scheinbar alle in einem Boot. Da wurden plötzlich in Ministerreden alle zu Kameraden, Deutschland durfte wieder in rechtem Gemeinschaftssinn auf sich stolz sein; unsere Jungs waren besser als alle anderen gewesen. Opferbereitschaft und Nationalbewußtsein konnten nun wieder im Sinne der Verketzerung von Klassenkonflikten zugunsten der vorherrschenden Marschroute anstandslos gefordert werden. Der Stärkung der Gewaltmittel der "wehrhaften Demokratie", wer wollte ihr noch widersprechen, angesichts der in Mogadischu offensichtlichen Tatsache, daß der Staatsapparat das Volk schützt? Im widersprüchlichen Prozeß der Bildung von Massenbewußtsein wurde so im Sturmangriff und seiner Fortführung an der Heimatfront ein Stück Massenloyalität gegenüber einer demokratische Rechte beschränkenden, auf autoritäre Strukturen von öffentlicher Herrschaft zielenden Politik hergestellt. An dieser Stelle müssen wir wie seit vielen Jahren sagen, daß der Terrorismus in der Bundesrepublik die Bemühungen um Demokratisierung und um Entfaltung des einzelnen, um sozialistische und radikal-demokratische Politik immer wieder zusätzlich gefährdete, indem er Bestrebungen auf den autoritären Staat und der Schaffung einer Massenbasis für dessen Ideologie objektiv zuarbeitete.

Mit der Geiselnahme aus dem Volke und dem Tod der RAF-Führungsgruppe, die ihr Scheitern wohl erst nach der Aktion von Mogadischu erkannte, ist der katastrophale Irrweg des Terrorismus, dessen Ausgangspunkt im politischen Engagement für die Unterdrückten lag, bis zur konsequenten Zerstörung aller einst selbst gesetzten Ziele gegangen worden. Dabei wurden in unheilvoller Verkehrung aus den zu befreienden Unterdrückten die späteren Geiseln, und aus denen, die befreien wollten, die geiselnehmenden Erpresser, die ihren politischen Anspruch unter dem Zwang des von ihnen eingeschlagenen Irrweges verloren hatten. Wenn auch weiter durch Terroristen geschossen und gebombt werden mag, wenn auch am Mythos vom antiimperialistischen und antifaschistischen Martyrium in Stammheim gebaut werden wird, der Terrorismus wird dadurch in Westdeutschland nicht zu einer politischen Kraft, es sei denn für die Zwecke der Reaktion. Den sich herstellenden Zusammenhang zwischen Terrorismus und reaktionärer Einschränkung republikanischer Rechte haben zuletzt die Bürgerinitiativen der Umweltschutzbewegung in Kalkar bitter erfahren müssen. Autowerkzeuge und Limoflaschen reichten bereits aus, um aus Demonstranten in der öffentlichen Darstellung potentielle Terroristen zu machen, einer Darstellung, über deren Herrschaftsziel, die breite soziale Bewegung zu spalten und einzuschüchtern, kein Zweifel bestehen kann.

Während dieser staatlichen Offensive zur Einsenkung prägender Vorurteile und Vorverurteilungen in das Unterbewußtsein der Gesellschaft konnte die notwendig differenzierte Argumentation der Linken nur begrenzt wirken. Häufig wurde sie unter dem öffentlich geförderten Verdacht, nur opportunistische Taktik zu sein, beiseite geschoben. Doch so sehr nach Mogadischu das Bewußtsein dieser Gesellschaft weiter formiert werden mag, so wenig darf übersehen werden, daß die Gesellschaft in ihren zentralen Grundproblemen unverändert geprägt wird von der wirtschaftlichen Krise, von der Ratlosigkeit der Herrschenden ihr gegenüber und ihrer Angst, daß die bisher so wirkungsvollen Mechanismen der Einbindung aller bedeutenden sozialen Gruppen in das gesellschaftliche System aus dem Ruder laufen könnten. Und natürlich werden die vielfältigen, unmittelbar berührenden sozialen Konflikte sowie die aus ihnen folgenden Ängste und Frustrationen nicht durch den Sturm der GSG-Männer aufgehoben, sondern ihre prägende Kraft wieder gewinnen. Gerade weil das Bewußtsein der lohnabhängig Arbeitenden so widersprüchlichen Eindrükken und Erfahrungen ausgesetzt ist, haben wir Sozialisten nach Mogadischu keine Veranlassung zu perspektivloser Resignation über die Auswirkungen von Terrorismus und Reaktion auf diese Gesellschaft, wenngleich wir alle Veranlassung haben, die durch sie bewirkten Veränderungen mit großem Ernst nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern auch zum Ausgangspunkt stets notwendiger Überprüfung unserer eigenen Politik und Verhaltensweisen zu machen.

Doch wenn wir uns auch heute wie in der Vergangenheit als Sozialisten mit unserem demokratischen Anspruch gegen den repressiven Staat und die offene und strukturelle Gewalt in der kapitalistischen Gesellschaft wenden, wenn wir heute wie in der Vergangenheit uns mit dem westdeutschen Terrorismus auseinandersetzen und ihn politisch bekämpfen und wenn immer wir uns heute wie in der Vergangenheit gegen Unterdrückung in allen Teilen der Welt wenden, dürfen wir daraus nicht ableiten, daß Sozialisten in diesem Lande der Gewalt entgehen können. Der nach Mogadischu noch problemloser zu rechtfertigende Ausbau von Gewaltapparat und Herrschaftsstrukturen, die sich gegen notwendige gesellschaftliche Veränderungen richten, Militarisierung des staatlichen Apparates und Pogrom-Hetze in der Öffentlichkeit verheißen nur allzu sehr Gewalt als Mittel der Systemstabilisierung, ebenso wie das nicht endende Elend der Menschen in den unterentwickelten Ländern, in denen revolutionäre Gewalt oft einziger Ausweg aus Entwürdigung und systematischer menschlicher Zerstörung ist.

Trotzdem können wir mit Sicherheit sagen, daß die nach Demokratisierung der Gesellschaft und nach Entfaltung des Individuums strebende sozialistische Linke in diesem Lande ihren Zielen nur näherkommen kann, wenn sie sich das Gewaltspiel von Aktion und Reaktion nicht aufzwingen läßt. Sie muß ihre Politik entwickeln, indem sie an den vielfältigen realen und erfahrbaren Konflikten dieser Gesellschaft anknüpft, diese Konflikte gemeinsam mit den Betroffenen im Sinne von Politisierung als gemeinsamen Lernprozeß vorantreibt, damit sozialistische Politik und Zielsetzung als befreiende Alternative erkennbar wird. Daran ist auch und gerade nach Mogadischu festzuhalten.

ANDREAS BURO

edition suhrkamp

Alexander Kluge, Neue Geschichten. Hefte 1–18. ›Unheimlichkeit der Zeit‹
es 819. DM 16,–

Frances F. Piven, Richard A. Cloward, Regulierung der Armut.
Die Politik der öffentlichen Wohlfahrt. Mit einem Vorwort von Stephan Leibfried
es 872. DM 12,–

Thomas Leithäuser, Birgit Volmerg, Gunther Salje, Ute Volmerg, Bernhard Wutka, Entwurf zu einer Empirie des Alltagsbewußtseins
es 878. DM 9,–

Peter Bürger, Aktualität und Geschichtlichkeit.
Studien zum gesellschaftlichen Funktionswandel der Literatur
es 879. DM 7,–

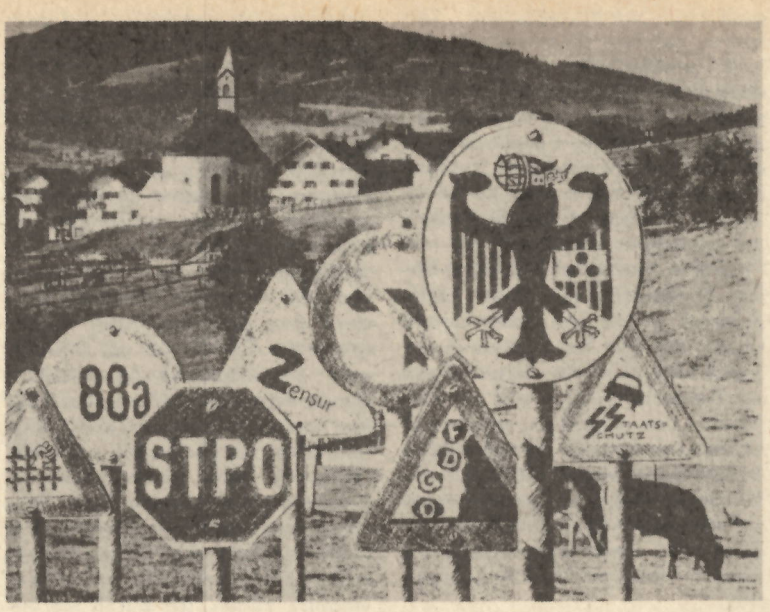
Politik der Subjektivität. Texte der italienischen Frauenbewegung.
Herausgegeben und übersetzt von Michaela Wunderle
es 884. DM 9,–

Bergk, Ewald, Fichte u. a., Aufklärung und Gedankenfreiheit.
Fünfzehn Anregungen, aus der Geschichte zu lernen. Herausgegeben und eingeleitet von Zwi Batscha
es 890. DM 11,–

Horst Kern, Michael Schumann, Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein.
Eine empirische Untersuchung über den Einfluß der aktuellen technischen Entwicklung auf die industrielle Arbeit und das Arbeiterbewußtsein
Studienausgabe *es 907. DM 10,–*

In allen Buchhandlungen.
Prospekte durch den Suhrkamp Verlag, Suhrkamp Haus, 6 Frankfurt 1.

Russell-Tribunal: Notwendiger denn je!



Die gegenwärtige Situation in der Bundesrepublik, die – unter Ausnutzung der brutalen Terroranschläge und Morde in jüngster Zeit – durch eine von reaktionären Kräften, staatlichen Instanzen und Großorganisationen gegen die gesamte Linke und sogenannten Sympathisanten gerichtete Verteuflungskampagne gekennzeichnet ist und in der immer neue – weit über eine Bekämpfung des Terrorismus hinausgehende – und verschärfte Repressionsmaßnahmen und -gesetze geplant werden bzw. eingeleitet wurden, machen ein Russell-Tribunal über Repression und Verletzung von Menschenrechten in der BRD notwendiger denn je – aber auch schwieriger. So selbstverständlich es sein muß, daß sich Sozialisten ebenso wie alle Radikaldemokraten unzweideutig dagegen verwahren, mit dem terroristischen Nihilismus irgendetwas gemein zu haben, ebenso selbstverständlich müssen wir auch in diesen schweren Zeiten unseren Kampf für den Erhalt von Freiheitsrechten und unseren Widerstand gegen Einschränkung, Aushöhlung und Abbau demokratischer Verfassungsinhalte ohne Wenn und Aber fortführen. Wenn die radikaldemokratischen Kräfte in diesem Land jetzt voll in Deckung gehen würden, wenn wir glaubten, Agieren aus der Defensive sei Gebot der Stunde, dann hätte dies nicht nur für das Selbstbewußtsein der Linken außergewöhnlich negative Folgen. Auch hätten Strauß und Dregger – und nicht nur sie – auf kaum absehbare Zeit erreicht, was sie schon immer wollten: die total formierte und autoritäre Gesellschaft, in der die Linke ins politische Getto verdammt ist, in der schon geringster Widerspruch zum herrschenden Konformismus schärfstens geahndet wird.

Wie verwirrt gerade auch bislang konsequent radikaldemokratische bzw. radikalliberale Kräfte auf die für uns alle erschwerte politische Lage reagieren und wie massiv zugleich der Disziplinierungsdruck ist, mit dem von führenden Politikern der Regierungsparteien auf die "Dissidenten" in den eigenen Reihen (und wenn möglich darüber hinaus) eingewirkt werden soll, zeigen einige Beispiele im Vorfeld der Unterstützung für das Russell-Tribunal.

So hat die Bundesvorsitzende der Humanistischen Union, Charlotte Maack, (die HU unterstützt nach einem Beschluß ihrer Delegiertenkonferenz vom März 1977 das Zustandekommen eines Russell-Tribunals) in einem Brief die Bertrand Russell Peace Foundation aufgefordert, das Tribunal zu verschieben und dieses Ansinnen auch gleich öffentlich gemacht. Laut Frankfurter Rundschau vom 10. Oktober erklärte die HU-Bundesvorsitzende, eine vorurteilsfreie Untersuchung durch eine internationale Jury sei nach den Terroranschlägen dieses Jahres in der Bundesrepublik nicht mehr gegeben. Da außerdem durch ein solches Tribunal eine weitere Vergiftung des innenpolitischen Klimas in der Bundesrepublik nicht mehr auszuschließen sei, halte der Bundesvorstand der HU eine Verschiebung für geboten.

Nachdem die HU erst am 22. September 1977 (gemeinsam mit Jungdemokraten, Jungsozialisten, LHV und Falken) ihre Unterstützung für das Russell-Tribunal noch einmal bekräftigt hatte, mußte befürchtet werden, daß dieser öffentliche Appell an die Russell-Foundation nicht nur innerhalb der HU, sondern darüber hinaus auf die Unterstützerbewegung für das Russell-Tribunal demobilisierende Auswirkungen haben könnte. Das SB sah sich deshalb veranlaßt, sofort an den Bundesvorstand der HU zu schreiben.

In unserem Brief haben wir u.a. festgestellt: "... Wenn wir die hohe moralische Autorität der Bertrand Russell Peace Foundation und der Russell-Tribunale ernst nehmen, wie kann man dann zu der Einschätzung kommen, daß durch das Tribunal 'eine weitere Vergiftung des innenpolitischen Klimas in der BRD nicht mehr auszuschließen sei'? Vor uns steht eine der entscheidendsten Auseinandersetzungen in der Geschichte der BRD um den Erhalt von Freiheitsrechten und demokratischen Verfassungspositionen. In dieser Auseinandersetzung werden die reaktionären Kräfte zwar sicher nicht davor zurückschrecken, sich in ihrer politischen Verteuflungskampagne auch auf das Russell-Tribunal einzuschießen (und hier liegt wohl das Motiv der HU, für eine Verschiebung des Tribunals zu plädieren), aber auf die Kräfte, die jenseits der reaktionären Trennlinie stehen (also bis in SPD, FDP, Gewerkschaften, Kirchen etc. hinein), wird ein Russell-Tribunal seinen positiven und zum Teil auch ermutigenden Einfluß nicht verfehlen. Gerade jetzt dürften wir in der öffentlichen Diskussion um die Bestimmung der 'inneren Sicherheit' nicht vor den rechten Kräften zurückschrecken, sondern müssen die Position einer kompromißlosen Verteidigung der Freiheitsrechte aktiv und öffentlich einbringen. Genau hierin besteht die wichtige Aufgabe eines Russell-Tribunals über Repression und Menschenrechtsverletzung in der BRD ..."

Die von uns befürchtete Verunsicherung, die nach dieser Erklärung der HU auch in anderen Organisationen, die sich für eine Unterstützung des Russell-Tribunals erklärt hatten, eintreten könnte, wurde verstärkt durch die Pressionen, die wenig später von den Regierungsparteien gegen ihre Jugendverbände sowie Mitglieder angedroht wurden, falls sie an ihrer Unterstützung für das Russell-Tribunal festhalten.

So gaben die Deutschen Jungdemokraten am 17.10.1977 eine Erklärung ihres Bundeshauptausschusses bekannt, in der die Durchführung des Russell-Tribunals zwar noch einmal grundsätzlich begrüßt und ebenso ausführlich wie eindeutig die Notwendigkeit eines Tribunals über Verletzung der Grund- und Menschenrechte in der BRD begründet werden. Die konsequente Verwirklichung der Grund- und Menschenrechte, die Durchsetzung der Prinzipien der „allgemeinen Menschenrechte", so die Jungdemokraten in ihrer Erklärung, stelle ein zentrales Essential liberaler Politik dar. Die Entwicklung der BRD in den letzten Jahren werde diesen Ansprüchen und Forderungen immer weniger gerecht. Gleichzeitig jedoch ziehen die Jungdemokraten mit dieser Erklärung ihre Unterschrift unter den Aufruf der Bertrand Russell Peace Foundation vom 1.2.1977 und damit auch ihre Unterstützung der Durchführung des Russell-Tribunals zurück. Wie stark der Druck sein muß, dem die Jungdemokraten ausgesetzt wurden, geht aus folgendem Satz ihrer Begründung für die Zurückziehung der Unterschrift hervor: "Diese Tätigkeit der Unterstützung des Russell-Tribunals ist für die Jungdemokraten undurchführbar, da die bestehende politische Repression die Existenz des Verbandes in elementarer Weise gefährdet ..."

Auch der Bundesvorstand der Jungsozialisten ist vorerst auf Distanz gegangen. Er hat sich dem Appell der HU-Bundesvorsitzenden angeschlossen und bezeichnet "eine Durchführung des Russell-Tribunals gegenwärtig nicht für sinnvoll". Dem vorausgegangen war ein Beschluß des SPD-Vorstands vom 13. Oktober, in dem alle Parteimitglieder vor der Teilnahme an den Aktivitäten des Russell-Tribunals gewarnt wurden. Laut FR vom 14.10. erklärte der SPD-Vorsitzende Willy Brandt, er lasse es sich nicht gefallen, daß die Bundesrepublik "in eine Propagandakampagne hineingezogen, und daß dabei der Name des verehrungswürdigen Bertrand Russell zu Lasten der Bundesrepublik Deutschland mißbraucht wird." Brandt werde notfalls gemeinsam mit namhaften Persönlichkeiten des In- und Auslands dafür sorgen, daß "die propagandistischen und verleumderischen Absichten des

Broschüre Russell-Tribunal

Am 1.11. erscheint das bereits angekündigte Buch zur Vorbereitung des Tribunals. Es enthält auf mehr als 100 Seiten

- Informationen über die bisherige Arbeit der Bertrand Russell Peace Foundation und die vorangegangenen Tribunale sowie über die Vorbereitung zum dritten Tribunal;
- einen Aufsatz über die Kriterien Menschenrechtsverletzungen und Besonderheiten der Bundesrepublik;
- die Namen und Kurzbiographien der bisher feststehenden Jurymitglieder;
- die Erklärungen der Jury nach ihrem ersten nichtöffentlichen Zusammentreffen;
- die internationalen Gesetzestexte, die dem Tribunal als Richtschnur zugrunde liegen.

Das Buch wird DM 6,-- kosten. Es wird im linken und fortschrittlichen Buchhandel erhältlich sein. Unterstützungsgruppen können das Buch aber auch über den Kirschkern Buchversand GmbH, 1000 Berlin 12, Schlüterstr. 28 beziehen. Bitte nur auf die folgende Weise bestellen: den entsprechenden Betrag mit einer Zahlkarte auf das Konto des Kirschkern Buchversand überweisen. Auf dem linken Abschnitt der Zahlkarte muß die Versandadresse und die gewünschte Anzahl der Bücher (Kurzbezeichnung: Russell I) stehen. Bei Bestellungen ab 10 Exemplaren ermäßigt sich der Preis um 10%. Die Überweisung genügt als Bestellung. Die Lieferung erfolgt sofort nach Eingang der Zahlung portofrei. Das Postscheckkonto des Kirschkern Verlags: Berlin-West Nr. 410561-101.

'Tribunals' aufgezeigt und vereitelt" würden.
In dieser verwirrenden und repressiven Situation hat sich die vorurteilsfreie und unabhängige Institution der Bertrand Russell Peace Foundation vortrefflich bewährt. Die Konstituierung der Jury fand wie geplant statt. Vom 14.-16. Oktober trafen sich in Darmstadt Mitglieder der Jury sowie Vertreter der Russell-Foundation und des vorläufigen Sekretariats, um die bisherigen Vorbereitungen zusammenzufassen und die Schwerpunkte eines Russell-Tribunals über die Situation der Menschenrechte in der BRD zu bestimmen. Es wurde beschlossen, eine ausführliche Erklärung über die Untersuchungsbereiche des Tribunals ebenso wie die Liste der Jury-Mitglieder in Kürze zu veröffentlichen und die erste öffentliche Sitzung des Tribunals in der Woche nach Ostern 1978 abzuhalten.

Bild: kollektiv vk

Auf einer Pressekonferenz am 17. Oktober in Bonn brachten Vertreter der Jury und der Russell-Foundation ihr Mitgefühl mit all denjenigen zum Ausdruck, die unter den gegenwärtigen Ereignissen und ihren Folgen leiden müssen. Unter den gegebenen Umständen wurde lediglich eine kurze Erklärung abgegeben. In dieser Erklärung heißt es: "Bereits vor längerem wurde ein Russell-Tribunal geplant, das die Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland insbesondere im Hinblick auf deren bedeutende Rolle für Westeuropa und die übrige Welt untersuchen soll. Wir sind der Meinung, daß gerade auch angesichts der aktuellen erschreckenden Ereignisse eine nüchterne und objektive Untersuchung der Entwicklung der Menschenrechtssituation in der Bundesrepublik dazu beitragen kann, einer weiteren Eskalation entgegenzuwirken, und daß aus diesem Grund die Durchführung des Tribunals dringender denn je ist."
Auf dieser Pressekonferenz wurde auch eine Stellungnahme der Witwe Bertrand Russells, Lady Edith Russell, verlesen. Diese Stellungnahme spricht für sich selbst: "Das Russell-Tribunal, das zur Zeit vorbereitet wird, soll Beweismaterialien über mögliche Menschenrechtsverletzungen wie die Berufsverbote und ähnliche Maßnahmen untersuchen. Da bekannte Personen in der Bundesrepublik, die mit meinem Mann allerdings nie zu tun hatten, behauptet haben, daß Bertrand Russell selbst, wäre er noch am Leben, diese geplante Untersuchung vielleicht nicht gutgeheißen hätte, möchte ich folgendes feststellen: Während seiner letzten Jahre hat er sich bis zur Grenze seiner Kräfte für die Verteidigung der Menschenrechte im Osten, im Westen und in neutralen Ländern eingesetzt. Seine scharfe Kritik am McCarthyismus in den USA ist hinreichend bekannt. Seine kritische Haltung hierzu war so ausgeprägt, daß er sie sogar in seiner Rede anläßlich der Entgegennahme des Nobel-Preises zum Ausdruck brachte. Die Frage, ob in der Bundesrepublik heute ähnliche Praktiken wie im damaligen Amerika festzustellen sind, ist ein Untersuchungsgegenstand des Tribunals. Daß Bertrand Russell eine solche Untersuchung gewünscht hätte, eine Untersuchung, so fair und gründlich wie irgend möglich, wird von niemandem angezweifelt, der ihn kannte."
Was ist nun zu tun? Mehr denn je kommt es darauf an, besonders auf der lokalen Ebene die Unterschriftensammlung für den Aufruf der Bertrand Russell Peace Foundation vom 1.2.1977 intensiv fortzuführen und wo immer möglich Gegenöffentlichkeit herzustellen. Die Bildung lokaler Unterstützungskomitees, die ein breites radikaldemokratisches Spektrum repräsentieren und aktivieren sollten, steht überall dort, wo noch nicht geschehen, dringlichst auf der Tagesordnung. Dabei geht es vor allem auch darum, im örtlichen Bereich eine Kooperation mit Gruppen und Personen herzustellen, deren zentrale Gremien sich von der Unterstützungsarbeit von sich aus zurückziehen oder aufgrund massiver Pressionen glauben sich zurückziehen zu müssen. Dabei sollten wir vermeiden – etwa durch unser Verhalten –, dazu beizutragen, daß lokale Gruppen oder einzelne gegen die Organisationen, in denen sie eingebunden sind, ausgespielt werden. Die solidarische Zusammenarbeit ist gerade mit jenen von besonderer Bedeutung, die wegen ihrer Unterstützung für das Russell-Tribunal in der eigenen Organisation in Schwierigkeiten geraten könnten. Eine solche Zusammenarbeit läßt sich gegenwärtig noch am ehesten – wenngleich auch dort nicht problemlos – auf der lokalen Ebene realisieren. Gleichzeitig ist es wichtig, daß es bei der Unterstützungsarbeit für das Russell-Tribunal nicht darum gehen kann, den alten Fehler einer Bündnispolitik auf dem kleinsten politischen Nenner zu wiederholen. Die konkrete Zuarbeit für das Tribunal (Fallstudien, Untersuchungsmaterialien, Expertisen o.ä.) und die Stoßrichtung lokaler Veranstaltungen von Unterstützungskomitees werden sich an den Untersuchungsbereichen des Tribunals zu orientieren haben, die die Jury in zwei bis drei Wochen bekanntgeben will.
Zum Schluß – es kann nicht genug wiederholt werden – erinnern wir an Spenden und Spendensammlungen zur Finanzierung des Tribunals. Neben der moralischen Autorität der Bertrand Russell Peace Foundation ist die finanzielle Unabhängigkeit des Tribunals, d.h. die an keine Bedingungen geknüpfte Finanzierung durch all diejenigen, die ein solches Tribunal für notwendig halten, ein wichtiger Garant für das Gelingen des Tribunals.
Bisher sind auf das Russell-Spendenkonto des SB rund DM 16.000 an Spenden eingezahlt worden – alles Einzelspenden! DM 15.000 wurden bereits an das vorläufige Sekretariat des Tribunals weitergeleitet. Wir fordern alle "links"-Abonnenten und Mitglieder des SB erneut zu Spenden auf, und zwar auf das SB-Sonderkonto Russell-Tribunal bei Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach, Konto-Nr. 17413263-12 (das Postscheckkonte der Bank lautet Frankfurt Nr. 172480-600). KLAUS VACK

GEW sucht Sündenbock

Die Vorbereitungen für den diesjährigen Gewerkschaftstag der GEW sind abgeschlossen. Wenn diese Ausgabe von "links" erscheint, hat der GEW-Gewerkschaftstag '77 bereits begonnen. Die Vorbereitungen standen ganz in der Tradition der beiden vorausgegangenen Bundeskongresse, dem ordentlichen von 1974 in Mainz und dem außerordentlichen von Köln im Jahr darauf, die mit der durch die Bundessatzung intendierten Hyperzentralisierung und der Einführung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse den Weg zur hierarchischen und autoritären Effektivierung eingeleitet haben.
Die Bundessatzung wurde inzwischen von allen Landesverbänden der GEW, mit Ausnahme der GEW Berlin, übernommen, und es hat seit der Übernahme der Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB mehrere hundert Ausschlüsse einzelner Mitglieder gegeben. Dennoch kann die Entwicklung der drei letzten Jahre kaum als Erfolg derjenigen gewertet werden, die erhofften, mit Ausschlüssen und Satzungsänderungen gewerkschaftspolitischer Probleme Herr zu werden, die letztendlich ihre Ursachen in drohender Besoldungsrückstufung, steigender Arbeitslosigkeit und Existenzangst, Verschlechterung der Unterrichtsbedingungen usw. finden.
Als sicheres Indiz, daß auch der Hauptvorstand der GEW nicht so recht an einen Erfolg seiner Politik in den letzten drei Jahren zu glauben vermag, ist unter anderem die Hektik zu werten, mit der er gegenwärtig einen Diskriminierungsfeldzug gegen kritische Gewerkschafter betreibt. In der neuesten Ausgabe der "Erziehung und Wissenschaft", der GEW-Mitgliederzeitung, ahmt der Vorsitzende Erich Frister nach, was Strauß und Co. zur Bekämpfung jeglicher emanzipatorischer Politik vorexerzieren: sag Terrorist und schlag die Linke. Frister gibt einen Rechenschaftsbericht, der für Unschlüssigkeiten gefährliche Erklärungen anbietet. "Ölschock und Konjunktureinbruch, strukturelle Änderungen der Binnennachfrage ... verlangsamten das Wirtschaftswachstum und lieferten für Gegner einer auf Chancengleichheit gerichteten Bildungspolitik den Vorwand, die Finanzbremse zu ziehen." Da nicht sein kann, was nicht sein darf, wird unterschlagen, daß es in der überwiegenden Mehrheit die eigenen sozialdemokratischen Parteigenossen sind, die "die Finanzbremse ziehen". Es müssen die wirklich Schuldigen gefunden werden. Und die bietet Frister zwei Sätze weiter an: "Revolutionäres Geschwafel in Wort und Schrift, Brachialgewalt bei Demonstrationen bis hin zu den Morden ... stärken die Front des Mißtrauens ... gegen jede Reform ...", womit suggeriert werden soll, das Scheitern der Bildungsreform sei auf die Taten der RAF zurückzuführen. Schlimmer noch, kritische Diskussion kann als "revolutionäres Geschwafel" denunziert und ganz im Stil aktueller CDU-Broschüren mit den Kölner Terrorakten gleichgesetzt werden, da Frister offen läßt, wer gemeint ist.
Wer gemeint sein kann, wenn Frister von "revolutionärem Geschwafel" spricht, zeigt ein weiteres Beispiel von Hauptvorstandsaktivitäten zur Vorbereitung des Gewerkschaftstages: In einem Schreiben „an die Delegierten", das allerdings nicht wirklich an alle Delegierten geschickt wurde, unterrichtete Frister über die "Vorbereitung sogenannten linker Fraktionen und Gruppen". Dies unter anderem, indem er Kopien des Informationsrundbriefes des SB versendet. Die Kopien enthalten Protokolle über eine Tagung der Arbeitsgruppe, auf der eine eher allgemeine Diskussion über Gewerkschaftspolitik geführt und der GEW-Gewerkschaftstag mit keinem Wort erwähnt wurde. Über den Weiterver-

olle&wolter

Aus unserem Programm:

G. Armanski / B. Penth (Hg.)
Klassenbewegung, Staat und Krise 268 Seiten, DM 26,80
Konflikte im öffentlichen Dienst Westeuropas und der USA
Mit Beiträgen von: R.Hickel, K. Dammann, C.Leggewie, R.Genth, D.Haensch/U.Glaeßner, M.Billerbeck, G.Isensee, K.Körber,u.a. über Italien,Frankreich,USA,BRD

Fernando Claudin
Die Krise der Kommunistischen Bewegung I
Von der Komintern zur Kominform
360 Seiten, DM 29,80
Die erste umfassende,fundierte und kritische Geschichte des Zerfalls der Komintern. Claudin – aus der PCE gesäubertes Führungsmitglied – schildert Wurzeln und Verlauf des Zerfalls und legt damit die Grundlage für das Verständnis der heutigen Kontroverse um den Eurokommunismus.

kritik
5. Jahrgang) 1977 Nr. 14

Jetzt abonnieren!

Themen der nächsten Hefte:
– **Die Linke, die Rechte und der Terrorismus**
– **Eurokommunismus – neue Taktik oder alter Hut?**
– **Fragen um eine neue Links-Partei.**

Einzelheft DM 7.–; Abo für 4 Nrn. DM 25.– incl. Porto. Lieferung nach Eingang des Betrages auf PSchK BlnW. 47006–104.

Willfried Spohn
Die Industrialisierung Deutschlands 1870 – 1914
Eine Untersuchung zur nationalen und internationalen Geschichte der kapitalistischen Produktionsweise
Vorwort: Bernd Rabehl
480 Seiten, DM 29,80

Willi Semmler
Zur Theorie der Reproduktion und Akkumulation
Bemerkungen zu neueren multisektoralen Ansätzen sowie Überlegungen zum Verhältnis von privatem und staatlichem Sektor
Vorwort: Elmar Altvater
380 Seiten, DM 29,80

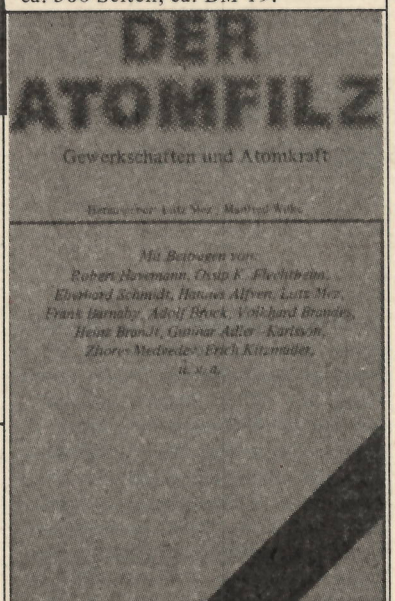
Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1945 - 1964

Theo Pirker

- *Theo Pirker gehörte in den 50er Jahren zu den Sozialisten in Gewerkschaft und SPD, die deren Häutung zu staatstragenden Kräften ohne weiteres nicht mitmachen wollten und dementsprechenden Säuberungen zum Opfer fielen.*
- *Er beschreibt den Integrationsprozeß der SPD in den Bonner Staat als innere Logik einer an die Wahlarithmetik fixierten Taktik. Das mangelnde Klassenbewußtsein der deutschen Arbeiter, das die Verbürgerlichung der SPD entschuldigen soll, wird nicht zuletzt als Resultat einer Parteipolitik nachgewiesen, die alle denkbaren Entwicklungsansätze systematisch verunmöglichte.*

364 Seiten, DM 22.80

Theo Pirker
Die verordnete Demokratie
Grundlagen und Erscheinungen der „Restauration"
ca. 300 Seiten, ca. DM 19.–



- *Arbeitsplätze durch Atomstrom? Produktiv- oder Destruktivkraft?*
- *Führt Atomkraft zur Diktatur?*
- *Mehr Lebensqualität durch Atomstrom?*
- *Friedliche oder unfriedliche Nutzung?*
- *Gewerkschaften und Bürgerinitiativen – ein Gegensatz?*
- *Wirtschaftswachstum oder Atomimperialismus?*

220 Seiten, DM 12.80

Postfach 4310 · 1000 Berlin 30
Katalog mit 50 Pfg Marke anfordern

sand unserer Materialien durch Frister sind wir natürlich erfreut, weniger schön ist aber, daß es dem Hauptvorstand auf Faktizität nicht anzukommen scheint, – mit umfangreichen Materialien soll den Delegierten nur nahegelegt werden, daß es sich bei Kritikern um gefährliche Gegner handelt. Denn was wäre daran illegitim, sich innerhalb einer politischen Organisation über einen Gewerkschaftstag zu verständigen? Erich Frister würde sich hüten, nicht vorher mit SPD-Freunden über seine Strategie zu sprechen, so wie er Mitte Oktober unter Umgehung des Landesvorstandes der GEW Hessen mit Holger Börner über das neue Besoldungsgesetz konferierte. Auch weiter rechts stehende Zusammenschlüsse, wie diejenigen, die sich unter den Namen "Die Alternative" oder "Initiative in der GEW" in Hamburg und Hessen verbergen, offene Spaltungspolitik betreiben und ihre soziale Basis vor allem unter den Kollegen finden, die als Schulräte oder Direktoren Vorgesetzte sind und sich von daher mit den Interessen der Basis kaum identifizieren dürften, werden geduldet, ja im Fall Berlin seinerzeit direkt eingesetzt, um die Spaltung des Landesverbandes vorzubereiten. Wenn aber kritische und linke Kollegen diskutieren, dann wird das altbekannte Reizwortvokabular von "Fraktion" über "Unterwanderung" bis zum "revolutionärem Geschwafel" hervorgezaubert. Und das mit System. Bereits im Januar dieses Jahres hatte Erich Frister den Widerstand der GEW Berlin gegen die Übernahme der Bundessatzung in einem Artikel in der "Erziehung und Wissenschaft" (1/77) einem "sogenannten Koordinationsausschuß von Sozialistischem Büro Offenbach (SB), Kommunistischer Partei Deutschlands (KPD) und Kommunistischem Bund (KB)" zuschreiben wollen. Eine Aufforderung zur Richtigstellung seitens des SB wurde abgelehnt. Daß diese falsche und unsinnige Behauptung wissentlich erfolgte, kam bei der Ablehnung der Richtigstellung durch einen Anwalt so nebenbei heraus: die Quelle dieser Aussagen sei ein Flugblatt der KVZ, dort müßte das SB dementieren. Wissentlich auch deshalb, weil bekannt ist, daß Erich Frister als Vorsitzender der GEW-eigenen Extremismus-Kommission über akribisch genau zusammengestelltes Material verfügt, Material, das mehr Sachkenntnis besitzt als der neue Verfassungsschutzbericht.
Und damit immer noch nicht genug: Das Flugblatt der KVZ ist zudem noch falsch zitiert. Es behauptet das genaue Gegenteil von Frister und spricht dem SB eine direkte Beteiligung in dem erwähnten Berliner Koordinationsausschuß ab. Falsch zu zitieren scheint überhaupt im Hauptvorstand der GEW zum Zweck der Diffamierung eine gängige Praxis zu sein. Wenden wir uns einem noch dunkleren Fleck neuerer GEW-Geschichte zu, einem Papier von Gisbert Gemein für die Extremismus-Kommission. Dieses Papier entstand als Ergebnis eines Auftrages des Hauptausschusses an den Hauptvorstand vom September 1975, den "Sozialistischen Lehrerbund sorgfältig zu beobachten." Gemein, unter anderem dadurch bekannt, daß er von Kritikern seinerzeit als "Megaphon-bewaffneten Gruppen" sprach, die "selbst Mandatsträger der GEW niederschrien" (Neue Deutsche Schule 2/74), oder dadurch, daß er den Stadtverband Dortmund auflösen ließ, dieser Gisbert Gemein versucht nun, dem SB mangelnde Verfassungskonformität, potentielle Gewalttätigkeit, natürlich auch Gewerkschaftsfeindlichkeit und tendenziell sogar Moskauhörigkeit zu unterstellen.
Die Methode, die er benutzt, ist ganz besonders seltsam. Gemein 'belegt" seine Aussagen nicht selten mit Zitaten, die das krasse Gegenteil zum Ausdruck bringen. Einige Beispiele aus Gemeins Papier genügen, um die geistige Armut seiner Unterstellungen zu belegen. "Es ist charakteristisch für die Thesen wie auch zahlreiche Publikationen in der Zeitschrift "links" ..., daß eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Grundgesetz nicht erfolgt." Charakteristisch für Gisbert Gemein ist die Tatsache, daß genau in der Zeit seiner "Beobachtungen" das SB eine Sondernummer der "links" mit einer Auflage von über 80.000 Exemplaren herausbrachte. Zentraler Inhalt: das Beharren auf Verfassungspositionen.
Daß das SB angeblich "von einer Diskrepanz zwischen Gewerkschaftsapparat bzw. Gewerkschaftsvorständen einerseits und den Mitgliedern bzw. der Basis andererseits ausgeht", belegt Gemein u.a. durch folgendes Zitat aus den Thesen des SB: "In diesen Auseinandersetzungen sind nur durch die Einbeziehung der Mitglieder einerseits und die Zusammenarbeit mit fortschrittlichen Funktionären andererseits Erfolge zu erzielen." (S. 57-58). Das steht wirklich so in dem Papier, belegt allerdings Gemeins Behauptung nicht.
Daß das SB einer solchen Vereinfachung des Verhältnisses von Basis und Gewerkschaftsführung gerade nicht verfällt, ist übrigens an anderer Stelle, nämlich dem oben erwähnten von Frister an die Delegierten verschickten SB-Protokoll deutlich nachzulesen. Neben solchen Widersprüchlichkeiten finden wir in Gemeins Papier einfache Unterstellungen. Zu dem Zitat aus den SB-Thesen, daß es nicht die Absicht ist, in den Gewerkschaften Fraktionen zu bilden fügt er hinzu: "Alibibehauptung"! Oder Gemein zitiert einen Artikel aus "express" über innergewerkschaftliche Disziplinierung und attestiert dann dem SB eine "negative Einschätzung der Gewerkschaften" und liefert somit gerade ein Beispiel für innergewerkschaftliche Disziplinierung oder doch zumindest für deren Vorarbeit. Herausragendstes Beispiel von Unlogik aber ist die Stelle, wo Gemein die Sprache des SB besonders

deutlich zu finden glaubt und folgenden Satz mit geradezu beleidigter Miene aus dem "express" zitiert: "Die Gewerkschaften sind ein institutioneller Bestandteil der bürgerlichen Demokratie". Gedankliche Konstrukte dieser Art findet man sonst in FAZ-Artikeln, wo sich Unternehmer darüber beschweren, daß sie Kapitalisten genannt werden.
Derart Ungereimtes kann nur einen Sinn haben: mit den Schlägen gegen die Linke, gegen alle Kritiker, soll der kommende Gewerkschaftstag eingestimmt werden.
Kritik ist nämlich zu erwarten. Denn bildungspolitisch hat die GEW in den letzten Jahren versagt. Gegen die immer schärfer werdende Lehrerarbeitslosigkeit hat sie keine Erfolge erzielen können, drohenden Besoldungsverschlechterungen und immer mehr absinkenden Arbeitsplatzbedingungen wurden kaum gewerkschaftliche Aktionen entgegengesetzt, statt dessen wurde die Basis mit von oben verordneten Satzungsdebatten beschäftigt und von abgeblasenen Kampfmaßnahmen verunsichert. Auch sehen die Kräfteverhältnisse auf diesem Gewerkschaftstag anders aus als die vor drei Jahren in Mainz. Die Propaganda für die eigene Person – Frister läßt sich in der "Erziehung und Wissenschaft" als Kämpfer für ein "gerechtes, humanes Bildungssystem" zum fünfzigsten Geburtstag gratulieren – kann nicht über etliche Schlappen in den letzten drei Jahren hinwegtäuschen. Zur Durchsetzung zentralistischer Organisationsformen wurde der Landesverband Berlin (mit 13.000 Mitgliedern) ausgeschlossen. In Hessen wurde der alte Landesvorstand – der übrigens auch gerne Informationen des SB kopierte und verschickte, und sich generell große Verdienste in der Disziplinierung der hessischen Lehrerschaft erworben hatte – durch einen Vorstand abgelöst, der zeigt, daß er sich an Beschlüsse der Basis hält, der streikbereit ist und eine gute Informationspolitik betreibt. Dies alles ganz im Gegensatz zum ehemaligen Landesvorsitzenden Ludwig, der mühelos vom hauptamtlichen GEW-Vorsitz zum leitenden Regierungsschuldirektor wechseln konnte. Daß Ludwig jetzt ganz eindeutig als staatlicher Funktionär in Konflikten auf der anderen Seite steht, hindert übrigens Frister überhaupt nicht daran, in seinem Rechenschaftsbericht die Hoffnung zum Ausdruck zu bringen, weiter auf die aktive Mitarbeit Ludwigs in der GEW zählen zu können.
In Hamburg stimmten 80% der Mitglieder für einen Warnstreik, dessen Durchführung vom Bundesvorstand dann aber "zunächst" – und wie inzwischen klar ist: auf immer – aufgeschoben wurde. In Niedersachsen hatte die Landesvertreterversammlung beschlossen, den Pauschalabschluß einer Freitzeitversicherung über DM 110.000 zu unterbinden, ein Beleg dafür, daß die Zahl derjenigen Lehrer, die die GEW für eine Unter-

Schmidt auf dem IG Metall Gewerkschaftstag dpa

organisation der Allianzversicherung hält, abnimmt. In Bayern fand sich auf der Landesvertreterversammlung etwa ein starkes Drittel für ein Konzept "für eine basisdemokratische Gewerkschaftspolitik".
Über den neugegründeten Verband (im DGB) GEW Berlin, weiß die Presse besorgt zu berichten, daß er wieder eine linke Mehrheit hat (FAZ v. 1.9.1977). Wir wissen, daß es nur der SEW-Strategie zu verdanken ist, daß Gerhard Stange, Protegé von Frister, überhaupt zum Vorsitzenden dieses neuen Verbandes gewählt wurde. Schließlich beantragt der Landesverband Hamburg, daß der Gewerkschaftstag die Kündigung der ursprünglichen Berliner GEW aufheben und die Zusammenfassung der beiden Landesverbände beschließen möge.
Nun läßt sich zur Zeit noch nicht sagen, wie sich die auf Landesebene deutlich gewordene Veränderung zugunsten eines gewerkschaftlichen Engagements und weg von einem standesorientierten, in Stimmenzahlen auf dem Gewerkschaftstag ausdrücken wird. Vor drei Jahren in Mainz verfügte die gesamte Linke noch nicht einmal über eine Sperrminorität. Daß dies in Mannheim der Fall sein könnte, dürfte zumindest vom Hauptvorstand für möglich gehalten werden. Nicht nur die hektische Vorbereitung, um sich durch Diffamierung der Linken einen Sündenbock bereit zu halten, ist ein Indiz dafür. Erstmals soll auch, um "die beim DGB übliche Regelung" (Begründung des Antragstellers Hauptvorstand) einzuführen, ein Abstimmungsverfahren gewählt werden, nach dem immer zuerst über die Empfehlungen der Antragskommission befunden wird, und daß Änderungsanträge als Resultat von Diskussionen untersagt werden, da ein früherer Antragsschluß gesetzt wird. Dies ist ein Verfahren, das zwar in den DGB-Gewerkschaften "üblich" ist, gegen das sich aber gerade die Delegierten auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall erfolgreich gewehrt hatten, was wiederum zu einem Wutanfall von Eugen Loderer führte.
Dieser erste Antrag wird jedenfalls so etwas wie ein Test sein, nach dessen Ausgang sich einiges mehr über den weiteren Verlauf des Gewerkschaftstages wird sagen lassen. Sicher aber werden sich Anfang November in Mannheim mehr Stimmen einer kritischen Opposition finden als seinerzeit in Mainz und der gegenwärtigen Vorstandspolitik mit ihren undemokratischen Mitteln etwas entgegensetzen. Wichtigste Ziele sind die Abschaffung solcher Institutionen wie der Extremismus-Kommission, die Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse und ein Einhalt der Politik des sich Hinwegsetzens über den Mitgliederwillen wie jüngst wieder nach der Urabstimmung in Hamburg. MICHAEL SCHWELIEN

Gewerkschaftstag der IG Metall

"Bei der IG Metall wird der Aufstand geprobt" (Neue Ruhr-Zeitung), "Schlappen für die IG Metall-Spitze" (Handelsblatt) – mit diesen und ähnlichen Schlagzeilen kommentierte die bürgerliche Presse den letzten Gewerkschaftstag der IG Metall in Düsseldorf.
Schlagzeilen dieser Art trafen allerdings nur die Oberfläche dessen, was da auf dem 12. Gewerkschaftstag der IG Metall in Bewegung gekommen war. Daß die Mehrheit der insgesamt 546 Delegierten in einigen wichtigen Punkten den Empfehlungen der Antragsberatungskommission bzw. den Wünschen des Vorstands nicht folgte, hing weniger mit der Opposition gegen oder der Unzufriedenheit mit dem zentralen Vorstand in Frankfurt zusammen als mit den seit einigen Jahren radikal veränderten Bedingungen in den Betrieben.
Im Gegensatz zum IG-Metall-Kongreß 1974 in Hannover, der noch kaum von der damals einsetzenden Wirtschaftskrise geprägt war, stand der diesjährige primär unter dem Eindruck eben dieser Krise. Daher rückten Themen, die in Hannover 1974 eher eine marginale Rolle gespielt hatten – wie Arbeitslosigkeit, Realfohnsicherung und Arbeitszeitverkürzung –, ins Zentrum der diesjährigen tarif- und wirtschaftspolitischen Diskussion. Daß diese Problematik zentrales Thema wurde, dürfte der dreijährigen Krisenerfahrung zuzuschreiben sein, die den betrieblichen Funktionären, insbesondere den Betriebsräten, klargemacht haben, daß ihre traditionellen Handlungsspielräume und Durchsetzungsmöglichkeiten radikal geschrumpft sind. Der alltäglichen Krisenpolitik des Kapitals stehen sie relativ hilflos gegenüber. Ohne die Möglichkeit, betriebliche Kampfmaßnahmen zu initiieren, stehen sie mit dem Rücken zur Wand; sie bedürfen mehr denn je der Unterstützung durch die Organisation. Selbst dort, wo die branchenkonjunkturellen Bedingungen günstiger sind, wie in der Automobilindustrie, stoßen die Betriebsräte mit ihren Forderungen nach Abbau der Sonderschichten, Einrichtung von Kurzarbeiterfonds und bezahlte Pausen für Bandarbeiter (wie sie etwa der Betriebsrat von Opel Rüsselsheim fordert) auf den hartnäkkigen Widerstand der Unternehmensleitung. Selbst ihnen bleibt zur Durchsetzung nur das Feilschen, d.h. letztlich, die Aufgabe eines Anspruchs zugunsten des anderen: drei Sonderschichten gegen eine mittelfristige Beschäftigungsgarantie oder dergleichen.
Bedürfen die Betriebsräte (die die Mehrheit der ehrenamtlichen Delegierten stellen) angesichts der vielfältigen Formen unternehmerischer Krisenpolitik einer kampffähigen und kampfbereiten Organisation, so haben sie in dieser Hinsicht in den vergangenen Jahren vergeblich auf Initiativen des Vorstands gewartet. Dieser hat zwar in seinem 1975 verabschiedeten 10-Punkte-Arbeitsprogramm verbal auf Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit reagiert, in der Praxis aber quietistisch verharrt. Daher mußte er sich Kritik an seinen Versäumnissen gefallen lassen und hinnehmen, daß die Delegierten unverbindliche, schwammige Formulierungen in den Vorstandsentschließungen durch präzise Forderungen und konkrete Handlungsschritte ersetzen wollten.
Nachdem in einer gut vorbereiteten Geschäftsordnungsdebatte gleich zu Beginn des Kongresses von der Mehrheit der Delegierten durchgesetzt worden war, was auf vergangenen Gewerkschaftstagen vergeblich versucht worden war, nämlich die vom Vorstand vorgelegte Geschäftsordnung zu verändern, konnten die Delegierten wesentlich leichter ihre Ergänzungen und Änderungen an den globalen Vorstandsentschließungen vornehmen. Und die Delegierten nutzten diese Chance in den folgenden Tagen reichlich aus.
Die wichtigsten und wahrscheinlich auch folgenreichsten Veränderungen nahmen die Delegierten an der Entschließung zur Tarifpolitik vor. Diese Entschließung sollte mehr als 130 Anträge aus den Verwaltungsstellen ersetzen. Daß dabei wichtige Forderungen unter den Tisch gefallen waren, bewog zahlreiche Delegierte, während des

Gewerkschaftstages Unterschriften für Ergänzungsanträge zu sammeln, damit wenigstens einige der eliminierten Forderungen wieder aufgenommen würden.
Zu den von der Mehrheit der Delegierten gegen den Vorstand (oder die Empfehlungen der Antragsberatungskommission) durchgesetzten Aufträge an den Vorstand gehören

- die Kündigung aller Tarifverträge, die Lohnschlüssel enthalten, welche bisher erschwert, wenn nicht verhindert haben, daß Festgeldforderungen gestellt werden konnten;
- die Änderung der geltenden Schieds- und Schlichtungsvereinbarung mit dem Ziel, den Einlassungszwang aufzuheben und die Friedenspflicht während der Schlichtung außer Kraft zu setzen;
- die Aufnahme der 35-Stunden-Woche in den tarifpolitischen Forderungskatalog;
- die ernsthafte Prüfung der Teilung des Tarifgebietes Nordrhein-Westfalen, das wegen seiner Größe als schwer bestreikbar gilt (tatsächlich hat die IG Metall in NRW bislang keinen offiziellen Streik geführt);
- das Einwirken auf den DGB-Bundesvorstand, sich solange nicht an der Konzertierten Aktion zu beteiligen, bis die Verfassungsklage der Unternehmer gegen das Mitbestimmungsgesetz zurückgenommen ist;
- die Einberufung von gemeinsamen Arbeitstagungen "zum Informations- und Erfahrungsaustausch" von Vertrauenskörperleitungen jener Betriebe, die zum gleichen Unternehmen oder Konzern gehören.

Schließlich gab die Mehrheit der Delegierten auch nicht dem Wunsch des Vorstands nach einer Verlängerung seiner Legislaturperiode von drei auf vier Jahre statt.
Die konkreten Aufträge, die die Delegierten damit an den Vorstand und die Organisation gerichtet haben, bedürfen allerdings noch ihrer Einlösung in die Praxis. Dazu bedarf es weiterhin des kritischen Potentials, das sich auf dem Gewerkschaftstag gezeigt hat.
Während jene Ziele und Handlungsschritte, die sich konkret auf traditionelle Gewerkschaftspraxis beziehen, Mehrheiten unter den Delegierten fanden, wurden in der Diskussion über die Nutzung von Kernenergie und über die Praxis der Berufsverbote nur von Minderheiten kritische Positionen bezogen. Immerhin zeichnete sich die Opposition gegen die Vorstandsentschließungen zur Kernenergie (etwa ein Viertel) und zur "inneren Sicherheit" (etwa ein Drittel) als informiert und engagiert aus. Die zum Teil leidenschaftlichen Reden gegen den weiteren Ausbau der Kernenergie veranlaßten die Betriebsräte der Kraftwerks-Union zu demagogischen Repliken, die u.a. darin gipfelten, daß die Gegner der Kernenergie "Totengräber unserer Arbeitsplätze" seien. Und in der Diskussion zu den Berufsverboten sah sich der 1. Vorsitzende Loderer sogar zweimal veranlaßt, in die Debatte einzugreifen. Kernsatz seiner Replik: "Aber immerhin darf ich noch einmal unterstreichen, daß es in der ganzen Welt kein Land mit freiheitlich-demokratischen Verfassungen gibt, in dem einer Regierung zugemutet wird, Verfassungsfeinde in ihre Dienste aufzunehmen."
Die Wahlen der Vorstandsmitglieder am letzten Kongreßtag gab den Delegierten noch einmal die Möglichkeit, ihr politisches Votum über die Arbeit des Vorstands abzugeben. Wichtigstes Resultat war, daß der Kandidat der Vorstandsmehrheit, Otmar Günther, mit 216 Stimmen gegenüber seinem Gegenkandidaten Hans Janßen mit 344 Stimmen deutlich zurückblieb. Statt des persönlichen Referenten Loderers (Günther) zieht nun ein Gewerkschafter in den Vorstand ein, der als Bezirksleiter von Münster zumindest einige Erfahrungen mit krisenbedingten Auseinandersetzungen (z.B. im Stillegungskonflikt Demag-Kalldorf) sammeln konnte. Bei der Stimmabgabe für die anderen Vorstandsmitglieder sind bei der Vorstandsmehrheit um Loderer und Mayr relative Stimmenverluste gegenüber 1974 festzustellen, am stärksten bei dem für die Vertrauensleute zuständigen Diekkerhoff. Die linke Minderheit im Vorstand (Benz, Preiss, Janzen) konnte indessen deutliche Stimmengewinne verzeichnen.
Insgesamt ein erfreulich lebendiger und kritisch argumentierender Gewerkschaftstag, der deutlich machte, daß innerhalb der IG Metall die kämpferischen Traditionen wieder stärker zum Vorschein kommen.

FRANZ SORGE

Atomenergie: Geht der DGB auf CDU-Kurs?

Die Herbstoffensive der AKW-Lobby erreichte mit dem CDU-Kongreß Energie und Umwelt Anfang Oktober 1977 in Hannover einen ersten Höhepunkt. Ziel des Atomfilzes ist es, ein Moratorium für den Bau neuer AKW zu verhindern, das auf den bevorstehenden Parteitagen von SPD und FDP durch die Mehrheit der Delegierten gegen den Willen der Parteivorstände gefordert werden könnte, und das auch die auf Seiten der AKW-Betreiber stehende SPD/FDP-Bundesregierung unter verstärkten Druck setzen würde. Parallel dazu geht im Zuge der Anti-Terrorismus-Hysterie in der BRD die Kriminalisierung der Anti-AKW-Bewegung: 50.000 Demonstranten gegen den Schnellen Brüter von Kalkar haben dies am eigenen Leib erfahren.
Diese Offensive reicht auch – sich erneut verschärfend – in den DGB und die Einzelgewerkschaften hinein. Teile der Gewerkschaften stehen mit an der Spitze bei der Kriminalisierung der Anti-AKW-Bewegung. In der zweiten August-Ausgabe der "einheit", Zeitschrift der Atomfilz-Gewerkschaft IG Bergbau und Energie, wurden AKW-Gegner und RAF auf eine Stufe

kleinanzeigen

MATERIALIEN/PAPERS ...

(11/1) **AKW-Materialien:**
- Mitglieder der Bürgerinitiative Rund ums Lichtenmoor und Stop Atomenergie Kassel haben eine Broschüre über die **Demonstration in Malville** und den Prozessen erstellt. Der Erlös aus dem Verkauf der Broschüre ist für die Rechtshilfe der Gefangenen (Anwalts- und Prozeßkosten); Preis DM 1,50 + Porto gegen Voreinsendung (Briefmarken/Scheck) an Irmgard Kötter, Pettenkoferstr. 34, 35 Kassel
- **"Gorleben soll leben"** – Materialien Nr. 6 enthält Berichte über das Sommercamp und zur Rolle des KB. Bezug: BDP/BDJ, Hamburger Allee 49, 6 Frankfurt 90
- **Unter der Lupe: Atomenergie**. Prospekt kann gegen DM -,50 angefordert werden bei Akut Medien, Sprendlinger Landstr. 74, 605 Offenbach. Es enthält die wichtigsten Anti-Atom-Bücher im Zusammenhang mit den Thesen Arbeitsplätze, Wachstum, Polizeistaat, Umwelt und Gesundheit
- **Atomkraft** ein Fotoband von Günter Zint mit Texten von Klaus Lutterbeck und Fotos von Brokdorf bis Kalkar; 102 Seiten, DM 15,80, Bezug: Verlag Atelier im Bauernhaus, 2802 Fischerhude

(11/2) **"Wir wollen's anders"** – Materialien der Arbeitslosenselbsthilfeinitiativen, 40 Seiten/DM 2,50; Gegen Voreinsendung in Briefmarken + Porto bei ASH Bonames, Am Burghof 20, 6000 Frankfurt

(11/3) **Journal G** Nr. 9/10 – Dokumentationen zu Problemen ausländischer Arbeitnehmer, Schwerpunktthema: Bund-Länder-Kommission zur Ausländerpolitik. Bezug: Kulturkomitee für ausländische Arbeitnehmer, Schlosserstr. 36, 7000 Stuttgart 1

(11/4) **Ecuador** – Brasilien am Pazifik? 112 S/DM 5.-- gegen Voreinsendung in Briefmarken/Scheck bei Informationsstelle Lateinamerika e.V., Buschstr. 20, 53 Bonn

(11/5) blätter des IZ3W Nr. 9/77 enthält als Schwerpunktthema **"Medizin in der Dritten Welt"** und weitere Kurzberichte, 57 S/DM 2,50, Bezug: Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, 78 Freiburg

(11/6) Die **Hilfsaktion Vietnam e.V.** hat einen Vietnam-Laden eingerichtet zur Unterstützung sozialer Projekte in Vietnam. Prospekt anfordern: Bismarckstr. 33, 4000 Düsseldorf

(11/7) **"Vormärz"** – Zeitung der Institutsgruppe Politik Nr. 1 enthält: Anmerkungen zur Freiburger Politikwissenschaft, Kritik an W. Hennis "Organisierter Sozialismus", Zum Staats- und Politikverständnis der SPD etc. Gegen DM 1.-- in Briefmarken über Joachim Bruhn, Herrnstr. 34, 78 Freiburg

(11/8) Verkaufe "Blätter für deutsche und internationale Politik", Jahrgang 1971-1976 für DM 100.--. Zeppenfeld, Opperhoffallee 137, 51 Aachen

(11/9) **Perspektiven zum Bundesjugendplan**, 92 Seiten. Gegen DM 1,-- in Briefmarken bei AG SPAK, Elsässerstr. 9, 8 München 80

(11/10) **Medizin als Strafe** – Erfahrungen aus dem Strafvollzug und die Möglichkeiten, die medizinische Versorgung von Gefangenen zu verbessern. 150 S/DM 8,50. Bezug: AG SPAK, Publikationen, Friesenstr. 13, 1 Berlin 61

(11/11) Materialien zum Thema **"Aktivspielplätze"**; Bezug: Verband Hamburger Spielplatzinitiativen, Hallerstr. 44, 2 Hamburg 13

(11/12) **Kauft kein Kriegsspielzeug** – ein Aktionsbericht und umfangreiche Materialien zu einer Weihnachtsaktion 1976 gegen Kriegsspielzeug. Gegen Voreinsendung von DM 1,40 (Briefmarken/Scheck) über SODZDL c/o Stadtjugendpfarramt, Goslarsche Str. 98, 33 Braunschweig zu beziehen

FILM/THEATER/KULTUR

(11/13) **Filmfaust** Nr. 5 enthält einen Beitrag über alternative Kinos, Zuschauerfilmkritiken, Arbeitsbedingungen der Filmemacher im Fernsehen, Filmnachrichten etc. 120 S/DM 6,--; Bezug: Filmfaust-Verlag, Schumannstr. 64, 6 Frankfurt 1

(11/14) **Neue Filme** im Basis-Film-Verleih zum **Thema "Arbeitswelt"**, Katalog anfordern. Basis-Film-Verleih, Finckensteinallee 32, 1 Berlin 45

(11/15) **Portugal-Bildmappe**, 15 Bilder (DIN A 2) vom Aufbau und Leben der Landkooperative "Roter Stern", Preis DM 18,-- + DM 2,-- Porto. Zu beziehen über Buchladen-Kollektiv, Postfach 100405, 41 Duisburg 1

(11/16) Volkseinheit – Gegen Faschismus – Gegen Imperialismus – Für Poder Popular, **Karikaturen in Portugal** in deutsch und portugiesisch, 72 Seiten. Gegen Voreinsendung von DM 5,-- + DM 1,-- Porto bei Günter Schröder, Löberstr. 5 HH, 63 Giessen

(11/17) **Handbuch zur praktischen Medienarbeit** in Initiativgruppen – was man mit Farbe und Papier so alles machen kann – eine Arbeit aus der Jugendzentrumsbewegung, DM 8,50 bei: AG SPAK, Publikationen, Friesenstr. 13, 1000 Berlin 61

(11/18) "Tödliche Strahlen am Niederrhein" – Informationen zum Schnellen Brüter in Kalkar, **Video-Dokumentarfilm** ca. 30 Min. von der Gruppe Kölner Wochenschau; Kontakt: Heinrich Pachl, Mauenheimerstr. 32, 5 Köln 60

STELLENANGEBOTE/SUCHE

(11/19) Warte auf eine Stelle als Stud. Ref. in Westberlin. Da Einstellung voraussichtlich 1.5.78 suche ich nach einem Job im Bereich **Arbeiter- und Jugendbildungsarbeit**, vielfältige Erfahrungen vorhanden. Anfragen unter Chiffre 11/19 an Sozialistisches Büro

(11/20) Suche zur **Gründung eines neuen Verlages** im Raum München jemand, der im Bereich Herstellung/Kalkulation/Technik mitarbeiten möchte. Gernot Häublein, Würmbachstr. 12b, 8042 Riedmoos, Tel. 089/3154704

(11/21) Ab 1.2.77 Stelle für **Erzieherin** in Lern- und Spielstube (Ausländer- und deutsche Kinder) in Darmstadt frei. Anfragen unter Chiffre 11/21 an Sozialistisches Büro

ARBEITS-/WOHN- UND FREIZEITKONTAKTE

(11/22) **Alternative Herberge** im Weserbergland für sanftes Leben, Kommunikation und Selbstentfaltung. Eine Übernachtung kostet DM 6,--/Kochmöglichkeit vorhanden/Platz für 8 Leute und bei einem längeren Aufenthalt wirds billiger. G. und E. Knüppel, Hohe 24, 3452 Hehlen

(11/23) **In Bensheim gibt es ein neues Lehrerzentrum**. Lehrer verschiedener Schulen des Kreises Bergstraße haben einen gemeinnützigen Verein gegründet, der Möglichkeiten der Begegnung, Aussprache, Selbsthilfe und Bildungsarbeit für Lehrer aller Schulformen, Lehramtsreferendare, Studenten und Sozialarbeiter bietet. Damit soll der Isolierung und der Trennung der verschiedenen Tätigkeitsbereiche entgegengewirkt werden. Je nach Beteiligung und Bedürfnis werden Arbeitsgruppen eingerichtet. Gemeinsamer regelmäßiger Treff montags 20.00 Uhr, Heidelberger Str. 61, 6140 Bensheim

(11/24) **Kongreß alternative Lebensformen** zur besseren Kommunikation und zum Austausch von Ideen unter den verschiedenen Gruppen und einzelnen ist vom AStA Saarbrücken im nächsten Frühjahr geplant. Wer mitmachen und mitplanen möchte, schreibe an Herbert Euschen c/o AStA der Uni Saarbrücken, Bau 14, 6600 Saarbrücken 11

(11/25) 2 undogmatische linke Studeten (21 J/5. Sem. Sowi bzw. Chemie) suchen möglichst bald Anschluß an eine Münsteraner **Wohngemeinschaft**. In einer WG hoffen wir neben Rückhalt für unser Studium und unsere politische Arbeit auch Leute zu finden, mit denen man evtl. eine gemeinsame Zukunftsperspektive aufbauen kann. Peter Bußfeld, Heisstr. 15, 44 Münster

(11/27) Teilstockwerk oder Stockwerk (5 ZKBH, kalt 550) in Haus, Stadtlage Wiesbaden, ab 1.1.78 an **Wohngemeinschaft** möglichst mit Kleinkind(ern) zu vermieten. Diskussion über Möglichkeit eines Verbundes mit Restgruppe aus großer Wohngemeinschaft im selben Haus erwünscht, aber nicht Bedingung. Merkmale: 1 Kind 2 J., Bejahung von Berufstätigkeit, links undogmatisch. Anfragen unter Chiffre 11/26 an Sozialistisches Büro

(11/27) Schulreferendarin (26) sucht dringend Zimmer in **Wohngemeinschaft** in Frankfurt oder nördlicher Umgebung oder in Wohnung bei einer anderen Frau. Tel. 0611/591054 oder Zuschriften an Cornelia Schäfer, Am Schellberg 25, 6232 Bad Soden

(11/28) **Leser-Treffen in Pforzheim und Karlsruhe** – das Sozialistische Regionalbüro bereitet z. Zt. in Zusammenarbeit mit Genossen in Karlsruhe und Pforzheim ein Treffen von "links"- und "express"-Lesern vor. Wer an einer Teilnahme interessiert ist. erhält Informationen (Rückporto beilegen) vom Sozialistischen Regionalbüro, Neckarstr. 178, 7 Stuttgart 1

(11/29) Wer aus Münster ist als Lehramtsanwärter (Hauptschule) zum 1.9.77 dem **Bezirksseminar Hamm** zugewiesen worden und hat Interesse an gemeinsamer Planung (z.B. Fahr- und Wohngemeinschaft etc.) Tel. 0251/80451

(11/30) Berufstätige Sozialpädagogin (23 J) sucht ab 1.1.78 oder später im **Raum Goslar (Harz) WG** oder Leute, die Interesse am Zusammenwohnen haben. Christiane von Ahlften, Schocelredder 13, 23 Altenholz

(11/31) **Zivildienstleistender** sucht eine Stelle in einem alternativen Projekt (Jugendarbeit oder Psychiatrie). Georg Vogel, Kastanienstr. 10, 3575 Kirchhain 1

MATERIALIEN GESUCHT

- Materialien und Anregungen zum Problemfeld "Identität" (Kosten werden erstattet). Michael Souren, Breslauer Str. 21, 43 Essen 1
- Praxisberichte über Bildungsarbeit in Jugendfreizeitheimen und Jugendzentren. Karin Strahmann, Fuggerstr. 33, 1 Berlin 30

TERMINE

- 18.-20.11. Koordinationstagung des **Projektbereiches Resozialisierung** Region Hessen in Roßdorf/Darmstadt; Information bei AG SPAK, Elsässerstr. 9, 8 München 80
- 25.-27.11. Tagung für **Mitarbeiter in Obdachlosensiedlungen**, Region NRW, Informationen bei AG SPAK
- 11.-13.11. Bedingungen von **Dritte-Welt-Arbeit an Schulen**. Nähere Informationen über Arbeitsgemeinschaft Kath. Studenten- und Hochschulgemeinden, Rheinweg 34, 53 Bonn
- 25.-27.11. **Die Katholische Kirche im Befreiungsprozeß Zimbabwes** Nähere Informationen über AGG, Rheinweg 34, 53 Bonn
- 4.12.77 **Manifestation der internationalen Solidarität** im Rahmen der Arbeitstagung zu Problemen des Sozialismus in Süd- und Westeuropa in Stuttgart. Nähere Informationen über Sozialistisches Regionalbüro, Neckarstr. 178, 7000 Stuttgart 1

★

Interatom mobilisiert

Kurz vor der Bonner Demonstration der AKW-Befürworter liefen im Bensberger Interatom-Werk – für die Belegschaft ein völlig neues Bild – Betriebsräte durch das Werk mit Listen, in die man sich als Teilnehmer der Demonstration eintragen konnte. Auf einer Betriebsversammlung äußerte ein Sprecher der Geschäftsleitung offen, daß die, die Zweifel an diesem Vorgehen hätten und nicht an der Demonstration teilnehmen wollten, doch die Kündigung einreichen sollten.
Also wurde die Listeneintragungsaktion vorangetrieben. Die Listen wurden in den Abteilungen herumgereicht. An erster Stelle stand die Unterschrift des Abteilungsleiters, dann wanderten die Listen durch die Abteilungen. Für jeden war erkennbar, wer mitfahren wollte und wer nicht. Die Listen kamen irgendwie zu den Abteilungsleitern zurück, und wer nicht unterschrieben hatte, dem wurde zugeredet. Freunschaftlich zunächst, später auch gröber ("Die Geschäftsleitung wünscht, daß jeder mitgeht, soweit nicht dringende Gründe dagegen sprechen".) Man schreckte auch nicht davor zurück, über den beruflichen Werdegang eines Kollegen zu reden, wenn dieser nicht demonstrieren würde. In der Mittagspause, kurz vor dem Demonstrationstermin wurde die Kantine noch beschallt, sich doch endlich in die Listen einzutragen. Diese waren in einer Abteilung ausgelegt, deren Leiter wegen seiner repressiven Personalführung seit über drei Jahren vom Betriebsrat bekämpft wird.

CLAUS ARMANN

gestellt: "Die gewaltsamen Anschläge auf unsere rechtsstaatliche Ordnung werden nicht weniger, sondern nehmen zu. Dazu gehören nicht nur die feigen Morde an Drenkmann, Buback, Ponto und viele andere. Dazu gehören auch jene gewaltsamen Aktionen und Bauplatzbesetzungen, wie wir sie im Zusammenhang mit der Sicherung unserer Energieversorgung erleben."
In ähnliche Richtung zielte der Aufruf des DGB-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen, sich nicht an den Massendemonstrationen von Kalkar zu beteiligen. Am 29. September setzte dann die Atomindustrie – unterstützt von Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären – 10.000 Beschäftigte von kerntechnischen Unternehmen zu einem Marsch auf Bonn in Bewegung: mit der Angst der Kollegen um den Arbeitsplatz wurde ein zynisches Spiel gespielt. Unter welchen Bedingungen dies geschah, illustrieren die nebenstehenden Dokumente. Und wenige Tage später ging die Meldung durch die Presse: Entlassung von 400 Kollegen beim Kraftwerksproduzenten BBC in Mannheim; verantwortlich angeblich die Bürgerinitiativen, die Bauvorhaben im Wert von 16 Mrd. DM blockieren sollen. Am 18. Oktober demonstrierten in Hanau 2000 Beschäftigte von Nuklearbetrieben für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze.
Zum politischen Höhepunkt der neuen Offensive der gewerkschaftlichen Atomfilze wird deren Auftritt auf dem CDU-Energiekongreß. Bereits vor Beginn des Kongresses erklärte der CDU-Bundestagsabgeordnete Riesenhuber, die Übereinstimmung der CDU/CSU mit der AKW-Position der Gewerkschaften sei größer als die Übereinstimmung der SPD/FDP mit dieser Position (FR v. 5.10.1977). Unter dem Beifall der anwesenden Christdemokraten stellte der Vorsitzende der IG Bergbau, Adolf Schmidt, auf dem CDU-Kongreß die DGB-Stellungnahme zur Kernenergiefrage vom 5. April 1977 erstmals öffentlich in Frage, die zwar den "zügigen" Weiterbau der bereits im Bau befindlichen AKW forderte, die Inbetriebnahme fertiggestellter AKW und die Baugenehmigung neuer AKW jedoch an bestimmte Bedingungen knüpfte: "Der Prozeß des Nachdenkens im DGB kann nicht mehr beginnen, weil er bereits begonnen hat." Ein Sprecher des Verbandes Deutscher Elektrizitätswerke erwähnte ausdrücklich, daß auch der DGB-Vorsitzende Vetter von der bisherigen Position abzurücken beginne und den Beschluß vom April 1977 Industriellen gegenüber als "Momentaufnahme" bezeichnet habe (FR v. 12.10.1977). Die in der DGB-Stellungnahme vom April 1977 enthaltene Möglichkeit eines Moratoriums bei ungelösten Sicherheitsproblemen soll – geht es nach den Wünschen von H.O. Vetter und A. Schmidt – vom Tisch.
Die Atomfilze haben allen Grund zu dieser Offensive. Denn an der Basis der Regierungsparteien wie in den Gewerkschaften ist die Ablehnung der Nutzung von Atomstrom heute eher stärker als vor einigen Monaten. Zu den in diesem Herbst stattfindenden verschiedenen Gewerkschaftstagen lagen zahlreiche Anträge vor, die der DGB-Stellungnahme widersprachen und einen sofortigen Baustopp für alle AKW-Projekte forderten. Auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall beherrschten die AKW-Gegner, die sich auf einen Antrag der IGM-Gewerkschaftsjugend geeinigt hatten, die Diskussion, wenn sie auch in der Schlußabstimmung unterlagen (vgl. Bericht zum IGM-Gewerkschaftstag in dieser "links"). Auf dem Gewerkschaftstag der Deutschen Postgewerkschaft vom 9.-15. Oktober wurde erstmals von einer Einzelgewerkschaft die Forderung nach einem Baustopp für AKW mehrheitlich angenommen.
Der Hauptvorstand wurde verpflichtet, sich dafür einzusetzen, "den Bau von Atomkraftwerken so lange zu untersagen, bis das technische Problem der Entsorgung sowie der atomaren Verseuchung der Umwelt so gelöst ist, daß keine Gefahren für das Leben der jetzigen und späteren Generationen bestehen." Zwar wird die Nutzung der Kernenergie damit nicht prinzipiell ausgeschlossen, wurde der weitergehende Antrag, auch das "Betreiben" von AKW einzustellen, mehrheitlich abgelehnt, doch erhält die Erschließung alternativer Energiequellen eindeutig Vorrang, wird vor dem Ausspielen von Arbeitsplatzinteressen gegenüber langfristigen Lebensinteressen der Menschen gewarnt und die Gefahr des Atomstaats beschworen.
Zu dem wenige Tage später stattfindenden Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier stellte der Landesbezirk Berlin sogar einen Antrag, die IG Druck und Papier solle sich mit dem "Kampf der Bürgerinitiativen" solidarisieren – eine Position, die beispielsweise der Haltung des ÖTV-Vorsitzenden Kluncker direkt entgegengesetzt ist, der auf einer energiepolitischen Tagung der ÖTV am 17. Oktober vor "selbsternannten Bürgerforen" warnte, die Entscheidungen gegen die "Interessen der Arbeitnehmer" durchsetzen wollen.
Der Antrag des Landesbezirks Berlin der IG Druck und Papier auf aktive Zusammenarbeit mit den Bürgerinitiativen ist allerdings bislang eine Ausnahme. Überwiegend beschränken sich ansonsten die Anträge der innergewerkschaftlichen AKW-Opposition auf die Forderung nach einem Baustopp für atomare Projekte, z.B. die hier abgedruckte Resolution der GEW Wolfsburg), während die Frage der Zusammenarbeit mit der Anti-AKW-Bewegung in der Regel ausgeklammert wird. Insofern war der sich auf den Gewerkschaftstagen zeigende Widerstand der AKW-Gegner begrenzt und widerspiegelte nicht die Tatsache, daß Tausende von Gewerkschaftern an den Anti-AKW-Demonstrationen von Brokdorf bis Kalkar teilgenommen haben und bereits in Bürgerinitiativen mitarbeiten.
Die Auseinandersetzungen in den Gewerkschaften um die Kernenergiefrage steuern auf einen neuen Höhepunkt zu. Die DGB-Stellungnahme vom April 1977 als offizielles Kompromißergebnis der Gewerkschaftsvorstände wird immer massiver in Frage gestellt. Den Atomfilzen erscheint sie mit der darin angedeuteten Bereitschaft, ein Moratorium unter bestimmten Bedingungen zu akzeptieren, als zu riskant. Für die Linken aber bedeutet diese Stellungnahme, was sie von Anfang an war: ein, wenn auch mit einigen Einschränkungen versehenes, grundsätzliches Ja des DGB zur Atomenergie, das vom Tisch muß.

H.E. BRAND

Resolution des GEW Kreisverbandes Wolfsburg

Der Kreisverband der GEW Wolfsburg nimmt wie folgt Stellung zur Erklärung des DGB-Bundesausschusses zur Kernenergie:
Wir lehnen die Erklärung des DGB-Bundesausschusses ab, weil wir meinen, daß diese Erklärung nicht zur Wahrung und Durchsetzung unserer Interessen dient.
1. KKWs schaffen keine Arbeitsplätze, sondern mit Hilfe von Strom auf Kernenergiebasis werden in der Industrie umfangreiche Rationalisierungen vorgenommen, die Arbeitsplätze in großer Zahl überflüssig machen werden.
2. Eine Sicherheit von Kernkraftwerken und Wiederaufbereitungsanlagen gibt es nicht. Schon bei Normalbetrieb treten durch Ausstoß radioaktiver Stoffe schwere und dauerhafte Folgeschäden auf. Ein Unfall ist ebenso trotz aller statistischer Beteuerungen nicht auszuschließen.
3. Wir wollen an Entscheidungen dieser Art und Bedeutung nicht nur herummodellieren dürfen, sondern fordern für uns das Recht, zu entscheiden, ob Atomanlagen gebaut werden sollen oder nicht.
Die vom DGB-Bundesausschuß abgegebene Erklärung entspricht nicht unserem Interesse als Gewerkschafter an sicheren Arbeitsplätzen und einer nicht radioaktiv verseuchten Umwelt. Deshalb fordern wir:
- Zurücknahme der Erklärung des DGB-Bundesausschusses.
- Der DGB soll sich für ein Moratorium einsetzen.
- Die GEW fordert einen sofortigen Stopp aller im Bau befindlichen Kernkraftwerke, und die Einstellung der weiteren Ausbauplanung der Atomenergie (Kernkraftwerke, Wiederaufbereitungsanlagen, Atommülldeponien) sowie die Entwicklung alternativer Energiegewinnungstechniken.

Marsch nach Bonn

Ein Hochtief-Arbeiter aus Essen, der an der Demonstration der AKW-Betreiber und Befürworter in Bonn am 29. September 1977 teilnahm, berichtete: Am Morgen des 29. September erschien ein Herr auf der Baustelle, der uns "bat", an der Demonstration teilzunehmen. Die Teilnahme sei freiwillig, und man müsse was für die Arbeitsplätze tun. Ab 10.30 Uhr war arbeitsfrei. Die ausfallenden Stunden ersetzte die Firma voll, einschließlich der Überstunden. Die Busfahrt war kostenlos, ebenso Mittag- und Abendessen. Beide Essen waren sehr gut. Transparente lagen fertig da. Die Polizei regelte die An- und Abreise. Der Rest (Grußworte von Schmidt und Kohl usw.) dürfte aus der Presse hinreichend bekannt sein.
Hierzu eine "kleine" Kostenrechnung:
1. ca. 8 Stunden Lohnausfall à 20 DM brutto etwa 160 DM
2. Busfahrt nach Bonn pro Person ca. 10 DM
3. Mahlzeiten in Bonn ca. 20 DM
Also ca. 200 DM hat sich die Industrie jeden Demonstranten kosten lassen. Das sind bei 10.000 Teilnehmern 2 Millionen DM, die diese Aktion mindestens gekostet hat.
Übrigens: wenn die Arbeiter von Hochtief zu der von der Firma organisierten Grippeimpfung gehen, bekommen sie die Stunden nicht bezahlt.

H. QUERFURT

diskussion

Erfahrungen mit der Solidarität — Zur Kritik an der Dokumentation "Buback — Ein Nachruf"

Die Herausgabe der Dokumentation "Buback – Ein Nachruf" durch 47 Hochschullehrer und Anwälte Ende Juni dieses Jahres ist aus den unterschiedlichsten Motiven einer scharfen Kritik unterzogen worden. Strafanzeigen und Disziplinarverfahren für einen Teil der Herausgeber waren eine Folge dieser Aktion. Wenn ich mich als einer der niedersächsischen Mitherausgeber der Dokumentation zu Wort melde, so nicht, um darüber zu lamentieren, wie mit den Herausgebern umgegangen wurde, sondern um einige Erfahrungen der letzten Monate darzustellen und vielleicht einige kritische Äußerungen in Frage zu stellen, die im Nachhinein sich so leicht formulieren lassen. Die Kritik an unserer Aktion ist allerdings ernstzunehmen, wo sie, frei von Disziplinierungsdruck auf der einen Seite und von Selbstgerechtigkeit auf der anderen Seite, das Problem erörtert, in welcher Form und in welchem gesellschaftlichen Kontext die Linke auf der Verteidigung von Grundrechten insistieren muß und wo sie die falsche Strategie wählt.

Zum Verständnis des Problems – und zur Trennung dessen, was richtig und was falsch war an der Herausgabe – ist es noch einmal nötig, sich zu fragen, wie der Anlaß, der zur Dokumentation führte, beschaffen war, warum diese Form des Herangehens an die Öffentlichkeit gewählt wurde und was erreicht werden sollte. Der Artikel des anonymen Göttinger Mescalero – "Buback – Ein Nachruf" – hatte zweierlei zur Folge:

1. Eine äußerst verzerrende Pressekampagne von der "Frankfurter Rundschau" bis "Bild", die unisono in den Tenor verfielen: das ist blanker Faschismus. Dagegen war für jeden, der den Artikel unvoreingenommen zu lesen bereit war, die Absicht des Autors deutlich: unkontrollierte Gefühle beim Mord an Buback der Prüfung zu unterziehen, den gesellschaftlichen Zusammenhang solcher Taten zu reflektieren und schließlich eine klare Absage an Mord und Terror als Mittel politischer Durchsetzungsform der Linken zu formulieren.

2. Eine umfangreiche Polizeiaktion in Göttingen, die ersichtlich der politischen Einschüchterung der linken "Szene" dienen sollte. In dieser Situation hielten es 130 Göttinger Hochschullehrer für geboten, eine scharfe Protesterklärung dagegen zu formulieren. Andere, zu denen ich mich zählte, waren der Auffassung, hier sei ein Punkt erreicht, wo man stärkere Mittel einsetzen müsse. Wenn bereits eine Auseinandersetzung mit dem politischen Terrorismus, wie sie der "mescalero", wenn auch nicht in der Form, wie ich sie selber praktiziere und nicht aus den gleichen Erfahrungen heraus, zu leisten versucht, in Gefahr gerät, kriminalisiert zu werden, ist es nötig, zumindestens das Grundrecht auf Meinungsäußerung nachdrücklich zu verteidigen. Die Herausgabe der Dokumentation schien ein adäquates Mitttel dazu und ein begrenztes Risiko.

Aber es kam noch ein weiteres Motiv hinzu, das einige der niedersächsischen Herausgeber inzwischen in einer Stellungnahme (vollständig nachzulesen in der Broschüre "Nicht heimlich und nicht kühl – Entgegnung an Dienst – und andere Herren", Verlag Ästhetik und Kommunikation, Berlin 1977) formuliert haben:

"Als Lehrer in einer auch praxisorientierten Ausbildung (Oldenburger Projektstudium der einphasigen Lehrerausbildung) sehen wir uns zusammen mit unseren Studenten stärker als andere Kollegen dem psychischen Elend, der Entfremdung, dem Haß vieler Jugendlicher in Schulen, Heimen, Betrieben (oder als Arbeitslose) konfrontiert. Unsere Studenten können sich während ihrer zugleich berufspraktischen Ausbildung dieser Situation von Jugendlichen nicht (wie viele von uns) durch Rückzug auf die Theorie entziehen. Sie müssen lernen, sich ihr gegenüber im beginnenden Berufsalltag verantwortlich, d.h. unter moralischem und emotionalem Entscheidungsdruck, zu verhalten, auch wenn viele von ihnen keinen Sinn und keine menschenwürdige Perspektive mehr in diesem Berufsleben erkennen können oder längere Arbeitslosigkeit auf sich zukommen sehen. Wie sollen sie damit fertigwerden, wenn dies auch noch in einem "Klima der Angst" stattfindet, "in dem viele politische Diskussionen nicht mehr geführt werden und Äußerungen, die möglicherweise politischen Charakter haben könnten, nur noch hinter vorgehaltener Hand gemacht werden!" (Vorwort der Dokumentation).

Wir sehen keine andere Möglichkeit als darauf zu bestehen, daß auch Gefühle der Verzweiflung, des Hasses, der Aggressivität unter Studenten und Jugendlichen in einer erfahrungshaltigen affektiven Form zur Sprache gebracht werden dürfen, in einer Sprache, die nicht die analytische der Wissenschaft sein kann, sondern die widerspruchsvolle, vorurteilsdurchsetzte, ja auch grausame Alltagssprache der jeweiligen Subkultur, etwa von Hauptschülern oder jungen Studenten, durchsetzt auch von den oft brutalen Klischees unserer Medienindustrie, – immer vorausgesetzt, daß besonders bei einer breiteren Veröffentlichung Gegenargumente und Wege einer vernunftgemäßen Kontrolle und Überwindung solcher Gefühle deutlich gemacht werden. Werden diese Versuche, Emotionen und Halbbewußtes zur persönlichen Sprache zu bringen und zu begreifen, weggedrängt, vergessen oder gar unterdrückt und kriminalisiert, so vergrößert sich die Gefahr, daß die selbstzerstörerischen, krankmachenden oder gewalttätigen Impulse obsiegen, die inzwischen dazu geführt haben, daß die Bundesrepublik unter den 'Kulturstaaten' in bezug auf Kindesmißhandlung, Selbstmorden von Jugendlichen und Studenten oder Jugendalkoholismus statistisch führend dasteht, und daß z.B. in Westberlin zwei fast ausschließlich jugendliche Heroin-Tote wöchentlich zum 'Alltag' geworden sind."

Vielleicht wird aus diesen Überlegungen deutlicher, daß der politische Kontext, der den Herausgebern vorschwebte, nicht gar so leer war, wie Wolf-Dieter Narr annimmt, auch wenn seine Kritik des beschränkten Bezugs auf studentische Adressaten und damit die Blindheit gegenüber den Strukturen der politischen allgemeinen Öffentlichkeit ihre Berechtigung hat. Nimmt man die beiden zentralen Motive der Herausgeber ernst, so wirken Vorwürfe wie die von Detlev Claussen in der Oktober-Nummer von "links", es sei den Professoren nur um eine Anpassungsleistung an ein bestimmtes studentisches Milieu gegangen, gar um eine Profilierung vor den Studenten, denn doch ein bißchen zu grob gestrickt. Durch die Maschen fällt hier der reale Anlaß, der zur Herausgabe der Dokumentation führte: die Staatsaktion gegen die Äußerung einer unbequemen Meinung.

Von dieser Basis her, vermag ich einen Hauptpunkt der Kritik der Linken an unserer Aktion zu teilen. Er betrifft die fehlende Auseinandersetzung mit dem Text des "mescalero" bei der Herausgabe der Dokumentation. Wenn auch nicht unter Vermeidung "jeden Geruchs von Distanzierung", wie Claussen schreibt (immerhin identifizieren sich die Verfasser in der voranstehenden Erklärung zur Dokumentation erkennbar nicht mit dem Text, sondern erklären gerade, daß "eine öffentliche Diskussion des Artikels" möglich gemacht werden soll), so wird doch nur höchst unzureichend die Absicht der Herausgeber deutlich und Mißverständnissen, die von rechts ausgenutzt werden konnten, war Tür und Tor geöffnet. Die nachgereichten Auseinandersetzungen mit dem "Mescalero-Text" waren zwar wichtig und sollten auch zur Kenntnis genommen werden, in bezug auf den politischen Angriff gegen die Herausgeber, der in der Tat die gesamte universitäre Linke treffen sollte, waren sie aber praktisch fast wirkungslos. Eine Illusion sollte man aber auch nicht pflegen: Selbst eine kommentierende Herausgabe hätte vermutlich in der sich anbahnenden Hexenjagd auf Sympathisanten, in der die Buback-Dokumentation nur ein Stein des Anstoßes war, die Herausgeber nicht aus der Schußlinie gebracht.

Nachdem sie einmal in der Schußlinie waren, und damit komme ich zu einigen Erfahrungen der letzten Monate, mußten sie allerdings etwas erleben, womit sie nicht gerechnet hatten: Der Kritik vieler Linker an der Herausgabe der Dokumentation, die zu akzeptieren war, folgte keineswegs eine ebenso heftige Kritik an den angedrohten Disziplinierungsmaßnahmen für die Herausgeber von Seiten des Staates. Im Gegenteil, in dem Maße, wie sich die Situation durch die Morde an Ponto, an den Begleitern Schleyers und durch die Entführung des Arbeitgeberpräsidenten verschärfte, in dem Maße, wie die politische Rechte die Situation massiv für sich auszunutzen begann, um mit der Linken abzurechnen, wurde die Angst bei vielen Linken immer größer und die Bereitschaft, sich wenn schon nicht mit der Herausgabe der Dokumentation zu solidarisieren, so doch wenigsten gegen die administrative Disziplinierung sich auszusprechen, immer geringer. Dies bekamen besonders die niedersächsischen Herausgeber zu spüren, deren Rauswurf aus der Universität von Mitgliedern der Landesregierung, insbesondere dem Ministerpräsidenten selbst, längst vor dem Abschluß der rechtlich vorgeschalteten Ermittlungsverfahren viele Male in den öffentlichen Medien angekündigt wurde. In den etwa 10 Wochen, in denen diese Kampagne lief, gab es kaum Solidarität und keine öffentliche Aktion, die sich zumindestens gegen die angedrohten Disziplinarmaßnahmen für die niedersächsischen Herausgeber gewandt hätte. Es mag sein, daß der desolate Zustand linker Öffentlichkeit, der keine kontinuierliche, kurzfristige Diskussion und Meinungsbildung außerhalb der verzerrenden Strukturen der bürgerlichen Presse erlaubt, wesentlich dazu beigetragen hat. Immerhin macht vielleicht auch dieser Aspekt der Angelegenheit verständlich, warum alle niedersächsischen Herausgeber den beamten- und verfassungsrechtlich höchst anfechtbaren Text, der ihnen vorformuliert worden war, unterzeichnet haben (mit Ausnahme von Peter Brückner, dem die Erklärung aber auch nicht vorgelegt worden war). Die Alternative, Suspendierung mit der Folge einer etwa zweijährigen Auseinandersetzung vor den Verwaltungsgerichten ohne einen spürbaren, breiten politischen Rückhalt, erschien so kaum sinnvoller, zumal der Ausgang keineswegs sicher gewesen wäre. Der Weg, der gewählt wurde, Unterzeichnung der Erklärung und gleichzeitige Verdeutlichung der Problematik des Ansinnens der Landesregierung, war im Interesse der Geschlossenheit der niedersächsischen Herausgeber, der Vermeidung der Aufspaltung in Reumütige und Verstockte durch die Landesregierung, erforderlich, auch wenn ein bitterer Nachgeschmack bleibt und nicht wenig politisches Porzellan zerschlagen wurde.

Für die universitäre Linke, das haben die letzten Monate deutlicher als je gezeigt, verschärft sich die Spannung zwischen Beamtenstatus und -funktion einerseits und auf gesellschaftliche Veränderung gerichtete Theoriearbeit andererseits, solange der politisch-ideologischen Offensive von rechts nicht Einhalt geboten werden kann. Das Bündnisspektrum dafür, auch das wurde im Rahmen der Hexenjagd auf "Sympathisanten" deutlich, ist begrenzt. Aus diesen Erfahrungen zu lernen, wird überlebensnotwendig sein, wenn die Linke den gesellschaftlichen Ort Universität nicht widerstandslos preisgeben oder rechts liegenlassen will. Und nichts spricht eigentlich dafür.

EBERHARD SCHMIDT

★

Reaktionen der Reaktion

Jutta Rücker/Hanfried Scherer/Jürgen Schmidt

In Anschluß an die Morde von Köln, Oberursel und Karlsruhe läutet der bürgerliche Staat Bundesrepublik Deutschland eine neue Phase politischer Auseinandersetzungen ein. Dies jedoch in einer anderen Art, als die Rote Armee Fraktion es sich zurechtphantasiert: kein neuer Faschismus steht auf dem Programm, nur der altbekannte autoritäre Staat, der sich zusehends dreister in dieser Gesellschaft einrichtet.

Dabei greift er auf Mittel zurück, die nach dem Aufbrechen der verkrusteten Verhältnisse Ende der 60er Jahre überwunden schienen: die deutsche Variante des McCartyismus erholt sich Schritt für Schritt von ihrem Scheintod. Die zweite Restaurationsphase ist in einem Stadium, die alte Adenauer-Ära im zeitgemäßen Gewand aufzuputzen. Wieder trifft der Bann staatlicher Repression die gesamte Opposition, aber in veränderter Form: nicht länger die "fellow travellers" (Gesinnungsgenossen) der Kommunisten sind das Ziel staatlich kanalisierter Sozialängste und nicht mehr nur einzelne politisch-theoretische Meinungen zur Kritik der bürgerlichen Gesellschaft werden stigmatisiert. Vor dem Hintergrund der absehbaren ökonomischen Dauerkrise, einer sich erfolgreicher wehrenden Linken und dem neuen "Problem" einer sich verbreiternden Ökologiebewegung reagiert der bedrängte Staat mit einem alt-neuen Mittel: der Produktion eines deutlichen Bildes vom Inneren Feind, das, in seiner Mischung aus präziser Definition und diffusem Verdacht, wirkungsvoll gegen die "guten" Bürger abgesetzt werden soll. Dabei werden global ganze soziale Bereiche und Institutionen, wie zum Beispiel die Universitäten, angegriffen.

Den "Sumpf der Sympathisanten" trockenzulegen, ist die Solidargemeinschaft aller Demokraten, wie Helmut Kohl trefflich formuliert, angetreten. Da steht sie, die Phalanx der Aufrechten, "mit kühlem Kopf" (Helmut Schmidt) geht sie ihre Aufgabe an und rückt gegenüber dem Inneren Feind enger zusammen. Ein Innerer Feind, das ist "einer, der jetzt noch nach Entschuldigungen sucht" – der sich nämlich "von der Gemeinschaft aller Bürger isoliert, die sich mit unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung identifizieren und sie erhalten wollen". (Helmut Schmidt am Abend der Schleyer-Entführung).

Allein, solidarisch ist diese Zwangsgemeinschaft der selbsternannten Demokraten nur auf deklamatorischem Feld und in akuten Krisensituationen; deshalb braucht sie ihr Gegenüber, den Inneren Feind, dringender denn je. Er soll omnipräsent sein, damit sie überall zusammenhält; deshalb sein präzises und diffuses Bild in einem. Er soll stark sein und versteckt, damit der Staat Stärke zeigen kann und seine versteckten Operationen legitimiert sind.

Die "wehrhafte Demokratie" in Aktion

Wie geht nun der Staat vor, um diesen Inneren Feind wirkungsvoller bekämpfen zu können? Zunächst wird der Gewaltapparat ausgedehnt: das Finanzvolumen des Programms zur "Inneren Sicherheit" soll bis 1981 jährlich auf 2,95 Milliarden Mark gesteigert werden, eine Ausweitung um ein rundes Drittel gegenüber dem aktuellen Stand. Mit diesem Geld sollen ca. 5.000 neue Stellen in den Staatsschutzapparaten und der Polizei eingerichtet werden.

Der Katalog der vorgesehenen Maßnahmen, die dieses zusätzliche Personal u.a. bewältigen soll, macht aber deutlich, daß über den konkreten Einsatz der Mittel noch keine klaren Vorstellungen bestehen. Dazu wären auch erst Voraussetzungen zu schaffen, die ein einheitliches Vorgehen der Staatsapparate ermöglichen. Exemplarisch können die dabei auftretenden Schwierigkeiten am Polizeigesetz aufgezeigt werden.

Die Gründe für die Nichtverabschiedung eines bundeseinheitlichen Polizeigesetzes, das seit 1972 in der Diskussion ist, reichen von der Streitfrage der Länderkompetenz über die Gestaltung der Aufgabenbereiche (das Verhältnis von präventivem und nachträglichem Einschreiten) bis zur Frage der kriegsmäßigen Bewaffnung und des gezielten Todesschusses. In der Front der Ablehnung finden sich CDU- und CSU-regierte Bundesländer, die um ihre Weisungskompetenzen bangen, weil das Gesetz – am Rande – auch in ihre Finanzhoheit gegenüber dem Bund eingriffe, mit konservativen bis liberalen Ablehnern in FDP, SPD und der Gewerkschaft der Polizei, die nicht gewillt sind, die Umfunktionierung der Polizei zur Bürgerkriegsarmee zu akzeptieren, dafür dann aber andere Apparate schaffen oder bestehende dazu ausbauen wollen (etwa den Bundesgrenzschutz).

Meinte noch im Mai dieses Jahres, nach dem Mord an Göbel und Buback, der SPD-Bundestagsabgeordnete Pensky, in dieser Angelegenheit "laufe in absehbarer Zeit nichts", so nutzt die Bundesregierung die Gunst der Stunde nach der Schleyer-Entführung: sie schlägt die Zentralisierung der Kriminalitätsbekämpfung beim BKA vor, das im Bereich der Datenerfassung und -steuerung Weisungsbefugnisse direkt gegenüber den Polizeidienststellen der Länder erhalten soll. Diesmal findet die Regierung breite Unterstützung, angefangen vom BKA bis zur Bundes-CDU und -FDP. Auf jeden Fall ist die Bereitschaft zum zentralisierten Handeln gewachsen, auch wenn die Länder dieselben Einwände formulieren.

Ein weiterer wichtiger Teil des Maßnahmenkatalogs ist die gesetzliche Abschaffung des Rechts. In diesem Zusammenhang fällt das Ende September durchgepeitschte Kontaktsperregesetz, das nicht nur Beschränkungen, sondern geradezu eine Aufhebung der Verteidigertätigkeit bedeutet. Seine Verabschiedung ist nur der vorläufige Höhepunkt in einer Reihe von realisierten und noch geplanten Maßnahmen, die u.a. den Ausschluß von Anwälten sowie die Verschärfung des Strafprozeß- und Haftrechts umfaßt. Die CDU fordert in ihrer gewohnten Radikalität die Gesprächsüberwachung von Verteidigern und Mandanten sowie die Abschaffung von Vertrauensanwälten. Elmar Gellner, Vorsitzender der Standesorganisation der Rechtsanwälte in der Bundesrepublik, sieht im Kontaktsperrengesetz "die letzte Bastion einer ordnungsgemäßen anwaltschaftlichen Tätigkeit fallen" (FR vom 5.5. 1977). Die alleinige Zulassung von Pflichtverteidigern bei Staatsschutzprozessen, wie sie CDU/CSU fordern, betrachtet er als Neuauflage der "Listenverteidiger" beim NS-Volksgerichtshof. Dieser Sicht schließen sich, wenn auch aus anderen Gründen, Teile der SPD und FDP an. Gegen eine Gesprächsüberwachung, die Spitze der von der CDU intendierten Institutionalisierung der Lauschangriffe, wenden sich die vom Fall Traube auch noch nach der Buback-Ermordung im April angeschlagenen Freien Demokraten. Sie plädieren mit Bundesjustizminister Vogel auch heute noch für die "saubere" Lösung des Ausschlusses, allenfalls eine Erweiterung des G-10-Gesetzes (richterlich angeordnete Post- und Telefonüberwachung).

Das Entscheidende dieser Maßnahmen und Intentionen ist die strukturelle, legalisierte Ausdehnung des staatlichen Gewaltapparats, die auf spezifische Personen und Gruppen zugeschnitten sind. Sie sollen die bisherige, nur behelfsmäßige Operation mit Generalklauseln in den vorhandenen Gesetzen (z.B. § 34 StGB, mit dem die Lauschaktion gerechtfertigt wurden) ablösen. Zugleich dienen sie der Zentralisierung der Staatsapparate, indem sie einen Prozeß einleiten, in dessen Verlauf die Judikative zusehends Kompetenzen an die Administration abtritt. Die Konfliktbekämpfung soll weniger justitiabel als handhabbar werden.

Ein zweiter Strang der "Terroristenbekämpfung" konzentriert sich auf das "Vorfeld", den "Umkreis", den "Sympathisantensumpf". Hier liegt die gefahrvollste Dimension der Entwicklung der Bundesrepublik zum Polizeistaat. Gilt es doch hier, den Inneren Feind mit Gummiparagraphen und administrativen Akten zusätzlich aufzubauen. Allerdings ist auch dieser Bereich der "Terrorbekämpfung" von zwei unterschiedlichen Linien geprägt. Auf der einen Seite die Versuche, über Zentralisierung und langfristige Effektivierung den "präventiven Staatsschutz" (S. Cobler) zu institutionalisieren; auf der anderen Seite Versuche, die Gunst der Stunde zu nützen und radikalere staatliche Repressionsmaßnahmen zu entfalten.

In diesem letzten Bereich haben sich deutlich genug Unionspolitiker hervorgetan, die nach den Kölner Morden simple Racheakte, wie die standrechtliche Erschießung einsitzender RAF-Häftlinge (Kurt Meyer, DSU) bis zu "Terroristen-Jagdkommandos", die gefälligst in einem rechtsfreien Raum agieren dürften (A. Dregger), vorschlugen. Doch diese Absichten, wie auch die Einführung der Todesstrafe, schlagen selbst in der CDU nicht auf die maßgebliche Bundesebene durch. Sie erfüllen eher die willkommene Funktion: Anheizung der Pogromstimmung.

In der Absicht der zentralisierten, langfristig angelegten Maßnahmen zur Bekämpfung des "Terrors" liegt es, eine gesicherte institutionelle Folie zu schaffen, von der aus gehandelt werden kann, aber nicht unbedingt gehandelt werden muß. Beispielsweise wird das Demonstrationsrecht durch ein Verbot "passiver Bewaffnung" eingeschränkt, wodurch sogar das Mitführen von Sprudelflaschen – wie im Vorgriff in Kalkar – je nach politischer Opportunität kriminalisiert werden kann.

Besonders ins Auge fällt bei den beabsichtigten Maßnahmen: unter dem Vorwand, die Logistik von terroristischen Gruppen zu bekämpfen, sollen fundamentale Rechte der Staatsbürger eingeschränkt werden. Zudem besteht die Absicht, fälschungssichere Personalpapiere und Autokennzeichen einzuführen. Im selben Rahmen überlegt sich die CDU, ob nicht etwa "Hauswartsbücher" eingeführt werden könnten, die die Kontrolle von Besuchern jedes Hauses jederzeit gewährleisten würde.

Entscheidender aber als diese zum Teil unrealisierbaren Vorschläge sind die "sachangemessenen" Forderungen der Bundesregierung, die Terroristenbekämpfung in den einzelnen, schon vorhandenen Bundesorganen zu zentralisieren (BKA und Verfassungsschutz) und die vorhandene Kooperation auszubauen. Vor allem betrifft das die Ebene der Sammlung, Verarbeitung und praktischen Auswertung EDV-gespeicherter Informationen.

Der damit gesetzlich sanktionierte Einbruch in die von allen Rechtsstaaten westeuropäischer Prägung wenigstens formal geschützten Privatsphäre des Bürgers bedeutete den offenen Bruch der Verfassung mit verfassungsmäßigen Mitteln.

Die Kontrolle der Staatsbürger findet ihre konsequente Fortsetzung in der Forderung maßgeblicher CDU-Politiker, den Grundgesetz-Artikel 18 dahingehend zu ändern, daß Terroristen – und deren Definition wäre vorerst ein Verwaltungsakt – ihre Grundrechte abgesprochen werden.

Im Zusammenhang steht dieser Vorschlag zu dem der Bundesregierung deshalb, weil er den Kreis der globalen Verdächtigung irgend "auffälliger" Staatsbürger schließt, über die präventiv Daten gesammelt werden zur faktischen Ausgrenzung jener, die nicht den verlangten je aktuellen "demokratischen Bürgersinn" (Herbert Wehner) beweisen.

Einen Vorgeschmack darauf gab aus Anlaß der Kalkar-Demonstration SPD-Ministerpräsident Heinz Kühn, der vor einer Teilnahme mit dem Argument warnte, daß Teilnehmer sich "von selbst" ihre Qualität als Bürger absprächen.

Hier kommt ein doppeltes Vorgehen auf der Basis von Gesetzen und Maßnahmen zum Ausdruck – mit einem deutlichen Schwergewicht auf dem letzten.

Denn ungeachtet der politischen Auseinandersetzungen auf der Oberfläche, beruht das Vorgehen gegen die "Sympathisanten" auf einem äußerst effektiven "administrativen Konsens". Auf der Ebene der Exekutive nämlich entwickelt sich, nicht erst seit dem Anschlag auf Buback, aber wesentlich durch ihn befördert, eine relativ gut funktionierende Kooperation. Auf den unteren Ebenen kommt es jedoch weiter zu Reibungsverlusten. Die Frage ist aber, inwiefern dieses Stück Ineffektivität nicht auch gerade die Funktion hat, Mittelzuweisungen und planerische Kompetenzen für die Gewaltapparate zu mobilisieren; sie brauchen ihre Terroristen. Die strukturelle Ineffektivität ist damit eine Bedingung der Arbeit der Apparate wie ihrer Ausdehnung; in diesem aller Öffentlichkeit entzogenen Rahmen findet die entscheidende Verschiebung des herrschenden politischen Spektrums nach rechts statt.

Hier funktioniert der Minimalkonsens der "Solidarität der Demokraten": auf der Ebene der Bürokratien.

Doch auf der Ebene der "offiziellen Politik" zeigen sich Bruchstellen, die der Vereinheitlichung staatlichen Handelns entgegenstehen. Ein Dilemma sind die föderalen Strukturen und unterschiedliche, von den Parteien formulierte Interessen, wie es schon beim Polizeigesetz deutlich wurde.

Eine zweite Konfliktlinie verläuft zwischen den Staatsschutzapparaten selbst, die sich im Zuge ihrer Kompetenzausweitung teilweise gegenseitig blockieren.

Entgegen den Annahmen mancher Linker liegt zudem kein Schubladenplan vor, die Bundesrepublik in einen perfekt organisierten Polizeistaat zu verwandeln. Gerade deshalb ist der tatkräftige Aufbau einer wirksamen Legende von "den Terroristen" und ihrer materiellen wie ideologischen Basis – "den Sympathisanten" – der Nenner, auf den sich die Herrschaftsagenturen einigen können. Im folgenden soll am Beispiel der herrschenden Parteien skizziert werden, wie sie an der Produktion des Inneren Feindes mitwirken.

Staats-Bürger und Sympathisanten

"Die Terroristen leben zumeist mitten unter uns". Mit dieser Drohung erschreckt das BKA, das es wissen muß, nach dem Ponto-Mord die Bürger. Die (un-)auffälligen Merkmale von Terroristen sind, daß sie teure Wohnungen mieten, ohne groß um den Preis zu feilschen, viel und wechselnden Besuch empfangen, keine geregelte Arbeitszeiten haben und meist nicht gutbürgerlich eingerichtet sind. Doch: das eigentliche Problem, so schiebt Ministerpräsident Albrecht nach, "sind nicht die Terroristen selbst, sondern die Sympathisanten." Und die reichen weit: es sind jene, die seit ihrem Regierungsantritt 1969 "die freiheitliche Grundordnung in we-

Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern

"Wenn aber große Teile der deutschen Öffentlichkeit gleichzeitig die Flucht des Mörders Kappler feiern und die Todesstrafe und Haftverschärfung für Terroristen fordern, dann ist dies nicht Ausdruck des notwendigen Willens zur Verteidigung des Rechtsstaates oder der Humanität, sondern einer wiedererwachenden antidemokratischen Rechten ... Gegen diesen Druck von rechts müssen wir Sozialdemokraten mehr als bisher unserem Auftrag gerecht werden, Kern der deutschen Freiheitsbewegung zu sein". Wie man's macht, demonstriert Karsten Voigt, Mitautor dieser Zeilen, im Leserbrief an den Spiegel vom 5.9.77. Einige Tage später stimmte er im Bundestag dem "Kontaktsperregesetz" – wie lassen sich doch immer solch nette Ausdrücke finden – zu. Ganz nach dem Motto: Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern! Karsten Voigt stimmte wohl nicht aus Angst vor Wehner zu – als Freiheitskämpfer dürfte Voigt zu mutig sein –, sondern um nicht von Ehmke gescholten zu werden. "Bürgerliche Politiker" nannte dieser die wenigen, die der Ermächtigungsnorm im Weimarer Stil nicht zustimmten. "Bürgerlich" deshalb, weil sie wüßten, daß die Vorlage eh eine Mehrheit erzielen würde.

Ihr Ebenbild findet diese Sprachentleerung bei der CDU, die Unternehmern die Lust zum Investieren genommen sieht, wenn diese im Schulbuch "Kapitalisten" genannt werden. Wer will schon außen stehen, außerhalb der "Solidarität der Demokraten"?

Diego Rivera

Kalender mit 12 Gemälden des berühmten mexikanischen revolutionären Malers Diego Rivera im Vierfarbdruck.

Titelbild „Der Mensch am Scheideweg" (1932/1934); übrige Bilder ausgewählt aus den *Corridos*, einem aus insgesamt 124 Fresken bestehenden Bilder-Zyklus im Erziehungsministerium in Mexico-City.

Format: DIN A 2, Druck: Vierfarb; mit starker Karton-Rückwand und oben perforierten Streifen, sodaß nach ‚Monatsverbrauch' gut als Poster verwendbar. Einzelpreis: 19,50 DM; bei Abnahme von 5-9 Ex.: 16.-DM; bei Abnahme von 10 und mehr: 15.-DM. Einzelbestellungen werden nur nach Eingang des Betrags auf Konto: W.Wolf, Psch A Frfm.,Nr. 296759-608. Bestellungen an: redaktion was tun, Speicherstraße 5, 6000 Frankfurt/M.

Reaktionäre von gestern ...

"Nun, ob Marx nicht in der Tat Mörder züchtete, das weiß ich nicht; denn so viel ich gehört habe, war der Mann, von dessen Schüssen ich noch die Narben an mir trage, Blind, doch ein Zögling von Marx." Otto von Bismarck, Reichstagsrede vom 31.3.1886.

sentlichen Teilen diskreditiert haben" (Biedenkopf auf dem niedersächsischen CDU-Parteitag nach Köln); es sind Wissenschaftler, die Konflikttheorien verbreiten und "Theorien der Verweigerung und Gewalt gegen die fortgeschrittenen Industriegesellschaften gelehrt und empfohlen" haben (die – katholische – Deutsche Bischofskonferenz in ihrer Erklärung vom 21.9.). Aber die Kirchen, gerade noch eilfertig die rechte Staatsgesinnung bekundend, bekommen aus dem Hause Springer zu hören, sie hätten sich nicht rechtzeitig von Kommunisten in ihren Reihen getrennt. Eine Melange von "Haß auf die Gesellschaft" und "extremistischem Verhalten" bei Demonstrationen runden das Bild, in den Worten des BKA, ab.

Mit diesem Rundschlag gegen diejenigen, die sich nicht auf die herrschende Meinung dessen, was als freiheitlich-demokratisch gilt, fraglos einschwören lassen, sind allererst Intellektuelle und Künstler getroffen. Die ganze Bandbreite der Verdächtigten, darüber hinaus, ist schon beachtlich: von Willy Brandt über Heinrich Böll zu Luise Rinser. Keiner hat die Chance, nicht doch darunter zu fallen. Keine einzelne Meinung mehr, keine einzelne Theorie wird diffamiert, sondern Kritik als solche stigmatisiert. Und mehr: die Reproduktionsquellen der Kritiker sollen versandet werden, Universitäten, Schulen und die Rudimente liberaler Öffentlichkeit. Deshalb galt schon nach dem Mord an Buback und seinen Begleitern der Hauptangriff den Universitäten. Nach der Entführung Schleyers und den Kölner Morden sind als nächste auch die Schulen an der Reihe. Herr Biedenkopf fordert, "um den Sympathisantensumpf auszutrocknen" müßten Eltern gegen unakzeptable Lehrpläne vorgehen; ein Beschluß des schon erwähnten niedersächsischen Parteitags ging nicht minder klar darauf hin, daß aus den Lehrplänen "vorwiegend problem- und konfliktorientierte Theorie gestrichen" und "stattdessen mehr wertorientierte Inhalte" vermittelt werden müssen. Eifrig sekundiert Herr Reumann von der FAZ; er rollt – nach Köln – noch einmal die Auseinandersetzungen um die hessischen "Rahmenrichtlinien Gesellschaftslehre" auf und unterschiebt ihnen in pedantischer Kleinarbeit, doch nur Systemveränderer heranzüchten zu wollen, die sich in ihrer Absicht, formaldemokratische Regeln (gewaltlos freilich) infrage stellen zu wollen, "nur graduell von einem Terroristen" unterscheiden.

Diese umfassenden Angriffe auf Schulen und Universitäten werden recht eigentlich nur verständlich, wenn etwas mehr vom gesellschaftlichen Hintergrund ins Bild kommt. In der Tat sind vor allem im Reproduktions- und Lernbereich die vernehmlichsten Vertreter sozialkritischer Ansichten zu finden. Nur, daß man sich so intensiv um sie kümmert, und das in einer tendenziell neuen Qualität gegenüber dem in Deutschland sattsam gewohnten Antiintellektualismus, rührt sicher auch von der vergleichsweise guten Möglichkeit, die Schul- und Hochschulangehörige heute in den entstehenden Bürgerbewegungen haben, sozial wirksam zu kritisieren. Das heißt nicht mehr bloße Stellvertreterpolitik zu betreiben, sondern auf soziale Gruppen und Individuen zu stoßen, die aus anderen Motiven und in anderer Art aktive, praktische Gesellschaftskritik betreiben. Genau diese Lernfähigkeit und -willigkeit von breiten Teilen der Bevölkerung, die trotz dreißigjähriger Indoktrination durch die bürgerlichen Bildungsinstitutionen und den Staat ihre eignen Interessen außerhalb des vorgegebenen politisch-organisatorischen Rahmens verwirklichen wollen, bildet wohl die Grundangst der Parteipolitiker – nicht nur der CDU, sondern auch der Regierung.

Zusätzlich verfallen, für die universitäre und schulische Linke bedrohlich genug, Politiker der CDU/CSU nicht weniger als die meisten der SPD ihrem ideologisch bedingten Mißverständnis des Verhältnisses von Denken und Handeln. Sie schließen es gleichsam kurz, meinen auch realiter, allein die Verbreitung politischer Ansichten und Analysen führe zu terroristischer Aktivität.

Allein, ihr "Mißverständnis" rächt sich an Linken wie Liberalen, und es paßt durchaus ins Konzept. Liberalkonservative sehen sich selbst getroffen und reagieren mit moralischer Entrüstung, wie die Mehrzahl von SPD-Funktionären und ihnen nahestehender Publizisten. Egon Bahr läßt verlauten, das lege doch nun "Axt an die Wurzel des Grundverständnisses zwischen Demokraten hierzulande."

Unter den aktuellen Bedingungen der geschürten Pogromstimmung sind, so kann es den Anschein haben, die Möglichkeiten für eine sozialistische Politik nahezu vorbei. Doch gerade die Entwicklungen in jüngster Zeit, die sich alle unter den Bedingungen der Terroristen-Hysterie abspielten, zeigen ermutigende Gegentendenzen: trotz massivster Behinderungen haben 50.000 Menschen gegen den Bau des Schnellen Brüters in Kalkar demonstriert; in den Gewerkschaften regt sich zunehmend Widerstand gegen ihre Rolle als "Ordnungsfaktor"; bei den Lohnabhängigen wächst das Bewußtsein von den wirklichen Ursachen der Krise, das nicht mehr umstandslos von den Shows der Massenmedien (Eifersucht – Mord – Geiseldramen) verdrängt werden kann.

Für Sozialisten gilt es, sich nicht auf die Haupt- und Staatsaktionen zu fixieren, sondern ihre politische Arbeit weiter auf die gesellschaftlichen Bereiche zu konzentrieren, in denen langfristig die entscheidenderen Konflikte ausgetragen werden.

... und von heute!

"Das ist das allerwichtigste: daß der geistige Sumpf trockengelegt wird, aus dem die Anarchisten kommen. Sie kommen nicht aus den Fabriken, sondern aus den Hörsälen der Universitäten. Wer wie ich seit Jahren verfolgt, wie Marxisten in Schulbüchern und Rahmenrichtlinien und in der Lehrerausbildung unser System verunglimpfen, wundert sich nicht über die Folgen, die wir heute erleben. Wer junge Menschen zur Verachtung dieses Staats und seines Systems erzieht, muß damit rechnen, daß aus der Systemverachtung Terrorismus entsteht."
Alfred Dregger in: Union in Deutschland (UiD) – Informationsdienst der CDU 29/77

"Feindselige Einstellung gegenüber unserem Staat" – Die Suspendierung Peter Brückners

Am 14. Oktober verfügte der niedersächsische Wissenschaftsminister Pestel die Suspendierung des Hannoverschen Psychologie-Professors Peter Brückner. Damit hat die Intellektuellen- und Studententreibjagd in Niedersachsen einen neuen Höhepunkt erreicht. Etwa vier Wochen zuvor war der Göttinger Universitäts-AStA – zum zweiten Mal in diesem Jahr – von der Polizei heimgesucht und – wenige Tage später – von Pestel seines Amtes enthoben worden. Und Anfang Oktober hatten 11 niedersächsische Professoren – Mitherausgeber der Dokumentation zum "Buback-Nachruf" – unter massivem Druck eine vom Minister vorgefertigte Erklärung unterzeichnet, in der sie sich vom Mescalero-Artikel "in aller Form" distanzierten und außerdem ihre "besondere Treuepflicht gegenüber dem Staat" bekennen mußten – eine "Treuepflicht", die sich insbesondere "in Krisenzeiten und in ernsthaften Konflikten zu bewähren" habe. (Zugleich aber hatten sie auch begründet, warum sie das Pestel-Diktat unterzeichnet hatten.)

Nicht unterzeichnet hatte Peter Bückner, der ebenfalls Mitherausgeber der Buback-Nachruf-Dokumentation ist. (Überdies wurde ihm die Staatstreue-Erklärung gar nicht vorgelegt). Unter anderem mit eben dieser Herausgeberschaft hat das Wissenschaftsministerium die Suspendierung Brückners begründet. Als weitere Gründe führte es an:

- **Brückners eigene Schrift "Die Mescalero-Affäre", in der er den "Buback-Nachruf" einer Analyse unterzieht und dazu Zeitungsartikel sowie Briefwechsel zwischen Herausgebern und dem Westberliner Wissenschaftssenator Glotz bringt;**
- **eine niederländische Rundfunksendung, in der angebliche Brückner-Äußerungen zitiert werden. Dazu Brückner: Er habe kein Interview gegeben; vielmehr handele es sich um ein mehrstündiges Gespräch, das vor einigen Monaten geführt und nicht zur Veröffentlichung bestimmt gewesen sei. In der Suspendierungsverfügung "werden mir Dinge vorgehalten, die ich unmöglich gesagt habe". Die Qualität des Protokolls sei zu hinterfragen. Selbst aus jenen Stellen des Protokolls, die die Rundfunkredaktion ausdrücklich als Zusammenfassung deklariert, entnimmt das Wissenschaftsministerium angebliche "Zitate".**

Bemerkenswert auch die Hauptbegründung, mit der die Suspendierung Brückners gegenüber der Presse legitimiert wurde: "In einer Zeit, wo allgemein verstärkte Anstrengungen zur Bekämpfung grundgesetzwidriger gewaltsamer Bestrebungen unternommen werden, ist es unabweisbar erforderlich, daß Brückner, der seine feindselige Einstellung gegenüber unserem Staat wiederholt zum Ausdruck gebracht hat, ab sofort den Dienstgeschäften an der Hochschule fernbleibt".

Denn bezeichnend daran ist nicht nur die obrigkeitlich-autoritäre Haltung von Leuten wie Pestel, Albrecht und Co., wenn sie in der Suspendierungsverfügung von "unserem Staat" reden (und kaum noch von der "Verfassung"); bezeichnend ist auch, daß ein Sprecher des Ministeriums der "Frankfurter Rundschau" nicht beantworten wollte, worin denn die "feindselige Einstellung gegenüber unserem Staat" im einzelnen bestanden habe. Dem Ministerium geht es vor allem darum, Peter Brückner nicht bloß wegen der drei genannten Gründe (Herausgeberschaft bei der Dokumentation, Schrift zur "Mescalero-Affäre", Gespräch mit Rundfunkleuten) zu bestrafen, sondern ihn generell wegen seiner linken Position aus dem Hochschuldienst zu drängen. Denn selbst der "tapfere Pestel" (FAZ) mußte Brückner bescheinigen, daß er sich vom Terrorismus distanziert habe. Inzwischen hat Peter Brückner Hausverbot erhalten – mit der Begründung, es bestehe ein "öffentliches Interesse" daran, weil er die Studenten beeinflussen könne. Dies ist allerdings nur ein Mittel, um jegliche Regung von Solidarität zu unterbinden: Als die Studenten in der Mensa der Technischen Universität eine Solidaritätsveranstaltung organisieren wollten, schrieb das Ministerium an den Mensa-Leiter einen Brief, in dem es ihn aufforderte, das Meeting dort nicht zuzulassen. Der Mensa-Leiter, gegenüber dem das Ministerium nicht weisungsbefugt ist, kam dem Verlangen nicht nach.

HANFRIED SCHERER

★

terrorismus

Fetisch Gewalt

Detlev Claussen — Zum historischen Funktionswechsel des Terrors

Terror bedeutet Schrecken: er teilt sich in die materielle Tat und in die öffentliche Wirkung, die diese Tat erzeugt. In den **bürgerlichen Revolutionen** wurde Terror als eine Taktik der revolutionären Seite angewandt, um die ehemals herrschenden Klassen zu demoralisieren und zugleich die neue Autorität der bürgerlichen Herrschaft zu demonstrieren. Terror soll eine durch Klassenkämpfe erschütterte Gesellschaft zusammenzwingen und einigen; nicht die Ruhe des objektiven bürgerlichen Justizverfahrens wird vorausgesetzt, in dem Schuld und Unschuld geprüft werden können, sondern **"Verdächtig werden** tritt ... an die Stelle oder hat die Bedeutung und Wirkung des **Schuldigseins**", wie Hegel in seiner Kritik des Grande Terreur der Französischen Revolution von 1789-1794 schreibt. Dieser Terror als Taktik der Revolution setzt bereits die Machtübernahme der revolutionären Seite voraus, die Terror als Mittel zur Unterdrückung der Konterrevolution benutzt ebenso wie sie seine einschüchternde Wirkung kontrollieren kann.

Die öffentlich als Terror gebrandmarkte Gewaltpraxis von Kleingruppen in den entwickelten kapitalistischen Ländern, in denen keine revolutionäre Situation existiert, hat die Bedeutung, den **Schein einer revolutionären Situation** zu erzeugen, der aber von denen ausgebeutet wird, die im Besitz der Macht sind, oder aber von denen, die mit einem bloßen Teilbesitz der Macht unzufrieden sind. Auf die großen Kämpfe der sechziger Jahre entwickelte die faschistische Bewegung in Italien ihre "Strategie der Spannung", die eine Bürgerkriegsstimmung provozieren sollte. Durch wahllose Bombenattentate und Schießereien sollte eine allgemeine Atmosphäre der Unsicherheit und der Verdächtigungen erzeugt werden, in der die äußerste Rechte bis in die konservative Mitte hinein zum Staatsstreich ermuntert werden sollte. Nicht die faschistischen Terroristen wollten selbst die Macht übernehmen, sondern sie wollten nur die konterrevolutionäre Situation provozieren, die den autoritären Teilen der italienischen Politik im Interesse der USA und mit heimlicher Unterstützung der CIA den Vollbesitz der Macht gegeben hätte. Die antifaschistische Eindeutigkeit der italienischen Linken hat auf allen Ebenen, von der Massenmobilisierung bis zur ins einzelne gehenden Untersuchung, das Geheimnis des faschistischen Terrors vor aller Öffentlichkeit aufgedeckt: die terroristische Gewalttat soll nicht für die Täter selbst, sondern für andere die Schreckensstimmung schaffen, in der sie sich in den Vollbesitz der Macht setzen können. Nicht die Täter bestimmen die Wirkung des Terrors, sondern die, die ihn für ihre Interessen benutzen können, d.h. schon Zugang zu den öffentlichen Institutionen der bürgerlichen Öffentlichkeit besitzen. Diese Gewaltpraxis im Spätkapitalismus kann man deshalb im Unterschied zum bürgerlichen revolutionären Terror als **funktionellen Terror** bezeichnen, **der pseudorevolutionär auftritt und konterrevolutionär wirkt.**

Zweck der Zweideutigkeit

Um seine konterrevolutionäre Funktion zu erfüllen, muß dieser Terror zweideutig sein. Die "Strategie der Spannung", die zum Beispiel die Bombenmassaker in zwei Mailänder Banken den Linken in die Schuhe schieben wollte, war relativ einfach auf die faschistischen Interessen zurückzuführen und als eindeutig konterrevolutionär zu entlarven. Geschichte und Struktur der RAF erfüllen die **Voraussetzung der Zweideutigkeit** wesentlich besser, weil ihre Gründungsmitglieder eine politische Vorgeschichte in der APO der sechziger Jahren haben und ihre Selbstdarstellungen sich bestens dazu eignen, ihre Gewaltpraxis als direkte Folge linker Theorie und eines gesellschaftlichen Konfliktbewußtseins darzustellen. Die Aktionen der RAF sprechen nicht für sich selbst; da sie nicht eindeutig sind, folgt auf jede Gewalttat ein Kampf in der Öffentlichkeit. Während die Tat bloßer Beweis der Existenz bewaffneter Gruppen ist, die ihre Namen und Symbole in den öffentlichen Medien wiederzuentdecken als Selbstbestätigung brauchen wie die Luft zum Atmen, ohne unmittelbar etwas zu verändern, beginnt der wirkliche Kampf erst **nach** der terroristischen Tat. Die terroristische Aktion, an und für sich betrachtet, "schließt ... die übrigen Individuen aus ihrer Tat aus, andererseits konstituiert sie sich dadurch als solche, die ein bestimmter Wille und als solcher dem allgemeinen Willen entgegengesetzt ist; sie kann daher schlechterdings nicht anders denn als eine **Fraktion** sich darstellen." Der von Hegel analysierte Terror ist Teil einer massenhaften gesellschaftlichen revolutionären Veränderung, während die Benennung der Baader-Meinhof-Gruppe als Rote Armee **Fraktion** (!) nur den **Schein** erzeugt, sie wäre ein Teil gesellschaftsverändernder sozialistischer Bewegung. Für Reaktionäre wie Strauß und Dregger ist dieser Schein das **demagogische Element**, in dem sie sich zu Hause fühlen. Da die terroristische Tat selbst nichts verändert, sondern nur die Schreckensstimmung schafft, ist für sie der Augenblick gekommen, die wirkliche Bedeutung der Einzeltaten soweit zu übertreiben, daß sie gesellschaftliche Konflikte, mit denen die Taten überhaupt nichts gemein haben, und den Versuch der Sozialliberalen, diese Konflikte einzudämmen, als "Gefahr eines Weltbürgerkrieges" (Strauß) interpretieren können.

Da die Auseinandersetzung um die Taten der RAF in der Öffentlichkeit stattfindet, die eindeutige Erklärungen verlangt, ist der Zeitpunkt **nach** jeder Aktion die hohe Zeit für Demagogie. Die interessierte Interpretation der aktionistischen Zweideutigkeit als Folge einer eindeutigen sozialistischen Gesinnung sichert der Reaktion den Platzvorteil in diesem Kampf. Da die Polizei immer nur einen Teil der Täter faßt, ist die Ausdehnung des Kreises der Verdächtigten eine augenscheinliche Notwendigkeit. Der absolut unscharfe, d.h. zweideutige Begriff des "Sympathisanten" hat keine andere Funktion als gesellschaftlicher Kräfte, Personen oder Gruppen habhaft zu werden, die Konflikte gerade in anderer Weise austragen oder auch nur benennen als die RAF oder die Reaktion. **Der "Sympathisant" ist eben gerade einer, der kein "Terrorist" ist; im Unterschied zum "Terroristen" darf er nichts wirklich getan haben, also kann es jeder sein** (vgl. F.K. Fromme: "Es gibt sie, die Sympathisanten", FAZ vom 6.10.1977). Der **totale Verdacht** ist die praktische Verallgemeinerung der einzelnen Gewalttat, er bringt vor allem die in eine schiefe Lage, die ein geschärftes gesellschaftliches Konfliktbewußtsein brauchten, um die CDU/CSU aus ihren Herrenpositionen in einer zuvor antikommunistischen Volksgemeinschaft zu drängen und selber an die Regierung zu kommen. Wenn Ehmke vor dem Bundestag (am 6.10.77) erklärt, Terror sei weder links noch rechts, sondern nur Gewalt, dann zieht er die Zweideutigkeit auf sich selbst.

Die Widersprüchlichkeit dieser Gesellschaft drückt sich gerade darin aus, daß sie **jede Gewalt tabuisiert, die nicht eine Form der Staatsgewalt ist.** Es war nicht zuletzt ein Verdienst der Protestbewegung, die Alternative von Staat und Gewalt als inneren Widerspruch des Systems selbst aufgedeckt zu haben. Der in den Hinterkopf geschossene Benno Ohnesorg und der von den Pistolenschüssen eines aufgehetzten "Bild"-Lesers niedergestreckte Rudi Dutschke haben sinnlich erfahrbar gemacht, daß Gewalt in der spätkapitalistischen Gesellschaft in der Form organisierter Unterdrückungsapparate (Militär, Polizei, Gefängnisse ect.) existiert und als Produkt ebenso zu dieser Gesellschaft gehört wie die Springerpresse. Die Institutionen des "Rechtsstaates" (Parteien, Medien und akademische Ideologen) haben damals alles getan, diese Gewalt zu verschleiern und den Opfern anzulasten. Die Verhaftung Fritz Teufels und seiner Freunde für die Herstellung einer Puddingbombe war absurde Spitze einer Praxis des autoritären Staates, die antiautoritäre Protestbewegung mit seinem Gewaltapparat zu konfrontieren, sie selbst zu "Gegengewalt" zu provozieren, um sie in der Öffentlichkeit als gewalttätig darstellen zu können. Das heutige Verlangen, abstrakte Erklärungen gegen "die" Gewalt (jetzt und immer, hier und überall) abzugeben, soll die historische Wahrheit in ihr Gegenteil umbiegen: **die Gewalt ging vom Staate aus.**

Die Berliner Puddingbombe sollte auf den wirklichen Gewaltzusammenhang aufmerksam machen: sie war ein demonstrativer Protest gegen den Besuch des US-Vizepräsidenten Humphrey in Berlin, der – von allen bürgerlichen politischen Kräften in der BRD unterstützt – die **Völkermordpraxis der USA,** die Millionen Menschen das Leben kostete, als Verteidigung der Freiheit verkaufen sollte. Die Erfahrung, daß das vietnamesische Volk unter unbeschreiblichen Opfern durch einen revolutionären Volkskrieg dieser imperialistischen Gewalt ein Ende gesetzt hat, verbietet es uns zu erklären: Gewalt wäre kein Mittel der Politik. Welcher bundesrepublikanische Politiker hat die heute zum kategorischen Imperativ erhobene Parole der Gewaltlosigkeit dem Herrn Humphrey vorgehalten? Er hätte sich in bürgerlichen Kreisen unsterblich lächerlich gemacht.

Die demagogische Ausbeutung des funktionellen Terrors, wie wir sie zur Zeit erfahren, bringt eine Sinnentleerung der Begriffe "Terror" und "Sympathisanten" mit sich, um sie auf jede Regung von Widerstand, Gesellschaftsveränderung und Protest in Tat und Wort ausdehnen zu können. In revolutionären Bewegungen oder antifaschistischen Widerstandsorganisationen hat der Sympathisant eine konkrete Bedeutung: er ist nicht in die Interna des bewaffneten Kampfes und der Konspiration eingeweiht, hat aber Sympathie für die Sache der Freiheit und unterstützt den Kampf praktisch. Der heute gesuchte "Sympathisant" ist aber ein ganz anderer Typ: "Dem 'Sympathisanten' kommen zwei Merkmale zu: ein sorgfältiges Sichfernhalten von der Grenze der Strafbarkeit und eine Position in der Gesellschaft, die das Bekunden von Sympathie als wirkungsvoll erscheinen läßt." (FAZ vom 6.10.77). Die Sympathisantenverfolgung bezweckt die Errichtung eines **allgemeinen Gesinnungszwanges**, der es etwa erlaubt, den Buback-Nachruf-Herausgebern durch Herrn Kultusminister Pestel intellektuelle Daumenschrauben anzulegen, um exponierte Sprecher der sozialistischen Linken öffentlich zu demütigen. Pochen auf republikanischer Pressefreiheit und Frei-

heit von Forschung und Lehre sollen exemplarisch als zwecklos gezeigt werden – nach der Devise der Obrigkeit: Wer sich wehrt, lebt verkehrt.
Sehen wir uns den "Terroristen" an, der gesucht wird: "Ein Fahnder: Eigentlich müßte heute jeder verdächtig sein, der kurze Haare hat, die Hausbewohner höflich grüßt und der alten Nachbarin den Mülleimer runterträgt" (Der Spiegel, Nr. 38, 12.9.77). Die Diskussion über "Terrorismus" ist von diesen Fahndungsphantasien angesteckt worden, schon der Paragraph 88a bedroht die unvoreingenommene Diskussion über Gewalt. Das Tabu ist zum Gesetz geworden. Die internationalen und historischen Zusammenhänge sind verschleiert worden, seit durch den Solidaritätsprotest mit der vietnamesischen Revolution der Unterschied zwischen sozialrevolutionärer und konterrevolutionärer Gewalt weltweit wieder aktualisiert worden ist.

Terror in der Geschichte

Die letzten Aktionen der Amerikaner in Vietnam, das totale Weihnachtsbombardement von Hanoi und Haiphong 1971, warfen zum Abschied ein Licht auf den Charakter dieses Krieges. Sie waren Bestandteil der im gestrengen Wortsinn Terrorpraxis in modernster, organisierter Form: **konterrevolutionäre Einschüchterung durch Gewalt**, um imperialistische Machtverhältnisse aufrechtzuerhalten. Der faschistisch-imperialistische Terror ist das Endstadium bürgerlicher Gewalt, deren gesellschaftliche Grundlage in den bürgerlichen Revolutionen des Terrors bedurfte, um sich durchzusetzen. Cromwell und Robespierre stehen mit ihren Namen für die Tatsache, daß ohne Terror ein bürgerliche Gesellschaft nicht entstehen konnte. Wir gehen noch weiter: **Terror ist die reinste Form bürgerlicher Gewalt**, die mit dem Verlust des emanzipativen Gehalts der bürgerlichen Gesellschaft sich geschichtlich von revolutionärem in konterrevolutionären Terror verwandelt hat. Der **bürgerlich-revolutionäre Terror** hatte die doppelte Funktion der Demoralisierung einer kleinen, personell festmachbaren herrschenden Klasse und zugleich der Errichtung der bürgerlichen Autorität als einer neuen Form der Herrschaft. Der Terror der Jakobiner, der seit fast zweihundert Jahren von den interessierten Kreisen (besonders in Deutschland) dazu benutzt wird, die Sinnlosigkeit von Revolution und damit auch revolutionärer Gewalt zu zeigen, kehrte sich aus dem einfachen Grund gegen sie selbst, weil die bürgerliche Gesellschaft auf Dauer nicht als reine Gewaltherrschaft existieren kann, sondern die friedliche Produktion braucht, um sich zu entwickeln. Nachdem die äußere Bedrohung der jungen bürgerlichen Republik abgewehrt war, wurde für Robespierre der "Schrecken Mittel der Selbsterhaltung und damit absurd, ... damit wurde er unhaltbar" (F. Engels, MEW Bd. 37, S. 156) und bekanntlich selbst Opfer seines Herrschaftsmittels. Die Jakobiner waren bürgerliche Revolutionäre, weil sie Terror und die Abschaffung der Klassenherrschaft weder verhindern wollten noch konnten, aber zugleich praktizierten sie zum erstenmal den "kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist ..." (Marx, MEW Bd. 1, S. 385). Revolutionärer Terror war die Kampfform aller antiaristokratischen Revolutionen des 19. Jahrhunderts, um die vorbürgerlichen unmittelbaren Gewalt- und Herrschaftsverhältnisse zu zerschlagen.
Den Höhepunkt erreichte diese Praxis im Kampf gegen die zaristische Selbstherrschaft, ein System, das auf der persönlichen Unterdrückung beruhte und dessen demokratische Feinde den Terror benutzten, um es in seinen Grundfesten zu erschüttern. Die Buback-Nachruf-Herausgeber haben uns diesen historischen Zusammenhang unterschlagen, als sie Rosa Luxemburgs Artikel "Terror" aus dem Jahr 1905 über das Attentat auf Sergius Rachmanow kommentarlos abdruckten. Persönliche Abhängigkeitsverhältnisse, d.h. vor allem von Grundbesitzer und Muschik, von Beamten und Untertan, legten eine individuelle Auseinandersetzung nahe. Mit dem Auftreten des organisierten russischen Proletariats weicht der Terror als revolutionäres Kampfmittel zunehmend einer kollektiven Strategie, wie Rosa Luxemburg andeutet. Die herrschende Geschichtslosigkeit will allerdings nicht mehr wahrhaben, daß selbst bürgerliche Kreise in Westeuropa den Terroristen der "Narodnaja Wolja" wie Vera Figner und Vera Sassulitsch, um nur einige hervorragende Namen zu nennen, ihre persönliche Hochachtung und Sympathie bewiesen haben. Heute aber werden sie zu Urgroßmüttern und -vätern der Gewaltpraxis der RAF gestempelt (vgl. die exemplarische Geschichtslosigkeit des "Spiegel" Nr. 31, 19.9.77, S. 29: "Terrorismus in der Geschichte: derselbe Typus, die gleichen Mittel, größere Brutalität").
Terror und die Forderung nach Egalité, Liberté und Fraternité gehören in der Geschichte zu den bürgerlichen Revolutionen; aber wie soll eine kapitalistische Gesellschaft das noch begreifen, die zunehmend seit der sozialistischen Oktoberrevolution jedesmal zur Aufhebung der bürgerlichen Freiheiten greift, wenn sie sich bedroht fühlt? Bei wirklichen Bedrohungen der bürgerlichen Herrschaft wie schon in der Juniinsurrektion des Pariser Proletariats 1848 und der Pariser Commune 1871 ist das barbarische Massaker zum letzten Herrschaftsmittel geworden. Zehntausende von entwaffneten Kommunarden und "Sympathisanten" – auch Kinder – wurden Opfer des konterrevolutionären Terrors – abgeschlachtet wie Tiere.
Das Interesse an der Begriffsverwirrung ist materiell begründet, seit die herrschenden Klassen durch die Oktoberrevolution erschreckt wurden. Die unbegriffene Erfahrung der Oktoberrevolution, die nach falscher herrschender Meinung ein bloßer "Putsch" gewesen sein soll, besteht in dem praktischen Aufdecken des Geheimnisses, daß eine Revolution keine politische, d.h. bloß bürgerliche mehr sein kann, sondern erfolgreich nur als soziale Revolution ist. Die Russische Revolution, die nach allen ernstzunehmenden Analysen eine Doppelrevolution gewesen ist, d.h. weder eine rein bürgerliche noch eine rein proletarische, hat zum schärfsten Gegenüber des Terrors geführt: Roter Terror gegen Weißer Terror. Während aber die Weißen in den rückeroberten Gebieten **alles** niedermachten, Bolschewiken wie "Sympathisanten", war es in der Roten Armee strengster Befehl, nur die zaristischen Offiziere zu erschießen und die Mannschaften zu entwaffnen. Die Demoralisierung der alten Herren verband sich mit dem politischen Programm der Überzeugung der Massen, die noch den alten Herren dienten. Diese Praxis ist die Keimform der **sozialrevolutionären Gewalt** des 20. Jahrhunderts, in der terroristische Mittel einen kontrollierten, untergeordneten Stellenwert einnehmen. Je mehr sich die organisierte revolutionäre Gewalt zum sozialrevolutionären Volkskrieg entwickelt, um so geringere Bedeutung besitzen sie. In der chinesischen und vietnamesischen Revolution haben sie keine zentrale Rolle mehr gespielt. Der unterschiedslose Terror der Weißen aber war die Keimform der **konterrevolutionären Gewalt.**

1793: Girondist auf dem Weg zur Guillotine

Terroristische Praxis bedeutet im 20. Jahrhundert den rücksichtslosen Einsatz von Gewalt zur Aufrechterhaltung der alten Autorität, wenn sie nicht in Form der Sabotage, des Bombenwerfens gegen reguläre Truppen Teil eines Kampfes in einem besetzten Land ist. Terror als reaktionäres Herrschaftsmittel, eben als nackte Gewalt, nimmt nach der Novemberrevolution mit den brutalen Morden von Reichswehrtruppen an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht – nur ein Vorspiel zur grausamen Unterdrückung von Aufständischen zu Beginn der Weimarer Republik, die in den **organisierten faschistischen Terror** mündete – eine neue Form an. Der Übergang von der kontrollierten Abschreckung zur **totalen Vernichtung** ist das Kennzeichen dieses Systems des Terrors, das zur offiziellen wie inoffiziellen Kriegführung gehört: von Coventry und Dresden bis Haiphong, von Lidice bis My Lai. Das barbarische Massaker ist zur herrschenden Form geworden. Die **Verharmlosung von Gewalt** wird heute bei den Kriegsverbrechen getrieben, die keine Einzeltaten, sondern systematische Bestandteile imperialistischer Kriege sind. "Kapplers Männer trieben die Gefangenen in Fünfer- bis Zehnergruppen in das Dunkel der Katakomben, die nur schwach von Fackeln erleuchtet waren. Die Italiener mußten sich in einer Reihe niederknien, hinter jeden trat ein Polizist und schoß mit einem Karabiner in das Genick des Opfers – allen voran Kappler, der seinen zögernden Männern ein Beispiel geben wollte." (Spiegel Nr. 35, 22.8.77). Man nenne eine soziale Revolution, aus der eine ähnliche Szene organisierter, sadistischer Geiselerschießung zu berichten ist: es gibt sie nicht. **Nackter Terror ist konterrevolutionär.**

Die Entstehung der RAF

Die Terrorpraxis der RAF soll heute dazu herhalten, den alten Traum von der Formierten Gesellschaft des Ex-Kanzlers und Anti-Intellektuellen-Hetzers ("Pinscher") Ludwig Erhard in der Interpretation von Strauß und Dregger neu zu beleben. Sie verkaufen die falsche Selbstdarstellung der RAF, ein Teil der außerparlamentarischen Linken zu sein, für bare Münze, um die Linke insgesamt des Terrorismus zu verdächtigen und die Sozialliberalen zu Sympathisanten zu stempeln. Nicht nur der Vollbesitz der Macht ist Strauß' und Dreggers Wunsch, sondern die gesellschaftlichen Veränderungen, die durch Protestbewegung (vor allem der "lange Marsch" durch Schulen, Hochschulen und Medien) und durch die sozialliberale Koalition (v.a. Entspannungspolitik, Liberalisierung des Strafrechts, Mitbestimmung) in Gang gesetzt wurden, sollen mit einem Schlag rückgängig gemacht werden. Die Terrorpraxis wird von der Reaktion funktionalisiert, ein Ende der RAF wäre für diese Strategie der Spannung ein schwerer Verlust.
Baader, Meinhof und Ensslin werden dämonisiert, ihrer Kleingruppe terroristische Omnipotenz unterstellt, und ihre Geschichte wird völlig verzerrt hervorgekramt und in die passenden Rechtfertigungsschemata eingefügt: Weil man selbst ein geklittertes Bild von dieser Republik hat, kann man die wirklichen Ursachen nicht erkennen. Die Gewalt ist in der BRD nicht vom Himmel gefallen, nein, die Gewalt des Staates hat die Protestbewegung in diesem Ausmaß erst hervorgerufen. Wir erinnern uns an die Polizeitaktik vom 2. Juni 1967: "Nehmen wir die Demonstranten als Leberwurst, nicht wahr, dann müssen wir in der Mitte hineinstechen, damit sie an den Enden auseinanderplatzt." Die Praktiker der Gewalt hinterließen an diesem Tag einen in den Hinter-

kopf geschossenen Benno Ohnesorg.
Vor allem dem SDS hat man später immer wieder versucht, die Gewalt in die Schuhe zu schieben oder zumindest eine Mitschuld zu konstruieren, weil die phantasievollen APO-Demonstrationen die Polizei und die Politiker provozierten. So wurde etwa das Einschlagen einer (!) Glastür in der Frankfurter Universität vom hessischen Staat als revolutionärer Akt interpretiert, als aus Protest gegen die Notstandsgesetze, die die Substanz der **bürgerlich-demokratischen Verfassung** und ihre antifaschistischen Intentionen verändert haben, exemplarisch eine Institution besetzt wurde. Der damalige hessische Minister Rudi Arndt erklärte den diskutierenden Studenten: "Wir lassen uns diesen Staat von Euch nicht kaputtmachen!" Diese bis ins Groteske gehende Verzerrung des Protestes war nur die eine Seite der allgemeinen Verkehrung: diejenigen, die den Boden des Grundgesetzes aufwühlten, auf dem sie selbst nicht mehr standen, warfen denen, die den demokratischen Inhalt der Verfassung reklamierten, vor, sie würden sich nicht an die "demokratischen Spielregeln" halten. Dabei hatten sie schon immer ernst und kein demokratisches Spiel gemacht: nicht nur die Gewalt des Volkes, sondern auch sein Wille wurde in diesem Land nicht viel geachtet. Demokratische Wirtschaftsvorstellungen, die ein unmittelbares Produkt der Erfahrung waren, daß der Faschismus ohne die Unterstützung des Großkapitals nicht möglich gewesen wäre, wurden ebenso unterdrückt wie eine antikommunistische Einheitsgewerkschaft erzwungen wurde und nicht zuletzt die wesentliche Kraft des ohnehin schwachen antifaschistischen Widerstandes, die KPD, auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges verboten wurde. Den Antikommunismus haben die herrschenden Apostel der Gewaltlosigkeit dazu benutzt, mit der Wiederbewaffnung ein Gewaltpotential zu schaffen, das durch die Notstandsgesetze im Falle des Notstandes legal nach innen gekehrt werden kann. Auf ihre Art waren sie schon seit Gründung der BRD **Radikale im öffentlichen Dienst.**
Der niemals aufgeklärte Tod von zwei Münchner Studenten (Zeugenaussagen wurden unterschlagen, ein Teil der Akten verschwand) nach dem Attentat auf Dutschke wurde von der Presse (u.a. "Zeit" und "Spiegel") zum Anlaß genommen, vor allem den SDS als mitschuldig zu denunzieren. Fest steht auf jeden Fall, daß Polizei und Verfassungsschutz begonnen hatten, **agents provocateurs** in die Protestbewegung einzuschleusen wie etwa jenen Herrn Urbach, der später Horst Mahler hochgehen ließ. Diese Randfiguren der Bewegung inszenierten **provokatorische Diskussionen**, bei denen der Rechtsanwalt Mahler, der im SDS zu diesem Zeitpunkt überhaupt keine Rolle spielte, mit folgenden Worten zu den Münchner Todesfällen sich vernehmen ließ: "Das ist genauso, wie wenn ich mich an das Steuer eines Autos setze und damit rechnen muß, daß ein Reifen platzt." Horst Mahler, der Anwalt vieler Genossen, war unzufrieden, immer nur zu verteidigen, was andere machten. Er wollte selbst ans Steuer. Der Abstieg eines brillanten Strafverteidigers zum **Techniker der Gewalt** hatte begonnen.
Bei der Gründung der RAF im Jahre 1970 gingen persönliche wie politische Motive ein; ihre **Praxis** hat sie zu einer terroristischen Gruppierung gemacht, die einen Privatkrieg führt, der sich ideologisch pseudolinks artikuliert **hat**, in der Entwicklung der nationalen und internationalen Zusammenhänge zur **reinen Gewaltpraxis** und der dazugehörigen Brutalisierung der Akteure degeneriert ist. Die politische Vorgeschichte der RAF führt in die Zeit der Protestbewegung zurück. Am 2. April 1968 feuerten sich Baader, Ensslin, Proll und Söhnlein selbst aus der Bewegung, als sie in zwei Frankfurter Kaufhäusern Brandsätze legten. Wir sind keine Milieutheoretiker: ebensowenig wie wir behaupten, daß der zunehmende Widerstand gegen die autoritäre Entwicklung der Bundesrepublik notwendig zur terroristischen Praxis führen mußte, so behaupten wir aber auch nicht, daß der Prozeß mit seinen eindeutig auf Abschreckung zielenden Urteilen und die Unsicherheit im Gefängnis zur Begründung des weiteren Weges ausreichten (Proll und Söhnlein stiegen nach der Haft aus der Gruppe aus). Die Kaufhausbrandstiftung war eine **Tat der reinen Gesinnung**, die durch eine **spektakuläre Aktion** einen Zusammenhang zwischen Kindermord in Vietnam und "Konsumterror" herstellen wollte. Obwohl die Aktion nur Sachschaden anrichtete, schadete sie durch ihren leichtsinnigen Charakter der Sache: ihr unmittelbarer politischer Sinn war nicht durchschaubar, weil sie bloße Demonstration war. Der reale Schrecken, der von ihr ausging, wurde weidlich übertrieben und ausgeschlachtet, bestärkte aber die Akteure nur in ihrer später auf keine Wirkung mehr Rücksicht nehmende **Gesinnung als einsame Widerstandsheroen**. Die Öffentlichkeit, die nur versuchte, den ganzen Vietnamprotest mit dieser Aktion zu isolieren, hat kaum zur Kenntnis genommen, daß in der Protestbewegung – vor allem im SDS – diese Tat eindeutig abgelehnt wurde. Die Öffentlichkeit beschäftigte sich nicht mit der Diskussion über Legitimität von Gewalt, wie es von einer demokratischen zu erwarten gewesen wäre. Ihr böses Gewissen zwang sie täglich zu neuen Rechtfertigungsversuchen der amerikanischen Massaker in Vietnam. Die heutigen Vorwürfe gegen die APO-Diskussion über Gewalt von damals (vgl. Spiegel, "Terrorismus in Deutschland: die Sympathisanten", Nr. 41, 3.10.77, S. 28 ff.) können nur als üble Geschichtsklitterung bewertet werden, weil sie die Geschichte als Folge von Begriffsverwirrungen darstellen, ohne zu bedenken, daß diese Diskussion vor allem durch die Erfahrung einer entstellenden Berichterstattung über Vietnam, über den Anschlag auf Ohnesorg und Dutschke, das gewalttätige Polizeivorgehen und die massenhafte Aburteilung protestierender Studenten geprägt war. Das Gefühl der Ohnmacht, das durch das massive Auftreten der Staatsgewalt bewußt erzeugt werden sollte, hat gewiß dazu beigetragen, daß in einigen Teilen der Protestbewegung die Bereitschaft zu einer gewaltsamen Vermittlung zwischen vietnamesischer Unterdrückungserfahrung und dem Protest gegen den Vietnamkrieg wuchs. Unterscheidungen wie "Gewalt gegen Sachen" und "Gewalt gegen Personen" blieben aber auch damals nicht unwidersprochen, aber nicht – und das ist der Sinn der heutigen Entstellungen –, um ein rückhaltloses Staatsbekenntnis abzulegen, sondern um den Unterschied zwischen legitimer Gewalt und legaler Macht aufzudecken.

Gewalt: Fetisch und Tabu

Die Gewalttaten der RAF werden dazu benutzt, um den in der Protestbewegung bewußt gewordenen Unterschied wieder zuzuschütten und die **Tabuisierung von Gewalt** in der öffentlichen Diskussion wiederherzustellen. Eine Gesellschaft, die gegenüber der alltäglichen Gewalt wie Verkehrstoten, Vergewaltigungen, Alkoholismus, Verbrechen nicht nur unempfindlich und gleichgültig ist, sondern für die der Feierabend nur interessant wird, wenn sich sinnlose Gewalttäter wie Detektiv und Gangster Fernsehschlachten liefern, muß ein gebrochenes Verhältnis zur Gewalt besitzen. Nicht die Linke hat eine Waffe wie die von Heckler & Koch produziert, und die für Jagdwaffen entwickelte Dum-Dum-Munition ist kein Produkt der Phantasie linker Intellektueller, sondern sie sind ein ganz normaler Bestandteil des spätkapitalistischen Geschäftsgangs. Der Satz des schwarzen Rebellen Rap Brown: "Violence is so american as apple pie" (Gewalt ist so amerikanisch wie Apfelkuchen) gilt für die spätkapitalistische Gesellschaft insgesamt: **der Fetisch Geld ist mit dem Fetisch Gewalt eine feste Ehe eingegangen**. Die RAF bewegt sich mit ihrer spektakulären Gewaltpraxis auf dieser Ebene. Das Wort von Terroristen als den "Superunterhaltern unserer Zeit" ist traurige Wahrheit geworden.
"Terroristen und Journalisten teilen die Ansicht, daß diejenigen, deren Namen in die Schlagzeilen kommen, Macht haben, daß ein Name auf der ersten Seite eine wichtige politische Leistung ist." In seiner Oberflächenanalyse des Terrors berührt Lacquer ("Der Spiegel" Nr. 37, 5.9.77) einen wesentlichen Punkt der Funktion des Gewaltfetischismus: eine an spektakulären Aktionen **interessierte Öffentlichkeit,** die für Gruppen wie die RAF fast noch wichtiger ist als umgekehrt Gruppen wie die RAF für sie. Die bürgerliche Öffentlichkeit ist das Medium der Verkehrung, sie strukturiert ein Bewußtsein, das nur für wichtig hält, was in ihr existiert. Die vielbeschworene Objektivität der Medien ist die zur Norm erhobene Gleichgültigkeit gegenüber dem Inhalt; nicht die bewußte Entstellung ist ihre Stärke und macht ihre Macht über das Bewußtsein aus, sondern die Scheinobjektivität der Information, bei der ein Angriff der vietnamesischen Befreiungsarmee auf die US-Botschaft im damaligen Saigon auf derselben Ebene abgehandelt wird wie ein Attentat auf Buback. Beides scheint der gleiche "Terror" zu sein, der ominöse Herrschende trifft. Die Übernahme des Bildes, das die herrschende Öffentlichkeit von der Linken malt, durch einen großen Teil der Linken selbst macht die allgemeine Verkehrung der Wirklichkeit durch die Medien zu einem eigenen verkehrten Bewußtsein.
Die Praxis der RAF läßt sich nur in ihren Anfängen aus der persönlichen und politischen Entwicklung einiger Mitglieder erklären. Die Geschichte der RAF beginnt mit der Befreiung Baaders aus dem Gefängnis – eine völlig privatistische Aktion. Durch den unkontrollierten Umgang mit Waffen wurde ein Berliner Justizbeamter schwer verletzt. Allein die Tatsache, daß Waffen benutzt wurden, sollte die Propaganda der Tat sein. Dieser Gewaltfetischismus, der als "bewaffneter Kampf" deklariert wurde, hat in Baader seinen Ideologen und Praktiker gefunden. Bis in die Charakterstruktur hinein hat sich sein Antiintellektualismus verfestigt, seine Verwechslung von politischer Aktion und action, ein verbalradikaler Selbstdarsteller ersten Ranges. Seine Theorie und Praxis des Gewaltfetischismus kommt in den Worten "die Knarre ist das Wesentliche" zum Ausdruck. Der Inhalt der Praxis ist nicht entscheidend, sondern nur die Form – eben bewaffnet und sprachlos. Diese Verdinglichung ist von einem wirklichen Revolutionär in einfachen Worten kritisiert worden, die den Fetisch Gewalt aus dem sozialrevolutionären Bewußtsein ausschließen: "Waffen sind im Krieg ein wichtiger Faktor, jedoch nicht der entscheidende; der entscheidende Faktor sind die Menschen, nicht die Dinge." (Mao)

RAF als Gang

Die Menschen, die ihren **Privat**krieg gegen den Staat führen, haben eine Praxis begonnen, die nur sie selbst verändert hat, nicht aber die gesellschaftlichen Verhältnisse. Es gilt, diese Praxis zu untersuchen, weil es ohne großen Erkenntniswert wäre, wenn man das, "was ein Individuum ist, nach dem beurteilt, was es sich selbst dünkt." (Marx). Für die Gründergeneration der RAF war ein antiimperialistisches Selbstverständnis notwendige Vorbedingung, die eigenen Taten zu legitimieren und darüber hinaus einen **Solidarisierungszwang** zu erzeugen, der ihrem falschen Anspruch, Fraktion der Linken zu sein, Wahrheit verschaffen und ihnen neue Kräfte zuführen sollte. In schreiendem Widerspruch zu ihrer politischen Rechtfertigungsideologie stand schon in ihrer ersten Aktion der private Charakter ihrer Vorhaben. Der später abgesprungene Homann hat dies treffend formuliert: "Rosa Luxemburg hat einmal gesagt: 'Für den Anarchisten existieren als stoffliche Voraussetzungen seiner revolutionären Spekulationen lediglich zwei Dinge: zunächst die blaue Luft und dann der gute Wille und der Mut, die Menschheit aus dem heutigen kapitalistischen Jammertal zu befreien.' Hier wurde allerdings nicht die Menschheit aus dem Jammertal gerettet, sondern nur Baader aus dem Gefängnis."

Nach dem glaubwürdigen Bericht Homanns folgte auf die Baader-Befreiung zwangsläufig der Weg in den Untergrund. Da es aber weder in West-Berlin noch in der BRD einen gesellschaftlichen Boden für den "bewaffneten Kampf" des Baaderschen Typs gab, verließ der wesentliche Teil der Gruppe Europa und erschien am Vorabend des Schwarzen September im Nahen Osten. Baader, Meinhof und andere wurden in einem Guerillacamp der palästinensischen Befreiungsbewegung Al Fatah aufgenommen, in das sie nur durch die Vermittlung eines in Europa herumreisenden Palästinensers gelangten. Bei Rückfragen der Fath wurde sie vor allem aus Kreisen des SDS vor der Gruppe gewarnt, so wie die Fath vor dem Vermittler warnte. Der Nachrichtendienst der Fath war vollauf damit beschäftigt, die Landung von US-Counter-Insurgency-Spezialisten, die den Schwarzen September vorbereiteten, zu beobachten, und es dauerte seine Zeit, bis die Informationen in dieser Hektik durchdrangen. Bis dahin hatten aber die Palästinenser eigene Erfahrungen mit ihren Gästen gemacht. Nach den Worten Homanns sagten sie: "So wie das innerhalb dieser Gruppe funktioniert, ist das keine revolutionäre Gruppe, sondern die Organisation einer Gang ... Über Ulrike Meinhof, sie kannten nicht einmal ihren Namen, sagten sie: Ihr Problem sei ein ungeheures Schutzbedürfnis, sie könne es im Augenblick nur in dieser Gruppe realisieren ... und über Baader sagten sie, 'he is a coward', er ist ein Feigling, der diesen ganzen Aufstand macht, um seine Feigheit zu verdecken ... Wir würden den nicht einmal auf eine Patrouille mitnehmen." (zitiert nach "Spiegel", 22.11.1971). Nach harten Diskussionen wurde der Kontakt der RAF mit einem wirklichen bewaffneten Kampf schnell beendet: sie mußte sich neue Kontakte suchen – und sie fand sie auch. Hier endet die Geschichte privater Wege und Irrwege und beginnt ihre **Abhängigkeit vom System des funktionellen Terrors**, dem geheimdienstmäßig organisierten Kampf internationaler politischer Interessen, in dem **die RAF nur ein Rädchen ist.**

Terror in Nahost

Am 6. September 1970, als die Gruppe schon wieder auf dem Weg nach Europa war, wurden mehrere Flugzeuge der Pan Am und Swissair von der PFLP in die jordanische Wüste entführt, um ein paar inhaftierte palästinensische Flugzeugentführer und Attentäter aus europäischen Gefängnissen zu befreien. Die Entführung und Sprengung der Flugzeuge bildeten die ideale Kulisse, hinter der von amerikanischen Aufstandsspezialisten beratene jordanische Truppen vor den Flüchtlingslagern, der Basis der palästinensischen Bewegung, aufmarschierten und in einem großen Massaker an den Flüchtlingen die Palästinenser aus Jordanien vertrieben. Der funktionelle Terror der PFLP bereitete den konterrevolutionären Terror vor: die über 10.000 palästinensischen Toten, die in den Lagern massakriert wurden, beschäftigten die Weltöffentlichkeit nicht lange.

Die Demoralisierung der Al Fatah, um den Palästinensern den amerikanischen Friedensplan für Nahost, den Rogers-Plan, aufzuzwingen, war das amerikanische Interesse ebenso wie das des CIA-Söldners Hussein, dem die politische Kontrolle über sein Königreich entglitten war. Die Schwächung der Al Fatah war das Hauptinteresse der PFLP, die aus Gründen der Organisationskonkurrenz die palästinensische Bewegung auch um den Preis ihrer Zerstörung unter ihre Kontrolle bringen wollte. Das war der wirkliche Sinn der Flugzeugentführung 1970.

Der funktionelle Terror der PFLP ist ohne die Geschichte Palästinas nicht zu verstehen: er gehört zum System imperialistischer Herrschaft, die den pseudorevolutionären Terrorismus benutzt, um antiimperialistische Bewegungen zu diskreditieren, zu spalten und dann zu zerschlagen. Als Folge des Faschismus setzte ein verstärkter jüdischer Einwandererzustrom nach Palästina ein, das unter britischer Mandatsherrschaft stand. Antikoloniale, antifaschistische und koloniale und faschistische Kampfformen vermischten sich in dieser Region zu einem neuen Gebilde: einem **zweideutigen Terrorismus**, der den alten Kolonialmächten eine Politik des "teile und herrsche" erlaubte. Die vor dem Nazi-Terror aus Europa geflohenen Juden bildeten terroristische Untergrundorganisationen, um die englische Mandatsherrschaft unter Druck zu setzen, die Einwanderung der Juden zu erleichtern und gleichzeitig, um die palästinensische Bevölkerung zu terrorisieren, damit sie aus Angst ihr Land verließen, das dringend für die Gründung von neuen jüdischen Siedlungen gebraucht wurde. Eine der wichtigsten Organisationen war die Irgun Zwai Leumi des Terroristen Menachem Begin, dem Dregger in diesen Tagen einen Besuch abgestattet hat. Nicht nur die Sprengung des King David Hotels, sondern auch das Massaker im arabischen Dorf Dir-Jassin 1948 gehen auf sein Konto, dessen Zweck er selbst so schilderte: "Sie sollten fliehen, und sie flohen in Myriaden." Es war die Politik der terroristischen Landnahme, die den Staat Israel hervorbrachte. Auf diese Erfahrungen des palästinensischen Volkes bezieht sich die PFLP, wenn sie mit spektalulären Flugzeugentführungen das palästinensische Gefühl der Ohnmacht und der Demütigung durch Niederlagen beschwichtigen will, um sich selbst als Helden zu profilieren. Die Elemente terroristischer Politik und ihre Funktion erscheinen bei den PFLP viel klarer als bei ihren gelehrigen Schülern, der RAF, der sie Waffen, Finanzen und Obdach boten: die **spektakuläre Aktion**, die **Zweideutigkeit der Begründung** und die **Abhängigkeit von Geheimdienstinteressen**.

Die PFLP hatte große Hoffnung auf den panarabischen Nasserismus gesetzt: eine ambivalente antikoloniale Strömung im arabischen Raum, der in einigen Ländern ohne soziale Revolution die Macht erobern konnte und dann gesellschaftliche Systeme schuf, die der Theoretiker der Algerischen Revolution, Frantz Fanon, als "Schmalspur-Faschismus" gekennzeichnet hat. Bürgerlicher Nationalismus in der Theorie einer Gesellschaft ohne entwickelte bürgerliche Klasse. Terror in der Praxis. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre begann sich die Al Fatah zu einer sozialrevolutionären Bewegung zu entwickeln, deren Praxis den Nasserismus im Bewußtsein der Massen zurückzudrängen begann. Mit enormem finanziellen Aufwand versuchte Nasser sein Prestige aufrechtzuerhalten: der Jemen-Krieg war das teuerste Spektakel des nasseristischen Mini-Imperialismus. Nach dem Junikrieg 1967, als Nassers chauvinistisches Säbelrasseln von den Israelis zu einer demütigenden Niederlage des ägyptischen Militärs genutzt wurde, begann der ägyptische Gemeindienst der PFLP Geld und Waffen zu liefern, um mit der Fatah konkurrierende bewaffnete Gruppen zu gründen. Den mangelnden Massenzulauf versuchte die PFLP durch spektakuläre Aktionen zu kompensieren, die in der "Weltöffentlichkeit" auf das palästinensische Schicksal aufmerksam machen sollten. Nicht die sozialrevolutionäre Veränderung, sondern die Selbstdarstellung war Inhalt ihrer Praxis. Leila Khaled wurde die rührselige Heldin dieses Spektakels, das durch die RAF auch auf deutschem Boden aufgeführt werden sollte.

Funktion der RAF

Dem palästinensischen Widerstand war es mit Hilfe der außerparlamentarischen Opposition gelungen, allmählich die totale Identifikation mit Israel in der BRD, die das deutsche schlechte Gewissen beruhigte, aufzubrechen und langsam eine Diskussion über die Situation im Nahen Osten zu beginnen. Diesen politischen Erfolg wollte die PFLP nicht, sondern sie wollte sich in der arabischen Welt als der militanteste Anti-Israel-Kämpfer präsentieren. Anschläge auf jüdische Einrichtungen in Deutschland schienen dazu ein Mittel zu sein, RAF-Leute sollten die Vermittler sein. Das Geschäft kam zustande, die RAF, da politisch isoliert, war auf Hilfe von außen angewiesen. Schon vor der Gründung der RAF im Herbst 1969 wurde mit dem Anschlag auf das jüdische Gemeindehaus ein Reigen von offensichtlich bestellten Aktionen eröffnet, der bis heute nicht beendet ist. Hans-Joachim Klein, den die intime Kenntnis der RAF-Zusammenhänge dazu getrieben hat, die Öffentlichkeit über ihren Barbarisierungsprozeß zu informieren, hat in seinem Brief an den "Spiegel" aufgedeckt, daß neue Anschläge auf Personen im jüdischen Gemeindeleben geplant und von westdeutschen "Kampfgruppen" vorbereitet sind.

Mit der japanischen "Roten Armee" wurden andere Abenteuer geplant und durchgeführt. Das Massaker von Lod war spektakulärstes Produkt dieser Zusammenarbeit, als japanische Terroristen in der Empfangshalle des Flughafens wahllos Fluggäste mit Maschinenpistolen niedermähten. Immer neue Gruppen tauchten in diesen von gewissen arabischen Geheimdiensten finanzierten Aktionen auf, um die Verantwortung wieder von der PFLP abzuwälzen und alles in einen neuen Nebel zu tauchen. Diese Gruppen können so schnell entstehen und vergehen, wie das Geld gegeben und entzogen wird. Die konsequente Ausnutzung der Medien, vor allem des Fernsehens, gehört zum Showeffekt einer demagogischen Politik. Das Fernsehen ist mehr noch als das Radio für die analphabetischen Massen im arabischen Raum zur Hauptinformationsquelle, für die reaktionären Regierungen, die es kontrollieren, zum **Desinformationsmittel** geworden. Jeder Anschlag auf jüdische Einrichtungen wird als antizionistische Tat ausgegeben, um die schmähliche Rolle der meisten arabischen Länder in der Palästinafrage zu übertünchen. Deswegen ist der billige, risikolose Terror für reaktionäre Regime wichtig, und dadurch werden die RAF oder die japanische "Rote Armee" zu notwendigen Kettengliedern in diesem internationalen Terrorsystem.

Die Zusammenarbeit des arabischen und deutschen funktionellen Terrors, erschien vor der Weltöffentlichkeit in der Flugzeugentführung nach Entebbe, die wir in "links", September 1976 ("Terror in der Luft – Konterrevolution auf der Erde") analysiert haben. Wieder war die spektakuläre Aktion Auftakt zu einem Verwirrspiel, in dessen Verlauf die palästinensische Bewegung im Massaker von Tel Zataar gebrochen werden sollte. Die PFLP präsentierte sich anschließend als Alternative zur PLO, als sie in Libyen auf einer Pressekonferenz sich als Hauptkraft einer "Front der Verweigerung" darstellte. Nachdem Sadat den Verbalradikalismus Nassers durch eine Kooperation mit den USA ersetzt hatte, fühlte Oberst Ghaddafi sich berufen, das Erbe des panarabischen Nationalismus anzutreten. Der libysche Geheimdienst hat seine Finger bei fast allen Sachen mit im Spiel, dafür darf Habasch, der Führer der PFLP, seine verbalradikalen Presseerklärungen gegen USA, Ägypten und PLO-Führung in Tripolis abgeben. Unfähig und auch ohne Interesse, sich im revolutionären Kampf zu beweisen, ist die Praxis der PFLP auf dem **Stand von Geheimdienstpraktiken**. Die kennzeichnende Aktionsform ist die des **Kommandounternehmens**. Die israelische Armee mit ihrer terroristischen Erfahrung ist, wie Entebbe gezeigt hat, auf dieser Ebene überlegen. Die Terroristen wurden von ihren Kommandos auf der Stelle liquidiert: aufgrund der vorausgegangenen martialischen Drohung der Terroristen hat sich die Offentlichkeit um diese **kalte Abrechnung** der israelischen Armee überhaupt nicht gekümmert.

Die Liquidation ist in der Praxis der westdeutschen bewaffneten Gruppen ein fester Bestandteil geworden. Fememord wie an Ulrich Schmücker, Buback-Attentat und das neueste Massaker von Köln, wo nur der Zufall ihnen Schleyer lebend überließ, sind Ergebnis der **Logik von Konspiration** und **materieller Abhängigkeit von reaktionären Geheimdiensten**. Schon zur Gründungszeit der RAF hatte man die politische Diskussion völlig aufgegeben. "Es gab keine wirkliche politische

Diskussion. Es gab keinerlei politisches Programm ...", bestätigte Homann später. Nicht die Diskussion über Gewalt in der Protestbewegung hat Terroristen provoziert, sondern ein wesentliches Merkmal dieser Gruppe ist die Diskussionslosigkeit, die des harten Repressionsschlages der staatlichen Gewalt ebenso wie des Diskussionsverbots bedarf, um einen **Schein von Legitimität** zu gewinnen. Das Verhältnis dieser Gruppe zu den republikanischen Freiheiten ist deshalb ein rein taktisches: sie tun so, als ob ein "neuer Faschismus" schon da wäre, als ob sie pausenloser "Folter" unterlägen und brauchen die Öffentlichkeit (die in einem faschistischen System wohl etwas anders aussähe), um ihre Kampagnen in die Welt zu posaunen. Sie versuchen, das schlechte liberale Gewissen über die autoritäre Entwicklung der BRD anzusprechen, und sie betrügen Liberale und Linke über ihren wirklichen Zustand und ihre wirklichen Absichten ebenso wie sie jahrelang die sozialistische Linke um **Solidarität erpreßt haben** mit ihrer für manche nicht durchschaubaren Politik des "umso schlimmer, desto besser". Wenn wir uns etwas vorzuwerfen haben, dann nicht, daß wir über Gewalt diskutiert haben, sondern, daß wir **zu wenig über Gewalt diskutiert haben**; der politische Mechanismus des funktionellen Terrors der RAF ist seit ihrer Gründung von der "Neuen Linken" immer wieder dargestellt worden: "Freilich sind es nicht die mehr oder minder organisierten Fraktionen der sozialistischen Linken gewesen, die sie politisch aufgewertet haben, sondern diejenigen, die keinen Anlaß ungenutzt lassen, auch die leisesten Ansätze der Kritik und der praktischen Überwindung des kapitalistischen Herrschaftssystems in Kriminalitätszusammenhänge einzuordnen, um sie zerschlagen zu können." (so z.B. eine Gruppe von Frankfurter Neuen Linken, in einer am 26.2.71 (!) vom WDR gesendeten Erklärung).

Logik der Konspiration

Politische Zusammenhänge in die Logik von Gesellschaft und Außenseitern, Normalität und Verbrechen einzuordnen und nach Kategorien des Strafrechts zu beurteilen, gehört zum falschen Denken der bürgerlichen Gesellschaft. Die Kriminalisierung des gesellschaftlichen Protests gegen die Notstandsgesetze ist eine tatsächliche Erfahrung, die vielen von uns als Anklage wegen Landfriedensbruch, Hausfriedensbruch etc. ins Haus geflattert ist. Als konsequenten Schritt darüber hinaus hat die RAF ihre Politik der **Selbstkriminalisierung** verstanden, ohne dabei zu erkennen, daß sie damit dem herrschenden Mechanismus entsprochen haben. Gerade Verteidiger wie Mahler und journalistische Anwälte des Protests wie Ulrike Meinhof, denen die Presse immer wieder ihre bürgerliche Lebensweise vorgehalten hat, wußten darum, wie in dieser Gesellschaft jemand zum Kriminellen gemacht werden kann. Sie haben für sich selbst die Welt von Anklage und Verteidigung so weit radikalisiert, daß sie nicht nur intellektuelle Verteidiger der Sache sein wollten, sondern Täter. Während sich Mahler **im rein technischen Verständnis von Gewalt** mit dem Gewaltfetischisten Baader traf, hat Mahler in dieser Zeit seinen juristischen Horizont nie verlassen. Aus dem Gefängnis schrieb er an den "Spiegel": "Jawohl, die Linke ist kriminell!" Nicht nur, daß er das gesellschaftliche Vorurteil zu seinem eigenen machte, sondern in der Praxis muß dies auch bestätigt werden: ein **krimineller Akt** ist die Eintrittskarte in die Gruppe. Diese Tat ist später auch das **Erpressungsmittel**, mit dem die neu gewonnenen Leute bei der Stange gehalten werden können. Der **Gruppenzwang** bewegt sich ganz in der **Logik der Konspiration**.

Verschwörungen sind Zerfallsprodukte unterdrückter gesellschaftlicher Bewegungen. Das Frankreich nach der Großen Revolution von 1789 ist folgerichtig das klassische Land der Konspiration, mit der auch die Geschichte der Kommunisten (Verschwörung Babeufs) beginnt. Die Entdeckung, daß die Gründungsmitglieder und manche spätere Anhänger der RAF aus der Protestbewegung gekommen sind und aus deren Zerfallsformen (Rote Hilfe, Sozialistisches Patientenkollektiv, Hausbesetzungen etc.) ihre Mitglieder rekrutiert haben, braucht nicht zu überraschen, sondern ist geradezu eine Voraussetzung des funktionellen Terrors. Die politische Vorgeschichte ist das Kapital Baaders gewesen, und er hat Mahler und Meinhof auf ihre Kreditwürdigkeit geprüft. Es sind deshalb vornehmlich Randfiguren gewesen, die in ihren Wohnzimmern überrascht wurden und in der Bewegung nichts **wirklich** getan haben, die den RAF-Erpressungen nicht standhalten konnten. Mahler verteidigte, Meinhof schrieb in der Presse, Meins drehte Filme, Raspe machte Sozialarbeit, Haag und Becker wurden Anwälte – alle krankten an dem Bewußtsein, daß Beruf und revolutionärer Anspruch nicht zusammenfallen. Dieser Widerspruch, den sie nicht aushalten konnten, zwang sie in die Rolle von Berufsrevolutionären.

Berufsrevolutionäre ohne revolutionäre Bewegung sind aber nichts anderes als **Konspirateure von Profession**, wo das Sein sehr schnell das Bewußtsein zu bestimmen beginnt. Das Urteil der bürgerlichen Justiz hat in der RAF das Parteibuch ersetzt, der Bankeinbruch diente ebenso zur Finanzierung wie zur Selbstkriminalisierung neuer Freunde. In ihrem Bewußtsein wurde das **illegale Leben**, nicht die Veränderung des gesellschaftlichen Lebens zur politischen Praxis. Nach der Verhaftung der RAF-Größen begannen sie, das Justizverfahren gegen sie für **den** politischen Prozeß der BRD zu halten. Kein Wunder, daß sie die sie umgebenden Juristen mit **der** Gesellschaft verwechselten. Die Welt der Kriminalität ist für sie die ganze Welt geworden.

"Der Hauptcharakterzug im Leben der Konspirateure ist ihr Kampf mit der Polizei, zu der sie gerade dasselbe Verhältnis haben wie die Diebe und die Prostituierten." (Marx und Engels, MEW, 7, S. 274). Nicht nur, wie der Dieb die Gesellschaft nur in dem Sinne verändert, daß er neue Arbeitsplätze für die Polizei schafft und die Produktion von Schlössern anreizt, sondern der "Terror" ist zu einem festen Bestandteil der bürgerlichen Gesellschaft geworden, weil ohne ihn die weitere Akkumulation des staatlichen Gewaltpotentials nicht so einfach durchzusetzen wäre. "Die Polizei toleriert die Verschwörungen, und zwar nicht bloß als ein notwendiges Übel: Sie toleriert sie als leicht zu überwachende Zentren, in denen sich die gewaltsamsten revolutionären Elemente der Gesellschaft zusammenfinden, als Werkstätten der Emeute, die in Frankreich ein ebenso notwendiges Regierungsmittel geworden ist wie die Polizei selbst und endlich als Rekrutierungsplatz für ihre eigenen Mouchards (d.h. Spitzel)." (ebenda).

Der Unterschied der alten Konspiration zum funktionellen Terror besteht vor allem darin, daß sie von einer allgemeinen Volksstimmung gegen den Staat lebte, während der funktionelle Terror im Gegenteil diese allgemeine Stimmung zu erzeugen versucht und dabei auf Hilfe von außen angewiesen ist. Um diese fehlende Sympathie zu erwerben, muß die RAF von sich selbst ein Bild entwerfen, arme Verfolgte und zugleich harte Rächer zu sein. Dieses sozialromantische Bild des Verbrechers, von dem der Schundroman ebenso lebt wie das Kriminalstück, hat lange genug eine gewisse Zugkraft auf Teile der Linken ausgeübt. In verzerrter Form ist darin der richtige Gedanke enthalten, daß der "Terror" nur eine Organisation von Individuen ist, die gegen einen staatlichen Gewalt**apparat** letztlich doch verlieren werden. Diese vorpolitische Mentalität wird noch durch die herrschende Praxis verstärkt, Menschen wie Ulrike Meinhof zu gewalttätigen Tieren, Untermenschen etc. abzustempeln. Nicht nur der funktionelle Terror, sondern auch die Erzeugung von "Sympathisanten" ist notwendiges Herrschaftsmittel geworden wie die Polizei selbst.

Die "Maßnahmen zur Terrorbekämpfung" unterstreichen nur die allgemeine Unfähigkeit, was die Sozialliberalen anbetrifft, oder den in gewissem Sinne Unwillen der CDU/CSU, speziell den "Terror" zu bekämpfen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen wie z.B. Hotelmeldepflicht, Verstärkung der Polizeikräfte, Kontaktsperre etc. haben mit dem spezifischen Phänomen "Terror" wenig zu tun oder treffen ihn gar nicht, sondern dienen der CDU/CSU-Politik, nämlich der **Verallgemeinerung polizeistaatlicher Praktiken.**

Die Sozialliberalen haben die Terrorbekämpfung der Polizei und dem Staatsschutz überlassen, die mit ihren Methoden der Überwachung selbst "Terroristen" einschleusen und warten, bis sie den Zeitpunkt zum Eingreifen für gekommen halten. Von 1969 bis 1972 hat man die RAF gewähren lassen, um gegen sie Material in der Hand zu haben, das sie für immer ins Gefängnis bringt. In der Anfangsphase der RAF war es ein Leichtes, ihren Aufenthaltsort zu erfahren, da ihr Rekrutierungsfeld logischerweise die Kneipe war. Die Sozialromantik brachte es mit sich, daß Baader, Ensslin, Meinhof etc. ihre alten Kontakte wieder anknüpften, besonders bei Leuten, die ein mehr passives Verhältnis zur politischen Bewegung hatten, in guter Stellung lebten und Wohnungen zur Verfügung stellen konnten. Der materielle Kern der Sympathisantenverdächtigung ist das Gerede dieser Leute an den Biertischen, an denen sie ihre politische Passivität mit dem Image des finsteren Verschwörers aufpolieren wollten. "Der finstere Verschwörer, der in den geheimen Sitzungen eine spartanische Tugendstrenge an den Tag legt, taut plötzlich auf und verwandelt sich in einen überall bekannten Stammgast, der den Wein und das weibliche Geschlecht sehr wohl zu schätzen versteht. Dieser Kneipenhumor wird noch erhöht durch die fortwährenden Gefahren, auf jedem Schritt und Tritt legt ihm die Polizei Schlingen, die ihn ins Gefängnis oder gar auf die Galeeren bringen können. Solche Gefahren machen eben den Reiz des Handwerks aus ... Zugleich macht ihn die Gewohnheit der Gefahr im höchsten Grade gleichgültig gegen Leben und Freiheit." (ebenda S. 273).

Das Warten der Polizei, bis der "Terror" für die Täter zum "Lebenslänglich" führt, ermöglicht den Brutalisierungsprozeß der Akteure. Die neue Gleichgültigkeit gegen Leben und Freiheit hat gerade die, die sich an ihre vormalige sozialistische Motivation erinnern konnten, dazu geführt, sich **gegen** die RAF zu wenden. Horst Mahler ("Ausbruch aus einem Mißverständnis", Kursbuch 48) und Hans-Joachim Klein haben deutlich gemacht, daß das abstrakte Verhältnis zur Gewalt, das dem RAF-Mitglied als ein intimes erscheint, ein **schreckliches Abenteuer** ist.

Folgen des Fetischismus

Hat die Praxis der RAF schon den Charakter einer **Verschwörung**, so verwandeln sich ihre aus der Protestbewegung mitgebrachten Theoriestücke in **Verschwörungstheorien**. Der "Moloch des US-Imperialismus" beherrscht für sie die Welt – und alle, die sich nicht zur RAF bekennen, von Schleyer bis zu den einfältigen "Prollos" (wie sie die Arbeiter nennen) werden als Handlanger und "kleine Faschisten" begriffen. Durch Worte und Taten versuchen sie, dem **Volksvorurteil vom Revolutionär** zu entsprechen: gewalttätig, blutrünstig, elitär, autoritär und massenverachtend. Dieses Bild ist das vom verkehrten Revolutionär – in Wirklichkeit, wie Ernst Bloch in seiner Faschismusanalyse gezeigt hat, ist der eingebildete Pseudorevolutionär ein Faschist. Der funktionelle Terror unterscheidet sich vom faschistischen nicht in der Form, sondern in seiner **Zweideutigkeit**. Ein interessiertes Gerücht, das durch den Besuch Wischnewskis in Vietnam genährt werden sollte, behauptete, Bilder von Baader und Meinhof hätten in Hanoi ausgehangen nach den Attentaten auf die US-Hauptquartiere in Frankfurt und Heidelberg. Im Mai 1972, unmittelbar nach diesen Aktionen, äußerte der hohe FNL-Funktionär, Ly Van Sau, in der Botschaft

der Provisorischen Regierung in einem Gespräch über die BRD: "Diese Taten sind schädlich; wir sind dabei, die demokratischen Kräfte im Westen zu gewinnen, um Druck auf die USA auszuüben. Diese Abenteurer dienen nur der Reaktion, nicht dem weltweiten antiimperialistischen Kampf."
Von wirklichen Revolutionären in Vietnam und Palästina als Feinde betrachtet, finden sie nur Aufnahme bei denen, die ihre geheimen Finanziers und Waffenlieferanten – im arabischen Raum – gewesen sind, denen Rolf Pohle bei seinem Freiflug nach der Lorenz-Entführung eine Grußadresse sandte. Ihre "geistige Heimat" ist nicht die "Neue Linke", wie Strauß behauptet: die materielle Heimat des funktionellen Terrors liegt im Nahen Osten, das geistige Exil hat die RAF bei denen bekommen, die sie bekämpfen wollen: den Faschisten. Wenn Holger Meins in seinem letzten Brief schrieb, daß er als Mensch nur leben kann, wenn er die "Schweine" tötet, zollt er dem **Fetisch Gewalt** Tribut, den die spanischen Faschisten auf die fürchterliche Formel gebracht haben: "Es lebe der Tod!"
Die Stimmungskanone des "Weltbürgerkrieges", Strauß, ein Freund spanischer und griechischer Faschisten und ein Geschäftsfreund südafrikanischer Rassisten, benutzt den funktionellen Terror für seinen Kampf gegen das "Volksfronteuropa" am geschicktesten. Mit den Mailänder Bombenanschlägen, dem "Strage dello Stato", d.h. dem Staatsmassaker, begann die faschistische "Strategie der Spannung", Strauß hat diese Vorfälle benutzt, um gegen den Eintritt der KPI in die Regierung zu hetzen. Die Infiltration von Linksgruppen, der Under Cover Agent, ist ein im amerikanischen Geheimdienst zu lernender Beruf. Die schwarzen Spuren führten von den Mailänder Bombenattentaten direkt nach Griechenland, wo die CIA-Putschisten eine Zweigschule der "School of the Americas" aufgemacht haben, – dem Institut in Panama, an dem die Counter Insurgency gelehrt wird. In dem in Chile vor dem Putsch gedrehten Film "Der unsichtbare Aufstand" wird die **Taktik der Unterwanderung** anhand konkreter Zeugenaussagen belegt. Die Spuren der RAF führen in den arabischen Raum, wo auf merkwürdigste Weise das amerikanische Interesse am Untergang des palästinensischen Widerstandes sich mit dem Interesse der PFLP deckt, die erste Geige zu spielen. Der funktionelle Terror ist ein großes Rad, das andere drehen und in dem RAF nur eine Speiche ist.
Diese Verwirrung kehrt beim Verschwörer als absolute Paranoia wieder: "Daher das grenzenlose Verdachtssystem in den Verschwörungen, das ihre Mitglieder vollständig blind macht und sie in ihren besten Leuten Mouchards und in den wirklichen Mouchards ihre zuverlässigsten Leute erkennen." (Marx, Engels, MEW 7, S. 274). Dafür hat Uli Schmücker sein Leben gelassen; nicht der Kampf, sondern das **Spiel mit dem Terror** ging weiter. Zum funktionellen Terror gehört nicht nur, daß er die gegenteilige Wirkung erzielt, die er erklärtermaßen haben soll, sondern auch, daß die Täter instrumentalisiert werden. Nur die Teilnahme an der Tat reinigt vom Spitzelverdacht, deswegen lassen die RAF-Kader auch die Leute nicht in Ruhe, die heute als "Sympathisanten" dezunziert werden. Ihre Welt ist die von Verfolgung und Rache geworden: Haag schrieb in sein Geheimpapier: "Rache, Großes Geld, Big Raushole". Buback, Ponto, Schleyer.
Wenn man argumentiert, daß hier "Charaktermasken" (Marx) mit der gesellschaftlichen Herrschaft von Staat und Kapital verwechselt werden, bedeutet das nicht eine inhumane Abqualifizierung, wie Fetscher dem Genossen Dutschke vorwirft, sondern gehört zur **Diskussion über Gewalt**, die allein verhindern kann, daß sich junge Leute in das bewaffnete Abenteuer stürzen. Die ökonomische Charaktermaske bedeutet im "Kapital" von Marx gerade eine gesellschaftliche Herrschaftsstruktur, in der nicht unmittelbare, sondern vermittelte Unterdrückung vorherrscht, also Verhältnisse, in denen Terror sinnlos ist. Vorbürgerliche Verhältnisse haben den Terror ebenso hervorgerufen wie nachbürgerliche – aber in verschiedener Funktion. Der bürgerliche Terror zur Abschaffung der alten Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnisse muß aber vom faschistischen Terror zur Errichtung der Weltherrschaft unterschieden bleiben. Selbst in dieser Republik erinnert man sich jährlich an die **legitime antifaschistische Gewalt**, die sich gegen Hitler gekehrt hatte. Auf den Unterschied kommt es an: auch die herrschende Gewalt weiß in der sozialistischen Bewegung die zu treffen, die für sie wichtig sind. Im Sozialismus handelt es sich auch um Verhältnisse, in denen der gesellschaftliche Zusammenhang nicht durch blinde Ökonomie und das rohe materielle Interesse hergestellt wird, sondern in denen die Menschen im Mittelpunkt stehen. Die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, von Ben Barka, Lumumba, Cabral, die CIA-Attentate auf Fidel Castro, die Liquidation Che Guevaras oder der Mord an George Jackson sind nur ausgewählte Beispiele dafür, daß der konterrevolutionäre Terror eindeutig die trifft, die er treffen will.

Der Scheinkrieg

Beim funktionellen Terror der RAF soll es **scheinen**, als ob es gegen ausgewählte Repräsentanten des kapitalistischen Systems gehe – aber der RAF geht es in Wirklichkeit nur um sich selbst. Gefangen werden und Sich-Befreien-Lassen – neue Munition ist genug da, um diesen **Kreislauf der Gewalt** zu erhalten. Da es den Tätern nur um ihre Selbstdarstellung in der Tat geht – in dem falschen Glauben, Geschichte zu machen –, wird mit dem funktionellen Terror konterrevolutionäre Geschichte gemacht. Gerade weil sie aus dem Fetisch Gewalt keine materiellen Vorteile ziehen, können es andere.
Beim Schlag von Mogadischu hat die Gewalt des Staates den Vorteil aus der Aktion ebenso gezogen wie in Entebbe. Die Entführer haben sich ganz auf die Ebene begeben, wo jede organisierte Staatsgewalt überlegen ist: auf die der **militärischen Kommandoaktion**. Der funktionelle Terror trägt die Gewalt nach außen (Entebbe, Mogadischu), er arbeitet nicht in der Gesellschaft, deren Staat er angeblich bekämpft (Israel, Bundesrepublik): er stellt eine **Scheinkriegssituation** her. Hier kann der Staat militärisch handeln, und bei der wilden Geiselnahme von Privatpersonen besitzt die Tat der Geiselbefreiung eine wirkliche Legitimation, während der letzte Abglanz des Robin-Hood-Images der Entführer durch ihre eigene Tat schon verblaßt ist. Die Entführung der Mallorca-Urlauber als Geiseln hat endgültig mit der von der RAF gepflegten Legende aufgeräumt, sie schlüge nur die Reichen und kämpfe für die Schwachen. Das hat nie gestimmt: Bei ihrer ersten Aktion wurde der Angestellte Linke schwer verletzt, bei ihrem Bombenanschlag auf das Springerhaus in Hamburg wurden 17 verletzte Arbeiter davongetragen. Selbst ihre Rechtfertigungsversuche paßten in das erwünschte "Gruselkabinett der Revolution", das Legitimation genug für die bezeichnenderweise "Operation Feuerzauber" genannte Kommandoaktion des Bundesgrenzschutzes lieferte.
In einem Scheinkrieg kann nur die wirklich militärisch organisierte Gewalt gewinnen, auch wenn es – wie in Fürstenfeldbruck – zum Massaker kommt und die Gewalt außer Kontrolle gerät. Die Erklärung des "Kommando Siegfried Hausner", die es der Ermordung Schleyers hinzufügte, ist eine Erklärung der Ohnmacht, daß ihr blutiges Kriegsspiel wirklich ernst genommen worden ist. Die Kommandos haben selbst den Triumph des Autoritären Staates ermöglicht, indem sie durch die rücksichtslose Verfolgung ihrer Privatinteressen ein illusorisches Gefühl einer nationalen Gemeinschaftlichkeit erzeugt haben, dessen Nutznießer die organisierte Staatsgewalt ist.
Diejenigen, die sich in dem Erfolg der "Operation Feuerzauber" gesonnt haben (Schmidt, Maihofer, Wischnewski, Bölling u.a.), fetischisieren selbst die Gewalt, weil sie glauben, die rein militärische Gewalt, das Abtreten des Handelns an die GSG 9, wäre eine Lösung des Problems. In Israel, wo der Einsatzleiter Wegener (vgl. FAZ, 19.10.77) ausgebildet worden ist, gehören militärische Antiterroraktionen zum täglichen Leben, weil die gewaltsame Unterdrückung des palästinensischen Volkes Voraussetzung israelischer Politik ist. In Israel ist immer Krieg. In der BRD herrschte nach Mogadischu nur eine Kriegsstimmung, die nicht langfristig die zivile Frage nach der politischen Verantwortung für den Tod Schleyers ebenso wie die Toten in Stammheim verdrängen kann. Funktionellen Terror mit Anti-Terror zu bekämpfen, hat die **Wiederkehr des Immergleichen** zur Folge, was Taten, Täter und Kommandos anbetrifft, aber unter der Hand verändert sich tatsächlich die Gesellschaft. Stammheim, dieses Monument des Schreckens, hat die **Atmosphäre der Gewalttätigkeit** zum sichtbaren Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens gemacht. Ob die Gefangenen nun ausbrechen wollten, ob sie ihrem Leben ein Ende bereitet haben, ob ein Handgemenge entstanden ist, ob es private oder organisierte Abrechnungen gegeben hat, diese Fragen sind von dringendem Interesse und bedürfen der Aufklärung durch eine kritische Öffentlichkeit. Der in Beton gegossene Ausnahmezustand und die legalisierten Repressionsmittel (Kontaktsperregesetz etc.) wenden sich gegen ihre Urheber: denn daß Waffen in die Zellen gelangten, ist jetzt in jedem Falle **Schuld der Staatsgewalt**, die das Leben und damit auch die Verantwortung für das Leben der Gefangenen ganz in ihre Hände genommen hat.
Die Spekulationen über den Tod der Häftlinge, die jetzt jedes Stammtischgespräch bestimmen, können ebensowenig eine **gesellschaftsverändernde Praxis** ersetzen wie das kaninchenhafte Herumsitzen vor dem Fernsehapparat, um die neuesten "Terrornachrichten" zu ergattern. Egal, ob es der subjektive Wille der Gefangenen war, wie Maihofer vorschnell unterstellt, objektiv gehört es zum Sinn des funktionellen Terrors, die Gesellschaft zu passiven Zuschauern der spektakulären Ereignisse zu machen. Der imaginäre "Kampf gegen den Weltimperialismus" verschleiert die Tatsache, daß es im antiimperialistischen wie im Klassenkampf um **konkrete Ziele** geht. "Amis raus aus Vietnam', **war** die praktische Parole einer aktiven Bewegung; der antiimperialistische Kampf wird nicht im Keller eines "Volksgefängnisses" oder im Himmel des internationalen Luftverkehrs geführt, sondern er bedeutet für uns konkret: Widerstand gegen die Unterstützung rassistischer Regime im südlichen Afrika, wo gegen die Völker Namibias, Zimbabwes und Azanias die südafrikanische Atomdrohung besteht, und vor allem Kampf gegen wachsende Einmischung und Interventionsdrohung der BRD in das "Volksfronteuropa". Die Verhinderung einer weiteren **Akkumulation der bundesdeutschen Gewaltpotentiale**, die mit dem funktionellen Terror legitimiert werden, verbindet die internationalistischen Aufgaben mit unseren eigenen Interessen. Nicht der funktionelle Terror von Kleingruppen und ihre Scheinkriege, sondern der Kampf für republikanische Freiheiten, die nach jeder Terroraktion weiter eingeschränkt werden, der Kampf für soziale und individuelle Emanzipation, der Kampf gegen die Vernichtung unserer Lebensbedingungen durch kapitalistisch organisiertes Wirtschaftswachstum sind **die wichtigen Kämpfe, die verstärkt weitergehen müssen**.

★

Integrationsstand und Perspektiven der Europäischen Gemeinschaft

Klaus Busch

1978 sollen die ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament stattfinden. Die Diskussion innerhalb der Linken über eine mögliche Wahlbeteiligung in Form eigener Listen beschränkt sich zur Zeit vor allem auf die Frage einer linken Sammlungsbewegung, die bei den EG-Wahlen die Chance hätte, die 5%-Klausel zu überwinden, und auf die Notwendigkeit, einen Ansatzpunkt für die Kooperation der westeuropäischen Linken zu finden. Wenig beleuchtet wurde in der bisherigen Diskussion die reale Bedeutung des EG-Parlamentes angesichts des zur Zeit erreichten Integrationsstandes sowie seiner potentiellen Funktion im Rahmen der Integrationsperspektiven der EG. Der folgende Beitrag beabsichtigt, indem er diese Diskussionslücke schließt, die gegenwärtige und zukünftige Bedeutungslosigkeit des EG-Parlamentes für die reale gesellschaftliche Entwicklung in der EG aufzuzeigen.

Nachdem Mitte der 50er Jahre alle Pläne, die auf eine politische Union der 6 Montanunion-Staaten hinausliefen (Europäische Verteidigungsgemeinschaft, Europäische Politische Gemeinschaft), gescheitert waren, konzentrierte sich die Europapolitik im weiteren Verlauf zunächst auf eine primär ökonomische Integrationsstrategie. Die mit den Römischen Verträgen vom Frühjahr 1957 gegründete Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zielte in erster Linie auf die Verwirklichung eines Gemeinsamen Marktes für Industrie- und Agrarwaren im Rahmen einer Zollunion. Eine supranationale politische Infrastruktur wurde mit den Römischen Verträgen nicht geschaffen. Der "Versammlung", dem Europäischen Parlament, das die Mitgliedsländer indirekt beschicken, wurde keinerlei legislative Funktion, nicht einmal das Budgetrecht übertragen. Die entscheidende legislative Instanz der EWG wurde der "Ministerrat", der sich aus je einem Regierungsvertreter pro Mitgliedsland zusammensetzt und seine Beschlüsse einstimmig fassen muß. Die supranationale Verwaltungsbehörde der EWG, die "Kommission", hat zwar ein Initiativrecht für die Beschlußfassung des Ministerrates, die relevanten Vorentscheidungen im europäischen Entscheidungsprozeß fallen jedoch – ungeachtet der enormen Papierproduktion durch die Kommission – im Ausschuß der Ständigen Regierungsvertreter, der die Kompromißpakete für den Ministerrat weitgehend vorschnürt.

An dieser Form des politischen Entscheidungsprozesses in der EWG wurde im Verlaufe der 60er Jahre nichts geändert. Trotz verschiedener Anläufe gelang es auch im Rahmen der Verhandlungen über die Agrarmarktfinanzierung 1964/65 weder, der EWG eigene Haushaltsmittel zu übertragen, noch dadurch dem Europäischen Parlament gewisse Budgetkompetenzen einzuräumen. Auch die nach einer Übergangszeit in bestimmten Fragen (Agrarmarkt, Außenhandelspolitik u.a.m.) vertragsmäßig vorgesehene Ablösung des Einstimmigkeitsprinzips im Ministerrat durch das Prinzip des Mehrheitsvotums wurde aufgrund des massiven Widerstandes Frankreichs fallengelassen (Luxemburger Abkommen vom Jan. 1966). Erst im Gefolge der Haager Gipfelkonferenz vom Dez. 1969, die als Hauptaufgabe der Integrationspolitik der 70er Jahre die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion beschloß, konnte auch im politischen Integrationsprozeß ein bescheidener Fortschritt verbucht werden. Ab 1975 wurde das System der Beitragszahlungen der Mitglieder zum EG-Haushalt durch die Übertragung von Eigenmitteln (Zölle, Abschöpfungen, Mehrwertsteueranteile) auf die EG ersetzt und dem Parlament die Möglichkeit zur Änderung des vom Ministerrat vorgelegten Haushaltsentwurfes eingeräumt.

Nun ist es sicher kein Zufall, daß der EG-Integrationsprozeß auf ökonomischem Gebiet (Zollunion, Agrarmarkt) in den 60er Jahren rascher vorangeschritten ist als im politischen Bereich. Die Herausbildung einer supranationalen politischen Struktur bedarf eines ökonomischen Unterbaus in Form zwischenstaatlicher Handels-, Kapital- und Konjunkturverflechtungen, der aus seiner Eigendynamik heraus auf die Übertragung nationaler Souveränitätsrechte auf supranationale Organe drängt. Es könnte daher vermutet werden, daß der reale ökonomische Integrationsprozeß immer mehr die Installierung einer Wirtschafts- und Währungsunion erfordert und damit auch eine sukzessive Verstärkung der politischen Integration erzwingt. Im folgenden soll deshalb der tatsächliche ökonomische Verflechtungsgrad in den Bereichen Außenhandel, Gemeinsamer Agrarmarkt und Kapitalbeziehungen dargestellt sowie die Realisierungschancen einer Wirtschafts- und Währungsunion diskutiert werden.

Die Handelsverflechtung in der Europäischen Gemeinschaft

Durch die überdurchschnittlichen Wachstumsraten der EG-Länder und den etappenweisen Abbau der Handelsschranken innerhalb der Zollunion hat sich der innereuropäische Handel seit Gründung der EWG enorm intensiviert. Während die 6 EWG-Länder 1958 30,1% ihres Gesamtexportes untereinander abwickelten, stieg diese Intra-EG-Handelsquote bis 1972 auf fast 50% an und erreichte 1975 noch 44%. (Die rückläufige innerimperialistische Handelsverflechtung seit 1972 ist vor allem auf die wachsende Bedeutung des Handels mit den OPEC-Ländern zurückzuführen.) Diese starke Handelsintensivierung innerhalb der EG hat allerdings nicht zu einer Vertiefung der Arbeitsteilung zwischen den Gemeinschaftsländern geführt. Detaillierte Untersuchungen der Warenstruktur des EG-Handels zeigen vielmehr, daß der sogenannte Austauschhandel (Importe und Exporte verzeichnen dieselbe Warenstruktur) gegenüber dem sogenannten Differenzhandel (bei Importen und Exporten liegt eine stark divergierende relative Warenstruktur vor) im Verlaufe des Integrationsprozesses noch an Boden gewonnen hat. Der Abbau der Handelsschranken hat offensichtlich die protektionistischen Preisverzerrungen weitgehend beseitigen können und insofern wachsende Austauschprozesse überhaupt erst ermöglicht, Preisdivergenzen als Ausdruck unterschiedlicher Produktivitätsverhältnisse in den EG-Ländern wurden aber weiterhin durch die ausgleichende Wirkung der Wechselkurse vermieden, so daß sich die Arbeitsteilung innerhalb der EG nicht vertiefen konnte.

Neben den Nivellierungstendenzen in der Warenstruktur des Intra-EG-Handels haben sich auch Ausgleichstendenzen im relativen Gewicht einzelner EG-Staaten im "internen" Außenhandel von 1958 bis 1971 durchgesetzt. So sank der Anteil der dominierenden BRD an den Intra-EG-Exporten von 1958 35,1% auf 1971 33,1%, während umgekehrt ihr Anteil an den Intra-EG-Importen von 27,9% auf 34,2% anstieg. Gleichzeitig verbesserte Italien seinen Anteil an den Intra-EG-Exporten von 8,8% auf 14,1% sowie Frankreich von 16,5% auf 21,2%. Der Anteil dieser beiden Länder an den Intra-EG-Importen wuchs von 10,1% auf 14,3% (Italien), bzw. 18,1% auf 22,4% (Frankreich). Die BRD nimmt damit zwar im Intra-EG-Handel weiterhin eine beherrschende Position ein, diese konnte aber seit 1958 von den anderen EG-Ländern sukzessive relativiert werden. (1)

Der Gemeinsame Agrarmarkt

Die beiden Grundpfeiler des EG-Agrarmarktes sind der Protektionismus nach außen und die Marktordnungspolitik nach innen.

Durch ein System variabler Abschöpfung wird das niedrigere Preisniveau der Weltmarktwaren bei Importen in die EG auf das hiesige hohe Agrarpreisniveau heraufgeschraubt und so die weniger produktive EG-Landwirtschaft von der überlegenen Weltmarktkonkurrenz abgeschirmt. Die EG-Agrarmarkt-Ordnungspolitik sorgt mit ihren jährlich vom Ministerrat festgelegten Richtpreisen sowie den 5 - 10% niedrigeren Mindestpreisen (Interventionspreisen) der einzelnen Agrarwaren dafür, daß wachsende Produktivitätsfortschritte in der Landwirtschaft in Verbindung mit einer niedrigen Einkommenselastizität der Nachfrage nach Agrarprodukten nicht zu starken landwirtschaftlichen Preis- und damit Einkommenseinbußen führen. Sinkt der Marktpreis unter den Mindestpreis, greifen die staatlichen Interventionsstellen durch Aufkäufe preisstützend ein. Der EG-Agrarmarkt dient in erster Linie den Agrarexportinteressen der Niederlande, Dänemarks, vor allem aber Frankreichs, das über 50% der landwirtschaftlichen Nutzfläche der EG verfügt. Alle drei Länder können ihre, den Eigenbedarf übersteigende, Agrarproduktion in die restlichen Mitgliedsländer, vor allem in die BRD und nach Großbritannien, den Ländern mit dem niedrigsten Selbstversorgungsgrad, exportieren.

Die Preisgarantien haben in der EG zu einer gigantischen Überproduktion von Agrarwaren geführt. Da die Interventionsstellen zu stabilen Preisen beliebig viele Waren aufkaufen, produziert die EG-Landwirtschaft laufend neue Milch-, Fleisch-, Obst- und sonstige Agrarwarenberge. Noch 1962/63 lagen die Preisstützungskosten des EG-Agrarfonds bei 115 Mio. DM, 1966/67 schon bei 4 Mrd. DM und 1970 bei immerhin 8 Mrd. DM. Der EG-Agrarfonds verschlingt z. Zt. ca. 75% des gesamten EG-Haushaltes. Trotz dieser erheblichen Summen wird den kleinen und mittleren Bauern durch diese Politik letztlich nicht geholfen. Die Einkommenspolitik über die Preisgarantien nützt primär den Großproduzenten, die Klein- und Mittelbauern, denen direkte Einkommenssubventionen eher dienen würden, vegetieren weiterhin am Existenzminimum. Von 1960 bis 1971 haben 6 Mio. Agrarbeschäftigte den EG-Landwirtschaftssektor verlassen; der Zentralisationsprozeß zugunsten großer Agrarunternehmen hat sich dabei zunehmend verschärft.

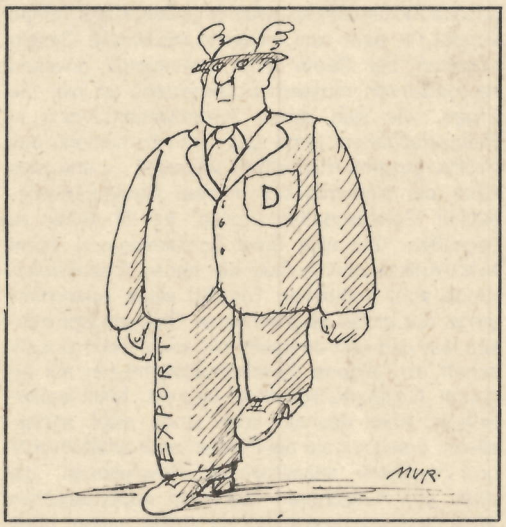
Neben der Überproduktion sind die Wechselkursverschiebungen in den letzten Jahren das Hauptproblem des EG-Agrarmarktes geworden. Die gemeinsamen Agrarpreise wurden Mitte der 60er Jahre auf der Basis fester Wechselkurse ausgehandelt. Die Auf- und Abwertungen der Währungen der einzelnen EG-Länder seit 1969 hätten nun das gesamte Agrarpreisgefüge verzerrt und die Landwirtschaft der Abwertungsländer gegenüber denjenigen in Aufwertungsländern begünstigt. Um dies zu vermeiden, wurde die alte Parität der Rechnungseinheit des Agrarmarktes (1 RE =

1 US-$ = 3,66 DM) kaum verändert (sie liegt heute bei 3,48 DM) und im Intra-EG-Agrarhandel das System des Grenzausgleiches eingeführt Der Grenzausgleich liftet die Agrarexportpreise der Abwertungsländer nach oben und subventioniert umgekehrt die Agrarexporte der Aufwertungsländer. Abgesehen von den hohen Kosten des Grenzausgleiches (1973 verschlangen die Währungskosten bereits 7,5% der Agrarmarktausgaben und damit Milliardenbeträge) flickt dieses System den "Gemeinsamen" Agrarmarkt nur noch künstlich zusammen; der Zeitpunkt des endgültigen Auseinanderfallens des EG-Agrarmarktes ist absehbar. (2)

Die Kapitalverflechtung in der Europäischen Gemeinschaft

Es ist den EG-Ländern inzwischen gelungen, die Dominanzposition des US-Kapitals in der innereuropäischen Kapitalverflechtung zu relativieren. Die Netto-Kapitalströme (ohne reinvestierte Gewinne der bestehenden Auslandsunternehmen) zwischen der BRD, den Niederlanden, Frankreich und Italien stiegen von 5,5 Mrd. DM (1962-1966) auf 9,8 Mrd. DM (1967-1971) an, um allein von 1972 bis 1974 11,5 Mrd. DM zu erreichen. Der Anteil der EG am Kapitalexport der einzelnen Mitgliedsländer ist kontinuierlich angewachsen. So stieg der Anteil der 6er-EG am Direktinvestitionsbestand der BRD von 1961 14,0% auf 1974 31,6% an. Die 6er-EG hatte an den Nettokapitalexporten Frankreichs von 1960-1963 einen Anteil von 27,8%, der sich von 1968 bis 1972 auf 29,7% erhöhte.

Zwar verfügten die USA 1970 mit 43,1 Mrd. DM über den bei weitem höchsten Direktinvestitionsbestand eines kapitalistischen Industrielandes in der 6er-EG – Großbritannien erreichte 7,1 Mrd. DM, die BRD 6,4 Mrd. DM –, im Nettokapitalexport haben die EG-Staaten die USA aber seit Beginn der 70er Jahre überholt. Während die USA von 1962 bis 1966 mit 15,5 Mrd. DM noch dreimal so viel Nettokapitalexporte in der EG unterbrachten wie die EG-Länder selbst, und von 1967 bis 1971 mit 16,2 Mrd. DM noch den 1,7fachen Wert der EG-Länder erreichten, lag der Wert der EG-Nettokapitalexporte von 1972 bis 1974 mit 11,5 Mrd. DM höher als der US-Wert mit 10,6 Mrd. DM.



Die wichtigsten Kapitalexportländer in der Intra-EG-Verflechtung sind die BRD und die Niederlande. Die Nettokapitalexporte der BRD in die EG beliefen sich von 1972 bis 1974 auf 5,6 Mrd. DM, die der Niederlande auf 3,4 Mrd. DM, während Frankreich nur 1,6 Mrd. DM erreichte. (3)

Wirtschafts- und Währungsunion in der EG

Auf der Gipfelkonferenz in Den Haag im Dezember 1969 beschlossen die EG-Regierungschefs, bis 1980 in mehreren Stufen eine Wirtschafts- und Währungsunion zu realisieren. Die Ursachen dieses Ansatzes zur Vertiefung des Integrationsprozesses lassen sich in vier Punkten zusammenfassen:

1.) Die wachsende Handelsverflechtung der EG hat die konjunkturelle Abhängigkeit der EG-Staaten untereinander anwachsen lassen. Da seit Ende der 60er Jahre der Konjukturzyklus im übrigen synchron verläuft, scheint eine supranationale Koordinierung der Wirtschaftspolitik erforderlich.

2.) Die Internationalisierung der Produktion in der EG unterhöhlt ebenfalls die wirtschaftspolitische Steuerungskapazität der einzelnen Nationalstaaten, vor allem in den Bereichen Geld-, Kredit- und Außenwährungspolitik, und drängt insofern auch auf eine supranationale Abstimmung der Wirtschaftspolitik.

3.) Wie dargestellt, ist die EG-Agrarmarktpolitik von festen Wechselkursen in hohem Maße abhängig. Eine Währungsunion könnte den Gemeinsamen Agrarmarkt stabilisieren.

4.) Von einem reinen Binnenmarkt trennen den EG-Verbund vor allem noch die nationalen Wechselkurse. Aufwertungen und Abwertungen können die Konkurrenzposition einzelner EG-Staaten im "Gemeinsamen" Markt erheblich verschieben. Die Währungsunion mit festen Wechselkursen oder einer gemeinsamen Währung soll diese letzten großen nationalstaatlichen Schranken beseitigen und insofern eine Verschärfung des Intra-EG-Konkurrenzkampfes sowie eine zunehmende Konzentration und Zentralisation des Kapitals produzieren. Dieser Integrationsaspekt ist gerade im Konkurrenzverhältnis der EG gegenüber den USA von Bedeutung, die aufgrund des großen Binnenmarktes über wesentliche Akkumulationsvorteile verfügen.

Auf der Basis des Berichts der Werner-Kommission verabschiedete der Ministerrat im Frühjahr 1971 einen Drei-Stufen-Plan zur Verwirklichung der WWU. Sukzessive sollte die Wirtschaftspolitik zwischen den Mitgliedsländern koordiniert und allmählich auf supranationale Gremien übertragen werden. Gleichzeitig war angestrebt, die Schwankungsbreite zwischen den Wechselkursen der Mitgliedsländer zu verringern, um schließlich unabänderlich feste Wechselkurse zu installieren. Für die erste Stufe, die von 1971 bis 1974 geplant war, wurde beschlossen, die kurzfristige Wirtschaftspolitik zu konzentrieren und die Bandbreite der Devisenkurse auf maximal 2,25% zu begrenzen. Ein im Frühjahr 1973 gegründeter Europäischer Währungsfonds (mit 4 Mrd. DM ausgestattet) sollte die Zentralbanken bei der Realisierung dieser währungspolitischen Ziele unterstützen.

Die Verwirklichung dieser ersten Etappe der WWU stieß seit 1971 Jahr für Jahr auf neue Schwierigkeiten. 1971 verzögerte der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems den Beginn der konzertierten Währungspolitik, 1972 wurde das System der "Schlange im Tunnel" (die EG-Währungen schwanken mit einer Bandbreite von 2,25% in einem maximal 4,5% breiten Abstand zum US-$) kreiert, wobei allerdings Großbritannien und Italien bald ausschieden. 1973 begann die "gehäutete Schlange" gegenüber den restlichen Währungen zu floaten (Blockfloaten). Großbritannien, Italien und Irland beteiligten sich nie an diesem Währungsverbund, Frankreich nahm nur periodisch teil, und von den assoziierten Währungsblockländern Norwegen und Schweden schied Schweden im August 1977 aus. Mehrmals wurden die Kurse der Währungen innerhalb der Schlange korrigiert. Die Abstimmung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedsländer war von Anbeginn an ein leeres Postulat. Der Übergang zur zweiten Etappe der WWU konnte zu keinem Zeitpunkt seit 1971 realiter in Erwägung gezogen werden.

Dieses Scheitern der WWU-Pläne ist nicht zufällig, es ist auch nicht auf die stagnativen Tendenzen in der Kapitalakkumulation der meisten EG-Staaten seit Anfang der 70er Jahre zurückzuführen, die wesentliche Ursache ist vielmehr in der ungleichmäßigen Entwicklung der EG-Länder zu sehen. Die ungleichen Akkumulationsbedingungen (unterschiedliche organische Zusammensetzung des Kapitals, unterschiedliche Reservearmee, ungleiche Mehrwertraten, unterschiedliches sektorales Verhältnis zwischen Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungsbereich, unterschiedliche Weltmarktverflechtung usw.) produzieren in den verschiedenen EG-Ländern ungleiche Produktivitätsfortschritte und ungleiche Inflationsraten, an denen alle WWU-Ansätze zerbrechen werden. Das Ausmaß der ungleichen Entwicklung der Konkurrenzbedingungen im EG-Raum indiziert die ungleiche Entwicklung der Durchschnittswerte der Ausfuhr für die wichtigsten EG-Länder. Während dieser Index für die Preisentwicklung der Exportgüter von 1963 = 100 bis 1970 für die BRD auf 103 anstieg, erreichte er für Italien 107, für Frankreich 124 und für Großbritannien 128 Punkte. Von 1970 = 100 bis 1974 stieg dieser Index für die BRD auf 123, für Frankreich auf 147, für Großbritannien auf 159 und für Italien auf 180 Punkte an. Fixierte Wechselkurse im Rahmen einer WWU hätten unter diesen Bedingungen für das britische und italienische Kapital verheerende Wirkungen. (4)

Eine Koordinierung der Wirtschaftspolitik auf supranationaler Ebene kann die strukturellen Faktoren, die zur ungleichen Akkumulationsentwicklung führen, nicht verändern, insofern schlagen auch die Ratschläge bürgerlicher Wirtschaftswissenschaftler, die in der Harmonisierung der Staatsinterventionen der Mitgliedsländer das sine qua non einer gleichen Entwicklung sehen, fehl.

Im Unterschied zur Zollunion, die Verschiebungen der Konkurrenzbedingungen zwischen den Mitgliedsländern durch Wechselkurskorrekturen aufheben kann, setzt die Währungsunion eine gleiche ökonomische Entwicklung zwischen den Unionsländern voraus. Ist diese Bedingung auf Grund eines ungleichen Entwicklungsniveaus der beteiligten Staaten nicht gegeben, ist eine WWU mit ökonomischen Mitteln nicht zu realisieren, der politisch-militärische Zwang einer imperialistischen Führungsmacht bleibt als einziger Ausweg. Beim momentanen und absehbaren Kräfteverhältnis in der EG verfügt kein Mitgliedsland, auch nicht die BRD, über das Machtpotential, das für diese zwangsweise Integration Europas notwendig wäre. Im übrigen schließt auch die gemeinsame Systemkonkurrenz der EG-Staaten gegenüber dem sozialistischen Lager diese gewaltsame Austragung innerimperialistischer Konflikte immer noch aus.

Da von der Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion auch die Perspektiven der Politischen Union in der EG abhängen, folgt aus dieser Analyse, daß das Europäische Parlament weiterhin ein Torso bleiben wird. Falls die Direktwahlen 1978 zustandekommen, wird das EG-Parlament wie der Europarat in seinen früheren Jahren eine Tribüne für abgehobene Europa-Debatten werden, eine reale gesellschaftliche Bedeutung für die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft aber wird dieses Parlament nicht erlangen.

Angesichts dieser Perspektiven scheint der einzig richtige Beitrag der westdeutschen Linken zur EG-Wahl die Produktion von Gegeninformationen zur europäischen Integrationspolitik zu sein. Die Mobilisierung von Wählerstimmen für ein Scheinparlament ohne Perspektiven um des bloßen Stimmentests willen gleicht einer Sandkastenpolitik. Ebensowenig bietet eine mögliche gemeinsame Fraktion in einem funktionslosen Parlament einen Ansatz für die Kooperation der europäischen Linken. Diese Kooperation muß sich vielmehr aus den realen Problemen der innereuropäischen Entwicklung ergeben.

Anmerkungen

1) Die Daten dieses Abschnittes sind entnommen: Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaft: Monatsbulletin der Außenhandelsstatistik, Sonderheft 1958-1975, Luxemburg 1976

2) Ein guter Überblick über die EG-Agrarpolitik ist zu finden in: F. Siebels/H. Lenke: Kapitalistische Vergesellschaftung der Landwirtschaft und "Gemeinsamer Agrarmarkt" in der EWG, in: Frank Deppe (Hrsg.): Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Reinbek 1975

3) Die Daten dieses Abschnitts wurden berechnet nach: Henry Krägenau: Internationale Direktinvestitionen 1950-1973, Weltarchiv Hamburg 1975

4) Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 1970, 1972 und 1975, S. 176 f., S. 202 f. und S. 223

Sowjetgesellschaft

Wolfgang Eichwede/ Hans Kaiser — Zur bisherigen Diskussion in 'links'

Das Bild, das sich die nicht-parteigebundene Linke von den Entwicklungschancen des "realen Sozialismus" macht, scheint von mal zu mal düsterer auszufallen. Bestand Mitte der 60er Jahre unter dem Eindruck der offenkundigen Krise des stalinistischen Modells im damaligen SDS die Hoffnung, daß sich die "degenerierten Arbeiterstaaten" als Folge der entwickelten Produktivkräfte der bürokratischen Auswüchse entledigen könnten, und hatte danach die chinesische Kulturrevolution den Optimismus hinsichtlich der revolutionären Regenerationsfähigkeit von "Übergangsgesellschaften" neu entfacht, so konstatierte Johann Eggert schon wenige Jahre später – im Einleitungsartikel zur "links"-Diskussion 1973/74 – einen "großen theoretischen und politischen Katzenjammer".

Die gesellschaftlichen Verhältnisse der Sowjetunion, Chinas, der DDR, Kubas, Albaniens usw. hätten bei aller Variabilität im einzelnen ein und dasselbe Dilemma enthüllt: den "Sozialismus als Staatsmacht". Und Ursel Schmiederer, 1973 noch eifrige Verfechterin des Übergangstheorems, bestreitet nunmehr zum Auftakt der neuen Artikelserie kurzerhand, "daß es sich hier überhaupt um Sozialismus handelt, gleich in welcher Etappe." (Nr. 86, S. 17, Sp. 1). Aber wenn nicht Sozialismus, was dann? Sind wir alle, und mit uns die Millionenmassen der Arbeiter und Bauern, die sich in revolutionären Prozessen engagierten, einer Mystifikation aufgesessen? Beruhte die Oktoberrevolution, beruhen die sozialistischen Revolutionen, die ihr folgten (wie Eggerts Klassifizierung der Oktoberrevolution als "bürokratischer Revolution" nahezulegen scheint), auf Selbsttäuschung oder gar auf Selbstbetrug? Und wenn nicht Sozialismus, aber auch nicht Übergangsgesellschaft, wo ist dann der historische Ort dieser nichtkapitalistischen Gesellschaften anzusiedeln? Handelt es sich um eine völlig neuartige, von Marx nicht vorausgesehene Spezies nachkapitalistischer Gesellschaftsformationen oder um eine bloße Entwicklungsalternative zum Kapitalismus unter Bedingungen gesellschaftlich-ökonomischer Rückständigkeit? Welche Entwicklungsdynamik, welche Widersprüche zeichnen sie aus? Und was heißt dies alles für die Entwicklungsperspektiven des Sozialismus?

Stand der Diskussion

An den bisherigen Theoriediskussionen über die sowjetischen Gesellschaften in "links" fällt auf, daß sie bei allem Aufwand und wichtigen Einsichten bislang keinen plausiblen Erklärungsansatz für das Faktum liefern konnten, daß die osteuropäischen Protestbewegungen in der Regel unter der Hegemonie der Intelligenz getragen werden. Die Gründe liegen u. E. letztlich darin, daß allen Theorieansätzen (ungeachtet großer Divergenzen im einzelnen) ein einfaches dichotomisches Gesellschaftsmodell zugrundeliegt, das in der Tradition des bürokratietheoretischen Ansatzes Trotzkis (aber unter Mißachtung der bei ihm noch gegebenen gesellschaftlichen Vermittlungsschritte) mit dem Gegensatzpaar Bürokratie/Produzenten operiert, ohne daß diese Polarisierung konsequent aus der letztlich im arbeitsteiligen Produktionsprozeß begründeten widersprüchlichen Sozialstruktur hergeleitet würde. Das aus unterschiedlichen Gründen ambivalente Verhältnis von Intelligenz und Arbeiterschaft zur bürokratischen Machtelite (wobei die Intelligenz teilweise der Kategorie der "Bürokratie", teilweise der Kategorie der "Produzenten" zuzuordnen wäre) in der gegenwärtigen Entwicklungsphase der sowjetischen Gesellschaften läßt sich jedoch nur bestimmen, wenn die bürokratische Herrschaft in ihrem Funktionswandel als Produkt sich verändernder Sozialverhältnisse von den Anfängen der Arbeiterbewegung der 2. Internationale über das frühsowjetische Stadium der NEP, das stalinistische Mobilisierungsregime bis hin zur Konsolidierung eines sich intensiv reproduzierenden Industriesystems verfolgt wird.

Ehe dieser Ansatz in Grundsätzen skizziert wird, sollen die bisherigen Beiträge sowohl auf ihre weiterführenden Aspekte als auch auf ihre Grenzen hin reflektiert werden.

Aus der ersten Diskussionsrunde in "links" liefert im Rückblick am ehesten noch der Einleitungsartikel von Johann Eggert weiterführende Anknüpfungspunkte. Dies gilt z. B. für die Überlegung, daß sich die Konstitutionsbedingungen bürokratisch vermittelter Arbeitsteilung innerhalb des Sowjetsystems bis in die Ära der 2. Internationale zurückverfolgen lassen. Allerdings wird die Herausbildung einer Arbeiterbürokratie als bloßer Reflex der "sozial-ökonomischen Tatsache der Arbeitsteilung zwischen manuellen und intellektuellen Arbeitern" begriffen, ohne daß das Sozialismusbild der 2. Internationale als radikalisierter Ausdruck der im Kapitalismus selbst angelegten Vergesellschaftungstendenzen begriffen würde, wodurch erst der sowjetische Revolutionierungsversuch jenseits seiner plakativen Etikettierung als "bürokratischer Revolution" historisch eingeordnet werden könnte. Eggert bleibt folgerichtig auch bei der Beschreibung der heutigen Sozialstruktur der Sowjetgesellschaft – ein Punkt, der von Altvater zu Recht kritisiert wurde – in der Kategorisierung von Oberflächenphänomenen stecken. Es ist dann nur konsequent, wenn es weiteren Untersuchungen aufgegeben bleibt, "festzustellen ..., in welche Fraktionen diese Bürokratie sich gliedert, ob etwa eine höhere und eine niedere Bürokratie zu unterscheiden ist." (Nr. 46, S. 11, Sp. 2). Von einem solchen herrschaftssoziologischen Blickwinkel aus läßt sich freilich kein Zugang zur Dialektik der als Beispiel herangezogenen tschechoslowakischen Reformbewegung gewinnen, die in ihrer Verschränkung von Reproduktionsschwierigkeiten im Übergang vom stalinistischen Planungskonzept zur Dezentralisierung mit explosiven, aber keineswegs dichotomisch vereinfachten sozialen Widersprüchen gerade keine Bestätigung dafür liefert, daß der "Hauptantagonismus der etatistischen Länder zwischen den Produzenten und der gesamten Bürokratie" liege (so in Nr. 47, S. 14, Sp. 3).

In deutlichem Widerspruch zur eingangs andeutungsweise entwickelten Ableitung des bürokratischen Phänomens aus den strukturellen Gegebenheiten kapitalistischer Arbeitsteilung stehen wiederum Aussagen, Bürokratisierungsprozesse als "historisch gesetzmäßige Entwicklung" dem geringen Stand der Produktivkräfte anzulasten (Nr. 47, S. 18, Sp. 3/4). Im Einklang damit kann dann plötzlich eine Demokratisierung von einer der "sozialen und ökonomischen Entwicklung ... eigenen Logik" erwartet werden. Aber wer garantiert eigentlich, daß sich die bürokratiebegründende Kraft der Arbeitsteilung im Fortgang der technologischen Entwicklung vermindert? Und wo steht geschrieben, daß sich die "demokratische Phantasie" "kreativer" Technokraten tatsächlich im Sinne einer Produzentendemokratie geltend machen wird? Die Erfahrungen mit der tschechoslowakischen Reformbewegung sind in dieser Hinsicht entgegen einer verbreiteten Ansicht nicht sehr ermutigend. Das Streben von Technikern, Wissenschaftlern und qualifizierten Arbeitern nach "größerer operativer Autonomie" ist jedenfalls nicht schon per se mit dem "Produzenteninteresse" (was immer darunter verstanden werden mag) gleichzusetzen.

Immerhin ergaben sich damit Hinweise auf eine sowjetischen Gesellschaften eigentümliche sozialökonomische Dynamik, die weitergeführt werden können. Wie überhaupt der Vorzug des Eggertschen Theorieansatzes darin liegt, daß er mit der Trostlehre der "Übergangsgesellschaft" radikal bricht und die osteuropäischen Gesellschaften als Formationen eigener Art ernstzunehmen versucht. Wie wenig mit dem Übergangstheorem 60 Jahre nach der Oktoberrevolution noch Staat zu machen ist, zeigten die Bemühungen Schmiederers und Altvaters zu seiner Ehrenrettung. Denn sie blieben, wie Schmiederer mittlerweile selber einräumt, die Antwort auf die Frage schuldig, "was da übergehen soll und wohin." Das Insistieren auf kapitalistischen "Relikten", die dem Durchbruch der reinen sozialistischen Qualität angeblich immer noch im Wege stehen, wäre in der Tat nur dann glaubwürdig, wenn sich konkret zeigen ließe, welche Strukturen (und sozialen Kräfte) innerhalb dieser Gesellschaften den Kapitalismus und welche den Sozialismus repräsentieren. Der bloße Hinweis auf das fortwirkende kapitalistische Milieu (Weltmarkt) oder die Folgen der Rückständigkeit genügt nicht, weil nicht klar wird, wie sie sich innerhalb der sowjetischen Struktur widerspiegeln, und vor allem: welche Strukturelemente davon nicht infizierbar sind (die Partei? die Gewerkschaften? der Wirtschaftsplan?). Allerdings bleibt der Bezug auf den kapitalistischen Weltmarkt insoweit von Bedeutung, als die kapitalistische Akkumulationsdynamik weiterhin das Tempo vorgibt, in dem sich moderne industrielle Gesellschaften bei Strafe ihres Untergangs erweitert reproduzieren müssen. Entscheidend ist hier die Frage, wie sich dieser Akkumulationszwang in Planwirtschaften ohne das Antriebsmoment des Profits gesamtwirtschaftlich vermittelt – und dies setzt die Kenntnis der inneren Struktur sowjetischer Gesellschaften voraus. Es ist daher zu begrüßen, daß sich Ursel Schmiederer in ihrem März-Artikel zum Auftakt der neuen Diskussionsrunde vom nebulösen Trugbild eines schlechterdings nur global bestimmbaren Übergangsprozesses löst und nun ihrerseits die sowjetische Gesellschaft als "eigene Gesellschaftsformation mit eigenen Gesetzmäßigkeiten" begreift. Nicht-kapitalistisch, aber deshalb noch lange nicht sozialistisch, erscheint sie als Produkt antikapitalistischer und subjektiv sozialistischer Revolutionen, die zwar ein Ausscheren aus dem kapitalistischen Weltmarktzusammenhang zur Folge hatten, ohne daß sich eine freie Assoziation der Produzenten habe bilden können. Stattdessen werde der gesellschaftliche Zusammenhang über eine "Partei/Bürokratie" als Integrations- und Herrschaftsinstanz vermittelt.

Wieso es zur Herausbildung einer solchen bürokratischen Stellvertreterinstanz kommen konnte, bleibt freilich ebenso im Dunkel wie die Gründe für das Aufbegehren der Intelligenz. Reichlich mysteriös heißt es lediglich, daß sich aus dem "Allgemeinen" die Interessen gesellschaftlicher Gruppen "absonderten", wobei "notwendigerweise Spannungen" entstünden. Schmiederer scheint anzunehmen, daß der Rekurs der Protestbewe-

gung auf "bürgerliche" Freiheits- und Menschenrechte wesentlich dem Ideologiemonopol der Partei geschuldet sei, und läßt allenfalls für die Rebellion der Arbeiterschaft materialistische Gründe gelten. Immerhin sind damit, wenn auch fragmentarisch, realgesellschaftliche Widerspruchsmomente angesprochen, auf die Conert in seinem Beitrag zurückgreifen kann. Seiner Ansicht nach liegt der "wirklich zentrale Widerspruch" zwischen sozialer Verfassung und institutionalisierter Funktionsweise des ökonomischen Systems auf der einen und der Fixierung der Führung auf kapitalistische Formen und Inhalte der Produktivkräfteentwicklung auf der anderen Seite. Je mehr sich die Parteiführung kompensatorisch auf Befriedigungsstrategien über Massenkonsum einlasse, trete die mangelnde Leistungsfähigkeit des sowjetischen Wirtschaftssystems, insbesondere seine notorische Innovationsschwäche, deutlicher zutage. Obwohl eine mögliche Lösung des Widerspruchs in der Umgestaltung des ökonomischen Systems "im Sinne besserer funktionsmäßiger Gewährleistung der kapitalistisch vorgegebenen Produktionsziele" liegen könne, mißt Conert der Intellektuellenbewegung nur marginale Bedeutung bei und stellt dieser Tendenz recht voluntaristisch eine rätedemokratische Perspektive gegenüber.

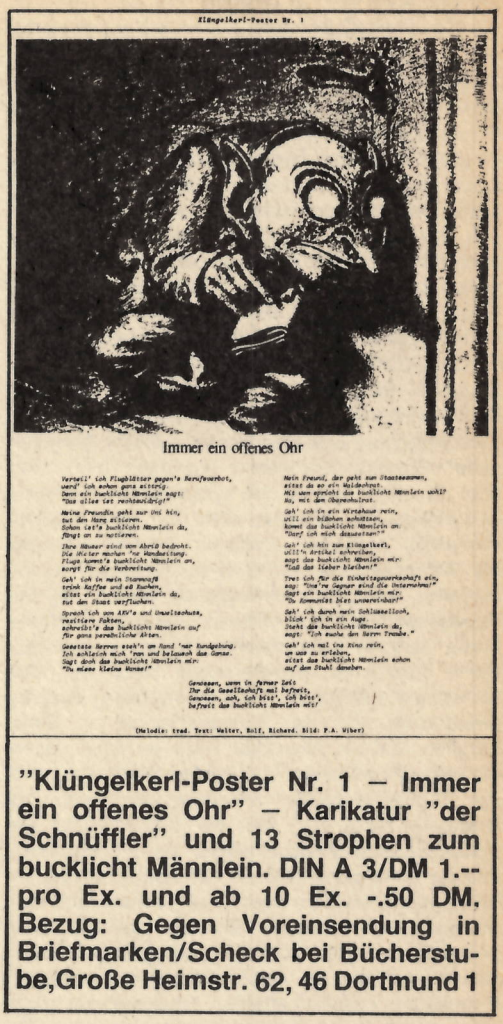
Einen deutlichen Schritt nach vorn stellt u. E. der Beitrag des SZ Tübingen dar, in dem die bürokratische Herrschaft zum ersten Mal systematisch aus der Kontinuität kapitalistischer Arbeitsteiligkeit im Produktionsprozeß hergeleitet wird. Sie erscheint so nicht einfach als Sache der Stellvertretung (Schmiederer) oder der Nichtvergesellschaftung von Planungs- und Leitungsprozessen (Damus), sondern als "wirkliche Produktionsbedingung" des hierarchischen Funktionszusammenhangs kapitalistisch gebliebener Technologie. Anders als im Kapitalismus, wo der "stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse" über die Konkurrenz die gesellschaftliche Synthesis stiftet, vollzieht sich in sowjetischen Gesellschaften die "Zwangsvergesellschaftung" über den Partei- und Staatsapparat in der Form unmittelbarer Herrschaft, solange die fortbestehende Arbeitsteiligkeit unmittelbare Vergesellschaftung nicht zulasse. Allerdings bleibt dieser analytische Ansatz insofern inkonsequent, als die Arbeitsteilung als Basis bürokratischer Herrschaft selbst als Ergebnis eines bürokratischen Herrschaftskalküls (unter Stalin) ausgegeben wird, so daß die Ursachen des bürokratischen Phänomens letzten Endes ungeklärt bleiben. Die Fragwürdigkeit einer linearen Zuordnung des Phänomens bürokratischer Herrschaft zur Arbeitsteilung ist dabei noch gar nicht angesprochen (z. B. fehlt die klassenpolitische Dimension); u.E. ist Arbeitsteilung die Bedingung der Möglichkeit bürokratischer Herrschaft, nicht eo ipso deren zureichender Grund).

Auch ziehen die Autoren keine Konsequenzen aus dem Hierarchisierungseffekt von Arbeitsteilung für ein Verständnis des wachsenden intellektuellen Nonkonformismus, sondern führen diesen, ähnlich wie Schmiederer, lediglich auf den ideologischen Monopolanspruch der Partei- und Staatsbürokratie zurück.

Funktionswandel bürokratischer Herrschaft

Ungelöst ist zunächst die Genesis bürokratischer Herrschaft. (Wir beschränken uns im folgenden auf die Formveränderungen der Entwicklungsdynamik sowjetischer Gesellschaften und beantworten nicht die Frage nach dem (oder den) zugrundeliegenden "Bewegungsgesetzen". Dabei ist für uns noch durchaus offen, ob man hinsichtlich dieser Gesellschaften überhaupt von einem durchgehenden Bewegungsgesetz analog zur von Marx analysierten Kapitalverwertung sprechen kann.) Doch könnte hier der Eggertschen Vermutung nachgegangen werden, daß sie eine ihrer Wurzeln schon in der Bürokratisierung der Arbeiterorganisationen der 2. Internationale hatte, in der sich auf der politischen Ebene die Arbeitsteiligkeit der kapitalistischen Produktionsweise mit ihrem Vorrang der geistigen vor der körperlichen Arbeit nachbildete. Die Transformationskonzeption der Bolschewiki impliziert einen engen Zusammenhang zwischen der arbeitsteilig und hierarchisch angelegten Organisationsstruktur und den Idealen einer sozialistischen Gesellschaft. Diese zielten in einer greifbaren historischen Perspektive auf die Beseitigung der Konkurrenz von Einzelkapitalien und die Überwindung der Krisenzyklen, auf die Ablösung einer anarchischen durch eine geplante Ökonomie, aber sie verwiesen die Aufhebung des Gegensatzes von körperlicher und geistiger Arbeit in eine ferne kommunistische Zukunft. Freilich, genau in dieser Konstruktion der Leninschen Parteitheorie lag eine ihrer Stärken: die Affinität des Avantgardeanspruchs zur Hierarchie des realen Produktionsprozesses machte im gesamtgesellschaftlichen Rahmen die Partei den Räten, innerhalb der Betriebe die Gewerkschaften den Fabrikkomitees, überlegen. Was implizit unterstreicht, wie falsch es wäre, die Ursachen der Bürokratisierung allein in den Strategien der Bolschewiki aufspüren zu wollen und nicht die Wirkung der vorgegebenen ökonomischen und sozialen Strukturen in das Kalkül mit einzubeziehen. Dagegen erwies sich die ursprüngliche Erwartung Lenins, beim Aufbau des Sozialismus die wirtschaftlich-organisatorische Funktion des Staates von der politisch-repressiven abtrennen und die – hochzentralisierte – Verwaltungstätigkeit der Kontrolle der Massen unterwerfen zu können, bald als schlichte Illusion. Zum einen reproduzierte auch der sozialistische Staat in der Form eines Trusts, eines immensen Wirtschaftsapparates, in sich selbst Arbeitsteilung und Herrschaftsverhältnisse. Zum anderen ließ sich dieser Staat gar nicht auf seine ökonomische Funktion begrenzen. Vom ersten Tag der Revolution an wurde er zum klassenpolitischen Instrument, um die alte Ordnung niederzukämpfen, die Bauernmassen in Schach zu halten und selbst oppositionelle Strömungen innerhalb der Arbeiterschaft abzufangen. Zum Verständnis der sowjetischen Bürokratie scheint es gleichermaßen notwendig, sowohl ihre Funktionalität im Produktionsprozeß als auch ihre – freilich nicht unbegrenzte – Autonomie im politischen Bereich in den Blick zu nehmen. Die bonapartismustheoretischen Ansätze in der Nachfolge Trotzkis kaprizieren sich auf den zweiten Aspekt, überlagern oder verdunkeln aber den der Arbeitsteilung. Sie geben wichtige Hinweise auf die Klassenverhältnisse als Bedingung für die Usurpation der Macht durch die Bürokratie, auf die Schwäche der Arbeiter, aus der heraus diese das Meer kleinbäuerlicher Produzenten nur über bürokratische Vermittlung beherrschen konnten, während sich das Problem geistiger Arbeit noch in der transitorischen Form "bürgerlicher Spezialisten" darstellte. In diesem Kontext konnte die Bürokratie als ephemeres Phänomen russischer Rückständigkeit erscheinen, dem mit dem Industrialisierungsprozeß die Grundlage entzogen würde. Tatsächlich jedoch zementierte die Multiplizierung des Produktionsvolumens während der ersten Fünfjahrpläne die Herrschaft vergegenständlichter Arbeit über lebendige und baute mittels der forcierten Kaderbildung – "die Kader entscheiden alles" – die Arbeitsteiligkeit zum strukturimmanenten Prinzip des gesamten Produktionsprozesses aus. Klassenpolitisch vermittelt und neutralisiert wurde diese Unterordnung der Produzenten, die Einbußen im Lebensstandard und den Verlust von jeglicher Interessenvertretung hinnehmen mußten, bis zu einem gewissen Grade durch die horrende Mobilität. Doch dokumentieren die mit Millionen Menschen gefüllten Arbeitslager und Terrorwellen, daß sich diese Mobilisierung nur unter stärkstem Zwang vollzog. Hand in Hand mit der Zerstörung autonomer Artikulationsmöglichkeiten sozialer Gruppen und der "Atomisierung" der Gesellschaft gewann die hochzentralisierte Bürokratie despotische Züge.

Mit der Verknappung der Ressourcen im Zuge des entfalteten Industriesystems wird ein Übergang zu primär intensiven Formen der Reproduktion



"Klüngelkerl-Poster Nr. 1 – Immer ein offenes Ohr" – Karikatur "der Schnüffler" und 13 Strophen zum bucklicht Männlein. DIN A 3/DM 1.-- pro Ex. und ab 10 Ex. -.50 DM. Bezug: Gegen Voreinsendung in Briefmarken/Scheck bei Bücherstube, Große Heimstr. 62, 46 Dortmund 1

erforderlich, der – aufgrund rückläufiger Wachstumsraten krisenhaft vermittelt – im Ringen um die Wirtschaftsreformen seinen Niederschlag findet. Dieser Übergang erzwingt einen erneuten Funktionswandel bürokratischer Herrschaft. Das aus der Mobilisierungsphase ererbte administrative Direktivsystem erweist sich gegenüber den Anforderungen der immer komplexer werdenden industriellen und wirtschaftlichen Arbeitsteiligkeit als zunehmend ineffektiv, so daß über Dezentralisierungsmaßnahmen und den Einschub horizontaler Bargainingprozesse größere Elastizität, bessere Kommunikationsformen und kooperativere Arbeitszusammenhänge angestrebt werden. Freilich wird damit nur der Grad der Zentralisierung gemildert, nicht die Zentralisierung selbst aufgehoben. Parallel vollzieht sich die Ausdifferenzierung der sowjetischen Sozialstruktur, die massenhafte Ausdehnung qualifizierter Berufsgruppen wie ihre deutliche Hierarchisierung entlang den Prioritäten der industriellen Entwicklung. Die technische Intelligenz bestimmt von nun an das soziale Profil der Industrie- und Wirtschaftsverwaltung, die politische Machtelite akademisiert sich rapide. Im Zuge solcher Verwissenschaftlichung gewinnt staatliches und bürokratisches Handeln den Anschein von Objektivität und Sachnotwendigkeit. Entscheidend ist die Frage, ob mit diesem Prozeß die bürokratische Herrschaftsrefom erst auf ihren Begriff kommt oder in eine tödliche Krise gerät.

Aktuelle Widerspruchspotentiale

Diese Frage kann jedoch nicht ohne eine nüchtere Bestandsaufnahme hinsichtlich des aktuellen Widerspruchspotentials der sowjetischen Gesellschaften beantwortet werden. Unleugbar ist die gegenwärtige Phase bestimmt durch Ernüchterung gegenüber den euphorischen Erwartungen der 60er Jahre, als die allerorts erkennbaren Stagnationstendenzen eine grundlegende Umgestaltung, ja Auflösung bürokratischer Herrschaft anzukündigen schienen. Doch erwies sich das System in seiner Mischung aus partieller Adaptationsfähigkeit und Repression als elastisch genug,

um der Krise Herr zu werden. Für ein Verständnis der Entwicklungsperspektiven ist grundlegend, daß der Modernisierungsprozeß der letzten Jahrzehnte nicht nur wachsende technologische Komplexität, sondern auch eine Ausdifferenzierung der Sozialstruktur zur Folge hatte, deren Dynamik im dichotomischen Raster Bürokratie/Produzenten immer weniger verortbar ist. Gerade die radikalisierteste Form der Krise, der sog. Prager Frühling, hat sowohl auf Seiten der Intelligenz als auch auf Seiten der Arbeiterschaft Interessenambivalenzen im Verhältnis zur bürokratischen Machtelite zutage gefördert, die dem politischen System bürokratischer Herrschaft noch keineswegs ausgeschöpfte Integrationschancen eröffnen.

Zunächst ist allerdings sicher richtig, daß sich die Überlebensfähigkeit überkommener Formen der Zwangsvergesellschaftung an der Lösung ökonomischer Wachstumsprobleme bewähren muß. Gelingt es unter dem Druck dynamisierter Konsumbedürfnisse der Massen nicht, ein dem Kapitalverhältnis zumindest analoges Innovationstempo als Voraussetzung von Wachstumserfolgen zu induzieren, wird sich unweigerlich erneut ein Interessengemisch aus effizienzorientierter Technokratie, kulturell sensibilisierter Intelligenz und materiell frustrierter Arbeiterschaft nach Art der tschechoslowakischen Reformbewegung zusammenbrauen, das der Parteiherrschaft ein Ende bereiten könnte. Allerdings wäre es naiv, davon die Heraufkunft einer Produzentendemokratie nach Art rätesozialistischer Wunschvorstellungen zu erwarten. Nicht nur, weil die Arbeitsteilung als materialisiertes Knochengerüst der Produktionsstruktur einer unmittelbaren Vergesellschaftung im Wege steht, sondern auch, weil Technokratie und Intelligenz im weitesten Sinn als "geistige" Repräsentanten und Nutznießer vergegenständlichter Arbeit allenfalls an einem Formwechsel in der Vermittlung gesellschaftlicher Arbeitsteilung, nicht aber an deren Aufhebung interessiert sind. So sehr sich das in den verwissenschaftlichten Tätigkeitsmerkmalen konkretisierte Rationalitätsverständnis dieser Schichten zunehmend am allenfalls geschichtsphilosophisch begründeten Ideologiemonopol der Partei stößt, es reicht in der Regel über das Verlangen nach Demokratisierung des politischen Systems im Sinne formalisierter Verfahren der Herrschaftsbestellung und nach "rechtsstaatlichen" Garantien für die wachsenden Individualisierungsbedürfnisse nicht hinaus. Ihre Einstellung ist übrigens vielfach verbunden mit deutlich ressentimentgeladener Abwehr proletarischer Egalitätsvorstellungen. Der Interessendualismus gegenüber der Arbeiterschaft (oder jedenfalls deren weniger qualifizierten Schichten) mag bündnispolitisch relativierbar sein und, wie im tschechoslowakischen Fall, bis zum Zugeständnis autonomer Interessenartikulation (über Gewerkschaften und innerbetriebliche Mitbestimmungsmodelle) reichen. Allerdings bleibt das so bestimmte Interesse solange ins bestehende System integrierbar, wie technokratische Reformen Effizienzsteigerung verbürgen, zumal, wenn sie mit einer wesentlichen Verbesserung der materiellen Gratifikationschancen und einer deutlichen Anhebung des Sozialprestiges von Intelligenzberufen verbunden sind. Unbefriedigt bleiben dann allenfalls die immateriellen Bedürfnisse nach ungehinderter kultureller Ausdrucksmöglichkeit, Freizügigkeit und Subjektivität, deren relatives Gewicht mit dem Erreichen eines materiellen Konsumplafonds kontinuierlich wachsen dürfte. Die technokratisch vermittelte Interessenaffinität der Intelligenz zur Machtelite wird von dieser übrigens auch ideologisch in der Konstruktion eines angeblich objektiven, letztlich systemfremden Gesetzesbegriffs (System ökonomischer Gesetze) honoriert.

Im Unterschied zur Intelligenz sind die Konturen des proletarischen Konfliktpotentials weit schwerer auszumachen. Offene Rebellion hat es bislang nur dort gegeben, wo eine drastische, überfallartige Verschlechterung der Lebensumstände im Interesse technokratischer Modernisierung auf eine bereits selbstbewußte Arbeiterklasse stieß wie in Polen. Ansonsten beschränken sich die Äußerungen von Unzufriedenheit jenseits einer immer noch vorherrschenden Apathie bislang auf individualisierte Verweigerungstechniken wie Bummelei, Absentismus, Fluktuation und Ausschußproduktion. Als Formen subversiver Renitenz sind diese Techniken zwar ein bezeichnendes Indiz für das Ausmaß an Entfremdung, das die angeblich herrschende Klasse von einer wirklichen Aneignung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen trennt, andererseits reflektiert sich in ihnen aber ein allgegenwärtiges Ohnmachtsgefühl, das Ausdruck einer fehlenden Perspektive ist. Dabei darf der Integrationseffekt der im Augenschein alltäglicher Arbeitsteiligkeit erfahrenen Unterwerfung unter vergegenständlichte Produktionsbedingungen ebensowenig unterschätzt werden, wie die nicht völlig abwegige Hoffnung, in der Partei (und den mit ihr liierten Gewerkschaften) immer noch einen wie immer fragwürdigen Schutz gegenüber allzu rigorosen technokratischen Rationalisierungstendenzen der Intelligenz zu finden. Furcht vor einer Aufkündigung der verbürgten Arbeitsplatzsicherheit, vor weiterer Steigerung des Arbeitstempos und einem drastischeren Einkommensgefälle auf ihre Kosten spielen dabei eine zentrale Rolle. Einen nicht geringen Sekuritätseffekt dürfte darüber hinaus das Fehlen des kapitalistischen Krisenzyklus bewirken, der nicht zuletzt in der risikoarmen Bereitschaft zum Arbeitsplatzwechsel seinen Niederschlag findet. (Fluktuation kann also nicht nur als Ausdruck verbreiteter Unzufriedenheit gedeutet werden).

Dies erklärt die Zählebigkeit "etatistischer" Orientierungen und die Abhängigkeit vom Paternalismus der Parteifunktionäre, die selbst noch unter den mobilisierten Werftarbeitern der polnischen Hafenstädte anzutreffen war. Ein partielles Aufbrechen dieser ideologischen Fixierung ist offenbar nur dann zu erwarten, wenn die materielle Leistungsfähigkeit des Systems, wie im Fall der CSSR, unter zumutbare Schwellenwerte sinkt.

Vor dem Hintergrund der hier skizzierten Interessenverschränkungen und -widersprüche von Intelligenz, Arbeiterschaft und Technokratie in ihrer Vermittlung über die sich reproduzierende Arbeitsteiligkeit und dynamisierenden Konsummodelle sind die Überlebenschancen des parteibürokratischen Herrschaftssystems nüchtern einzuschätzen. Dabei sollte vor allem die Integrationskapazität von Partei und Gewerkschaften als traditionellen Formen gesellschaftlicher Bewegung beachtet werden, zumal sie in der Tat als Barrieren gegenüber inhärenten Polarisierungstendenzen der Sozialstruktur wirken können. Eine nicht geringe Rolle dürfte dabei auch die Abwesenheit eines eigentumsbedingten Klassengegensatzes spielen, trägt sie doch zur – nicht durchweg illusionären – Einschätzung bei, daß sich das Verhältnis zu den Produktionsmitteln bei allen Unterschieden von Rang und Einkommen grundsätzlich angeglichen habe.

Ein ähnlich zwiespältiges Bild ergibt sich hinsichtlich der notorischen Innovationsschwäche sowjetischer Wirtschaften und deutlich nachlassender Wachstumsraten. Denn selbst das offenkundige Fehlen einer ausreichenden Wachstumsdynamik ist angesichts sich verstärkender Krisenanfälligkeit des kapitalistischen Verwertungszyklus mit seinen strukturellen Gefahrenzonen (Arbeitslosigkeit, Ökologie etc.) relativierungsfähig und braucht jedenfalls in Bälde nicht zwingend auf einen Grenzwert zuzusteuern. Im übrigen sind die Zuwachsraten der Sowjetgesellschaft jenseits spektakulärer Mißernten im internationalen Vergleich immer noch beachtenswert.

Perspektiven

Im Verlauf des Strukturwandels der sowjetischen Gesellschaften hat sich überdies eine stillschweigende Reduktion des Sozialismusverständnisses vollzogen, die auf die Perspektiven der osteuropäischen Protestbewegung nicht ohne Einfluß geblieben und von der Linken hierzulande in ihrer Tragweite noch viel zu wenig wahrgenommen worden ist. Warenproduktion, Arbeitsteilung, ja Geldwirtschaft, erst recht der Staat als die eigentlichen strukturellen Hinderungsgründe unmittelbarer Vergesellschaftung, gelten längst nicht mehr – und zwar keineswegs nur in der offiziellen Theorie, sondern auch im Alltagsbewußtsein – als unverträglich mit Sozialismus. So erklärt sich, daß selbst die Reformbewegungen in aller Regel nicht an den ursprünglichen rätekommunistischen Vorstellungen anknüpfen, sondern sich unter Anleihen bei den westlichen Massendemokratien mit einer bloßen Demokratisierung des politischen Systems begnügen. Die Forderungen nach einer Verbindung von Sozialismus und Demokratie nehmen so unter der Hand eine Bedeutung an, die sich weit von den ursprünglichen Voraussagen einer Gesellschaft frei assoziierter Produzenten entfernt. Es wäre daher eine verhängnisvolle Fehleinschätzung, im Rückgriff auf "bürgerliche" Menschen- und Bürgerrechte und in der Konstruktion eines systemneutralen Demokratisierungsbegriffs bloß die Borniertheit einer kleinbürgerlichen Intellektuellenschicht wahrzunehmen.

Die Dialektik eines scheinbar rückwärts gewandten demokratischen Forderungskatalogs unter Bedingungen des parteibürokratischen Herrschaftsmonopols – hier ist Ursula Schmiederer zuzustimmen – folgt eigenen Gesetzen und ist in ihrer Dynamik, wie die tschechoslowakischen Ereignisse erwiesen haben, nicht vorhersehbar. Das Mißtrauen gegenüber den angeblich oder tatsächlich restaurativen Implikationen einer solchen Bewegung darf uns nicht den Blick dafür verstellen, daß vermutlich auch die Arbeiterschaft allein über sie ihre autonomen Organisationschancen wiedergewinnen kann. Im übrigen wäre selbst ein Regime nach den Vorstellungen der Prager Reformer unter der Hegemonie der Intelligenz mit einer kapitalistischen Restauration keineswegs gleichzusetzen, zumal eine autonom organisierte Arbeiterschaft unter der Voraussetzung fehlenden Privateigentums an Produktionsmitteln mit seinen spezifischen Sanktionsmechanismen das gesellschaftliche Kräfteverhältnis wesentlich zu ihren Gunsten beeinflussen könnte.

Eine rätekommunistische Einbahnstraße wäre davon allerdings nicht zu erwarten. Im Gegenteil dürfte sich ein etwaiges Bündnis von Technokratie, Intelligenz und Arbeiterschaft, vielleicht sogar unter Einschluß eines Teils der Machtelite, unter den Bedingungen fortbestehender technologischer Rückständigkeit aller Wahrscheinlichkeit nach eher auf eine produktionistische Konsensbildung mit stark technokratischen Zügen beschränken. Auch wird man sich einen Regierungswechsel bei aller möglichen Konvulsivität eher in der Art des Prager Reformprozesses als evolutionäre Verschiebung innerhalb der gegebenen sozialen Kräftekonstellation vorzustellen haben, wobei ökonomische Stagnation und Paralyse des politischen Systems (wie in der Spätphase Novotnýs) zusammenkommen müßten. Dennoch könnten von einer Verbindung von vergesellschafteten Produktionsmitteln mit Demokratie in der hier skizzierten Form sehr wohl Impulse zur Entfaltung neuer, stärker gemeinschaftsbezogener politisch-sozialer Vermittlungsformen hochgradig arbeitsteiliger industrieller Gesellschaften etwa nach den Modellen der Budapester Schule ausgehen, die über die mageren Angebote massendemokratischer Integrationstechniken hinausführen.

NEUERSCHEINUNG
128 Seiten, Solidaritätspreis 5 DM

Inhalt:
Der Schnelle Brüter
Chronologischer Ablauf
Ausländerhetze
Die Demonstration
Die Festnahmen
Der Prozeß von Bourgoin
Der Berufungsprozeß in Grenoble
Solidarität
Anhang
Nachwort

Zu beziehen über: GEW Berlin, Ahornstr. 5, 1000 Berlin 30

Die Alternative!

Rudolf Bahro

Auszüge aus einem Selbstinterview

Bahro: Was ich liefern wollte, war tatsächlich nicht primär politische Polemik, sondern der Entwurf einer umfassenden politisch-ökonomischen Analyse und Alternative. Polemisch ist mein Buch bloß insofern, als es das parteioffizielle Selbstbild des real existierenden Sozialismus zerstört und die Wirklichkeit dagegen zur Sprache bringt. Es gibt bei uns ein weitverbreitetes Empfinden, daß der real existierende Sozialismus und der Sozialismus von Marx sehr verschiedene Dinge, substantiell verschiedene Dinge sind. Ich beweise, daß es so ist. Ich denunziere es nicht, ich erkläre es als historische Tatsache. Ich analysiere, ich kritisiere den real existierenden Sozialismus als Gesellschaftsformation eigenen Typs, so wie Marx den Kapitalismus als Gesellschaftsformation aufgefaßt hat. Ich bin weit in die Geschichte zurückgegangen, bis zu der alten asiatischen Produktionsweise, um die Genesis unseres Systems verständlich zu machen, natürlich für Rußland, für die Sowjetunion. In der DDR oder der CSSR ist der real existierende Sozialismus bekanntlich ein abgeleitetes, kein originäres Phänomen.

Das ist also Ihr Ausgangspunkt. Und worauf zielen Sie ab?

Die Hauptfragen, auf die mein Buch hinausläuft und auf die ich zu antworten suche, lauten: Was würde eigentlich allgemeine Emanzipation des Menschen – denn das war ja Marxens ursprünglichstes Ziel –, was würde diese allgemeine Emanzipation heute bedeuten? Gegen welche Schranken würde sie sich richten? Wie könnte und müßte eine kommunistische Praxis aussehen unter den Bedingungen des real existierenden Sozialismus? Wer würde diese Praxis tragen, aus welchen Kräften würde sich ihr Subjekt formieren? Und wie müßte sich der neue Bund der Kommunisten organisieren? Und für welches politische und ökonomische Aktionsprogramm?

Übrigens stelle ich diese Fragen so, daß sie auch die westlichen Kommunisten und Sozialisten interessieren dürften. Es erscheint mir zum Beispiel fraglich, ob eine Linksfront wie in Frankreich als wesentlichen Programmpunkt aufnehmen sollte, die Stahlproduktion zu erhöhen und ihr eine Investspritze zu verpassen – immer noch ein bißchen mehr von der gleichen alten Medizin. Kurzfristig gesehen, kann manches richtig sein, auch eine Spritze für die Stahlindustrie. Aber was für eine neue Zivilisation antizipiert etwa die KPF? Was hat sie wirklich gelernt seit dem Mai 1968?

Ihr Buch ist logisch unerbittlich, ganz kompromißlos in der Auseinandersetzung. Es kann auf lange Sicht einen Einfluß ausüben, der die herrschende Struktur unterminiert.

Das hoffe ich. Ich greife ein in einen Prozeß, der längst im Gange ist. Die ursprüngliche Idee ist ausgehöhlt. Die Partei steht da wie die Papstkirche vor Luthers Reformation, ungläubig bis tief in die eigenen Reihen hinein. Ratlosigkeit bis ins Politbüro. Weit und breit keine Konzeption. Alle Mittel der Massenmobilisierung, besonders in der Wirtschaft, bis zum Geht-nicht-mehr abgenutzt und verschlissen. Sprachlosigkeit, wohin man kommt. Keine Diskussion mehr.

Ich wollte den neuen Kräften das theoretische Fundament liefern für den Kampf um die Auflösung der überlieferten stalinistischen Gesellschaftsverfassung. Diese Verfassung muß weg, weil sie ins Leben einschneidet, weil sie unproduktiv ist, weil sie die subjektiven Triebkräfte fesselt, lahmlegt, weil sie sie verbraucht in einer Konkurrenz mit dem Westen, in der wir auf diese Weise niemals gewinnen können.

Denken Sie, die SED wird sich mit Ihrem Buch auseinandersetzen?

Wer ist „die SED"? Sprechen wir zunächst von deren Apparat, denn den haben Sie gemeint. Der Apparat wird natürlich erst einmal mit den eingeübten Abwehrmechanismen antworten. Er wird mein Buch nicht nur revisionistisch, er wird es gleich konterrevolutionär nennen. Er wird von irgendwelchen Auftraggebern reden. Jede Aufmerksamkeit nicht- bzw. antikommunistischer Kreise (dazu rechnet er ja neuerdings selbst einen Santiago Carillo) wird er in diesem Sinne ausschlachten. Das ist schon Routine.

Allerdings – lesen wird man das Buch, auch amtlich sozusagen. Und nun kommt erst das eigentlich Wichtige. Fast alle, die das – mit oder ohne Auftrag – tun, werden dabei etwas anderes denken, als sie nachher öffentlich vertreten können oder müssen. Ich glaube, ich habe ein Buch geschrieben, gegen das die politische Polizei machtlos sein wird, weil es noch die loyalsten Apparatleute – soweit sie überhaupt denkbereit sind – in ihrer natürlichsten Eigenschaft als denkende Menschen anspricht. Zumindest, was die Analyse betrifft, die Charakteristik des bestehenden Zustands, werden auch Politbüromitglieder vor den Seiten sitzen und von Zeit zu Zeit vor sich hin sprechen: Ja, so ist es. Das entwaffnet innerlich. Ich baue direkt auf den Unterschied zwischen offizieller Position und innerem psychologischem Prozeß bei den politischen Individuen. Wenn ich von Apparat rede, dann meine ich stets eine reaktionäre Machtstruktur, nicht ohne weiteres Induviduen, die an verschiedenen Knotenpunkten an sie gebunden sind. Sie könnten ja morgen aus diesem Dschungel heraustreten.

Und die übrige Öffentlichkeit der DDR?

Da ist mein Buch natürlich nicht zuletzt adressiert an die vielen halbloyalen Parteimitglieder und überhaupt Menschen, die sich kritisch mit der DDR verbunden fühlen. Die meisten spielen nur deshalb weiter mit, weil ihnen alle Aussicht auf Veränderung verrannt scheint. Es ist ja nicht neu in der Geschichte, daß eine bestimmte Generation massenhaft die Erfahrung macht, es „geht nichts". Bei uns scheint für viele weder von innen noch von außen irgend etwas zu „gehen". Resignation. Das ist rein psychologisch. Ein Erstarrungsprozeß, eine Tendenz, der die Individuen widerstehen müssen. Die Geschichte ist natürlich immer weitergegangen. Auf einmal „geht" es doch, nur mancher ist eben nicht mehr dabei. Was ich entschieden angreife, das ist der Rest von Loyalität gegenüber dem Apparat, der dem nichtkapitalistischen Fundament der DDR längst schadet. Die Wirklich-

keit ist so, daß sich insbesondere jeder Parteiintellektuelle fragen muß, ob nun in ihm der Apparatemann – denn in gewissem Grade ist er das – oder der Kommunist dominiert. Um diesen inneren subjektiven Gegensatz kommt niemand herum. Und schließlich wendet sich mein Buch an die wirklichen Oppositionellen. Ihnen will ich Mut machen für eine optimistische, konstruktive Position. Geht nicht den Weg des Defaitismus und der Verzweiflung, sondern den Weg der organisierten Opposition! Seid bereit, notfalls eure bisherige Existenz, zum Beispiel eure besondere Rolle als angestellte Intellektuelle, dafür aufzugeben.

Sie glauben also, Ihre Arbeit wird die Lage in der DDR ändern?

Speziell die ideologische Situation schon. Dabei rechne ich nicht auf die augenblickliche Sensation, eher im Gegenteil. Da wird es die verschiedensten emotional bedingten Reaktionen geben – um so mehr, als man das Buch in der Regel nicht gleich wird lesen können. Ich habe aber gerade Theorie geliefert. Darauf allerdings verlasse ich mich. Ich verlasse mich auf die Langzeitwirkung jedes wirklich in den Kern der Probleme vordringenden Gedankens. Ich bin mit absoluter Ernsthaftigkeit herangegangen, mit aller Aufrichtigkeit und Konsequenz. Ich habe nicht nur meinen Verstand, sondern meine staatsbürgerliche Existenz in die Waagschale geworfen. Das wird seine Wirkung nicht verfehlen.

Und ausweisen wird man Sie nicht?

Es ist möglich, daß sich der Apparat dieses äußerste Armutszeugnis ausstellt. Aber den Inhalt meines Buches wird er auf diese Weise nicht exterritorial machen können. Was mich persönlich betrifft, so ist mein Kampfplatz hier, obwohl ich keine große Schwierigkeit sehe, auch anderswo meine Stelle in der revolutionären Reihe zu finden.

Ich habe von hier aus gedacht. Ich bin in meiner gesamten Entwicklung sozusagen ein DDR-Produkt, durch und durch. Ich bin hier zu Hause mitverantwortlich. Gerade darin möchte ich nicht mißverstanden werden. Ich habe seit meinem 15. Lebensjahr niemals außerhalb gestanden, bin seit 1950, also ziemlich von Grund auf, als einer der Aktivsten an unseren Verhältnissen beteiligt. Ich kenne das Terrain in jeder Hinsicht, nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch. Nicht nur Ideologie, Kunst usw.; ich habe alles Mögliche gemacht, in der Landwirtschaft, in der Wissenschaft, im Hochschulwesen, das letzte Jahrzehnt in der Industrie. Menschen wie ich müssen einfach versuchen, hier den Kurs zu ändern, wenn sie ihren Anfängen treu bleiben wollen. Ich hatte nie die geringste Neigung, aus dem Felde zu gehen. Im Gegenteil, als ich aus der reglementierten Politik ausscheiden mußte, vor zehn Jahren, habe ich mich nur noch tiefer in die Politik gestürzt, in die Theorie zunächst, nun ganz auf eigene Rechnung.

Vielleicht erzählen Sie doch etwas näher, wie Sie zu Ihren Erfahrungen gekommen sind, einige Stationen Ihrer Entwicklung?!

Meine äußere Biographie ist ziemlich DDR-normal verlaufen. Ein paar Konflikte, von denen ich erzählen könnte, sind typisch für Tausende ähnliche Charaktere wie ich, und nicht alle haben sie innerlich so relativ schadlos wie ich überstanden.

Nach dem Philosophiestudium, das war 1959, haben mich die Nachwehen meiner Krise von 1956/57 (der XX. Parteitag der KPdSU, Ungarn, Polen) erst mal ins Oderbruch ge-

weht, auf eine Maschinen-Traktoren-Station. Dort war ich Dorfzeitungsredakteur für einen Bereich von sieben oder acht Ortschaften. Und ich kam gerade zurecht zu der großen Kampagne für die Vollkollektivierung der Landwirtschaft im Jahre 1960. Daran habe ich nach Kräften teilgenommen. Die Landwirtschaft ist mir seit jeher vertraut, durch meinen Vater. Ich stamme aus bäuerlichem Milieu. Die kollektivierte Landwirtschaft ist wohl der größte ökonomische Erfolg der DDR.

Anschließend war ich zwei Jahre an der Universität Greifswald, aber nicht als Aspirant, sondern wieder als Redakteur. Ich habe dort die Universitätszeitung gemacht, die die Parteileitung herausgab. Da lernte ich die Wissenschaftsatmosphäre kennen, natürlich viel eingehender als aus der Studentenperspektive. Daß es eine kleine, provinzielle Universität war, erleichterte den Überblick. Von Greifswald hat mich die Abteilung Wissenschaften beim ZK der SED nach Berlin geholt, zum Zentralvorstand der Gewerkschaft Wissenschaft. Ich war dort unter anderem Referent des Vorsitzenden.

1965 ging ich als Stellvertretender Chefredakteur zum FORUM. Das FORUM ist an die Studenten und an die junge Intelligenz adressiert. 1963 hatte es ein Jugendkommuniqué des Politbüros gegeben, grünes Licht für eine gewisse Kritik am bürokratischen Apparat durch die junge Generation. Ich wußte, Mitte 1965, nicht Bescheid, daß diese Linie gerade im Umkippen war. Ich kam zu spät.

In den Jahren bei der Gewerkschaft und beim FORUM habe ich meine politische Naivität verloren, zunächst auf selbst noch naive Weise. Mir gefielen die Allüren nicht, die bürokratischen Spielregeln. Ich paßte da niemals richtig rein. Beim FORUM bin ich dann allmählich bewußt auf besonderen Kurs gegangen, habe zuletzt versucht, Dinge zur Diskussion zu stellen, die nicht diskutiert werden sollten. „Die Widersprüche auf den Tisch statt in die Schublade", war meine Devise. Ich mußte erst die Erfahrung machen, daß man als Rädchen im ideologischen Machtapparat keine gerade Linie ziehen kann. Es gab da eine Lyrik-Debatte. Ich wußte nicht, daß ich eine Provokation gegen die Lyriker startete, als ich diese Debatte vom Zaun brach. Die Diskussion, die es werden sollte, wurde abgebrochen. Ich selber hatte von ziemlich scharfer, sozusagen „linker" Position geschrieben, insbesondere gegen Günter Kunert. Ich dachte damals so, wie ich schrieb. Aber die Lyriker konnten dann nicht schreiben, was sie dachten, und soweit sie es doch noch schrieben, durfte ich es nicht mehr drucken. Am Ende hat das Ganze nur geschadet. Als ich begriffen habe, daß hinter meiner Schreibmaschine ganz andere Mächte stehen als meine persönlichen Überzeugungen, habe ich die Position dort innerlich preisgegeben, mich entschlossen, es darauf ankommen zu lassen. Der letzte Tropfen war dann der Abdruck von Volker Brauns „Kipper Paul Bauch", für den ich verantwortlich war. Das muß im Herbst 1966 gewesen sein.

Ein paar Monate später war ich in der Industrie gelandet, weich gelandet, wie ich betonen will. Ich hatte überhaupt immer das Glück, gut behandelt zu werden, so auch bei der Ablösung im FORUM. Ich bin nie persönlich verärgert und verbittert worden.

Es wundert mich, wieviel Wert Sie offenbar darauf gelegt haben, trotz und während Ihrer Arbeit an dem jetzt veröffentlichten revolutionären Buch in dem normalen Rahmen ordentliche Arbeit zu leisten.

Zunächst könnte man doch sagen, das war gerade die einfachste Verhaltensweise. Aber davon abgesehen – mir ist das eigentliche Pfuschen immer und in jeder Hinsicht schwergefallen. Man schädigt damit nicht so sehr den Apparat, man schädigt damit alle Leute, die normal ihrer Arbeit nachgehen. Man stört die laufende Kommunikation. Das ist einfach unsolidarisch. Und man schädigt auch die eigene Arbeitsfähigkeit.

Es ist überhaupt eine sehr wichtige Regel für den politischen Kampf unter unseren Bedingungen, nicht noch zusätzlich Desorganisation zu verbreiten – der Pegel ist hoch genug! –, sondern den Ärger über die herrschende Desorganisation zu artikulieren und zu qualifizieren, um gerade mit denen solidarisch zu sein, die an ihrem Platz vernünftige Arbeit liefern möchten. Niemals die Individuen mit dem Apparat verwechseln, auch die in den Funktionen nicht. Sie sind nicht selten die ersten Leidtragenden der Systemfehler.

Wie sind Sie denn nun im Zeichen dieser Einstellung an die Arbeit gegangen?

Zunächst habe ich mich ohne klares Konzept an eine Art globaler Vorbereitung gemacht. Ich begann, Marx neu zu studieren und mir die wirkliche Geschichte der KPdSU und der Sowjetunion zu erschließen. Das wurde mein trotzkistisches Stadium. Ich habe insbesondere Isaac Deutscher viele unerläßliche Kenntnisse zu danken. Ich interessierte mich zugleich für das jugoslawische Experiment und für den Weg Chinas, für das Wesen der Auseinandersetzung Mao Tse-tungs mit Chruschtschow.

Für mich waren 1967/68 die Jahre der am höchsten gespannten Hoffnung. In China sah ich damals, das war 1967 etwa, den großen Versuch, dem volkreichsten Land der Erde den Marsch durch die Niederungen des bürokratischen Stalinismus zu ersparen. In der Tschechoslowakei wurde dann demselben Feind, der stalinistischen Bürokratie, die jeden sozialistischen Fortschritt in unserem Teil der Welt blockiert, eine bis heute nicht verheilte Wunde zugefügt.

Sie sprachen vorhin von Illusionen nach dem 13. August 1961, jetzt von Hoffnungen vor dem 21. August 1968. Womit – nun rein persönlich – war man denn als Kommunist so unzufrieden?

Ich weiß nicht, ob ich Ihnen das voll verständlich machen kann. Wodurch sehen sich Menschen zum politischen Handeln gedrängt? Ich erwähne in meinem Buch die Erfahrung des alten griechischen Philosophen Plato, von dem gesagt wird, er habe den Staat nicht gefunden, der zu ihm paßte. Vielleicht der Hinweis auf eine Erfahrung, die hier in der DDR, wie ich schätze, Hunderttausende gemacht haben, die in den 30 Jahren jung zur SED kamen. Auch ich habe sie gemacht. Ich war 16, als ich Kandidat wurde, 1952. Nun haben wir in der SED eine alte deutsche Unsitte aufbewahrt. Gibt es einen Verein, so muß es auch ein Abzeichen geben. So auch in der Partei. Gehen Sie aber heute durch unsere Straßen, so werden Sie nur wenige Leute mit dem Parteiabzeichen antreffen, fast nur solche, die es aus Gründen ihrer exponierten Rolle tragen müssen. Es gibt aber in dem kleinen Land 1,6 Millionen Parteimitglieder.

Je mehr einer ursprünglich dazugehört hat, um so weniger kann er es auf die Dauer ertragen, wie die Partei die Idee zerstört und blamiert, die ihm einmal heilig war. Die Regel ist das große Verstummen. Die meisten Genossen wissen nicht mehr, was sie noch sagen sollen. Wer aber über den Durchblick, über das Handwerkszeug, über die Kapizität verfügt, das zu durchschauen, was hier vorgegangen ist und noch täglich vorgeht, daß wir hier neue Herrschaftsverhältnisse haben statt der sozialistischen Freiheit und Gleichheit für alle Werktätigen – wer das durchschaut und doch dabei nicht seine Selbstachtung verlieren will, der muß sich einfach nach einer Alternative umsehen, nach einer Möglichkeit, wieder in Übereinstimmung mit sich selbst zu leben. Das war das Geheimnis der großen Hoffnung von 1968, die auch in der DDR weite Kreise gezogen hatte.

Wenn ich bis zu der Intervention noch auf immanente Kritik am Apparat eingestellt war, jetzt mußte ich springen. Ich hatte moralisch keine andere Wahl mehr. Der Einmarsch war ein Schlag, der mich so persönlich betroffen hat wie irgendeinen der engagierten tschechoslowakischen Akteure. Ich entwarf damals – und ich war gewiß nicht der einzige, der das tat, meine Parteiaustrittserklärung. Dann sah ich ein, diese moralisch so notwendige Geste würde mit dem Augenblick unserer Niederwerfung verpuffen. Ich konnte und mußte etwas Besseres, Einschneidenderes dagegensetzen.

Ich weiß nicht, ob die Verantwortlichen damals gedacht haben, daß sie für diesen 21. August nicht zu bezahlen brauchen. Es kann nicht schaden, wenn sie wissen, woher die Unversöhnlichkeit kommt, die ihnen in Zukunft immer häufiger die politischen Pläne kreuzen wird. Der Streit wird nicht enden, bis der Herd solcher reaktionärer Gewaltakte wie 1968, bis die spätstalinistische Apparatherrschaft ausgeräumt ist. In den ersten Stunden und Tagen nach der Intervention hat sich für immer etwas in mir verändert. Jedenfalls wollte ich ihnen nun eine Antwort liefern, gegen die sie ideell so ohnmächtig sein sollten, wie wir es waren gegen ihre Panzer. Es ist meine Überzeugung, daß diese ideologische Ohnmacht verhängnisvoller ist als die materielle.

Das klingt eigentlich nicht besonders marxistisch.

Es ist mir egal, wie das klingt. Übrigens ist das Marx: „Die Idee wird zur materiellen Gewalt ..." Ich habe gezeigt, daß der Apparat geronnenes, herrschaftlich organisiertes Wissen, Bewußtsein ist. Seine Herrschaft muß gründlich ideologisch unterminiert werden, ehe sie materiell fallen kann. Genau das lehrt auch die Vorgeschichte des Prager Frühling. Ich habe von jeher an die Macht der Idee und des Wortes geglaubt und daran, daß es etwas ausmacht, ob man zu sich und seiner Sache entschlossen ist und in einem innersten Kern nicht zurückweicht, wenn die Entscheidung fallen muß. Marx selbst ist nicht ohne diese Gesinnung denkbar. Die neue Wahrheit muß nicht einmal besonders laut gesagt werden. Die dringt dennoch vor, und es wird immer den dazu nötigen Mut geben.

Ihr Buch wirkt eigentlich viel objektiver, als man nach der Motivation, die Sie hier aufdecken, annehmen sollte.

Ich kann diese Motivation jetzt aufdecken, weil ich mich durch das Schreiben und Umschreiben, durch den Umsatz der Energie, allmählich davon freimachen konnte, was daran bloß aufgestauter Protest war. Ich habe mich entschlossen, die erste Fassung, vom Sommer 1973, zu unterdrücken. Sie enthielt – abgesehen von der generellen Schwäche noch des ganzen Schlußteils – zu viel Ressentiment und subjektives Wunschdenken.

1975 schließlich habe ich die erste Fassung so gründlich wie es mir bei der verfügbaren Zeit möglich war, überarbeitet; da bekam ich Rudi Dutschkes Schrift „Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen" in die Hände. Er hat seine Arbeit zu genau der gleichen Zeit geschrieben wie ich diese vier Kapitel. Besonders mein drittes und viertes beziehen sich auf die gleichen Quellen, bei Lenin sogar auf die gleichen Zitate, teilweise. Aber Rudi Dutschke gelangt zu einer recht verschiedenen Einschätzung. Nun wollte ich vermeiden, daß der sicherlich interessante Kontrast der Positionen durch weitläufige Polemik verwischt wird, und habe deshalb alles so gelassen, wie es schon dastand.

Für die Ergänzungen und Veränderungen im zweiten und dritten Teil kam mir die zwischengeschobene Dissertation sehr zugute. Ich bin jetzt noch konkreter zur realsozialistischen Wirtschaftspraxis.

Besonders der dritte Teil ist weitgehend neu: die ganze Theorie der allgemeinen Emanzipation heute und die Kapitel über die Ökonomik der Kulturrevolution fehlten zuvor völlig. Der dritte Teil ist mir jetzt der wichtigste, so unerläßlich die vorgeschaltete Analyse bleibt und so wahrscheinlich sie mehr Bestätigung als die Alternativkonzeption erfahren wird. Analyse reicht nicht aus.

Die Theorie darf nicht haltmachen vor ihren praktischen politischen Konsequenzen. Es geht um den Entwurf eines Programms, für das man Menschen mobilisieren kann, die nicht mehr weitermachen möchten wie bisher. Ich möchte, daß mein Buch einen Anstoß zu breiterer Selbstverständigung und zu mehr Zusammenschluß für den Kampf um eine neue Perspektive im real existierenden Sozialismus gibt.

★

Rechtliche Gegenwehr oder sind Linke Freiwild?

Heiner Nitzschke

Politische Biographie eines Genossen

Bürger der BRD?

Ich bin Lehrer; Jahrgang 44, in der Bundesrepublik aufgewachsen. Ich soll im Luftschutzkeller gelacht haben, so erzählte mir meine Mutter, als die Amerikaner mit Flächenbombardements München, eines der Zentren der faschistischen Bewegung, zum Frieden bombten. Die Erwachsenen schöpften durch dieses Kinderlachen wieder Mut, so wurde mir auch erzählt.

Mein Vater war ebenfalls Lehrer. Er bekam zwei Jahre Berufsverbot – das damals im Rahmen des "Reeducation"-Programms der Amerikaner eine antifaschistische Stoßrichtung haben sollte –, bis er nach langem Persilscheinkampf darlegen konnte, daß er auch nur einer von vielen Mitläufern gewesen war. Diese väterliche Vergangenheit war ein wichtiger Punkt für meine eigene Identitätsfindung – und für viele heiße Streitgespräche mit dem Vater, um die er sich nicht immer drücken konnte und mochte. Es muß alles andere als angenehm für ihn gewesen sein, meine oft hitzig vorgebrachten Fragen über die deutsche Geschichte und sein Verhältnis zu ihr zu beantworten. Immerhin war er Geschichtslehrer. Doch Stellung bezog er auch dann nicht, als ich ihn 1956 danach fragte, warum unser Nachbar auf einmal nicht mehr Bürgermeister war. "Er ist Kommunist!", war die kurze Antwort. Die Kontakte zwischen den Häusern wurden aber nicht beeinträchtigt, die Tochter des "Kommunisten" war immer noch beliebt als Spielkameradin.

Lernprozesse!

Meine eigenen tastenden Versuche, mich gegen das von meinem Vater als Konsequenz seiner Erfahrungen vorgetragene "Halt' dich raus aus der Politik" aufzulehnen, führten mich 1962 in eine F.J. Strauß-Versammlung in Fürth/Bayern, einer traditionellen SPD- und auch KPD-Stadt. Dies war zur Zeit der "Spiegel"-Affäre. Ich erinnere mich noch gut: einem Freund und mir gelang der Zugang zum von Polizei abgeriegelten Saal. Strauß hetzte gegen die Intellektuellen, und mit Schaftstiefeln bewaffnete Ordner zogen einige, den "Spiegel" aus Protest hochhebende Zuhörer an den damals noch kurzen Haaren aus dem Saal.

1967 – Benno Ohnesorg – Studentenbewegung. Viel Arbeit im Fachbereich, in Seminaren, in Vollversammlungen. Diskussionen mit Freunden, mit Fremden. Ich schloß mich dem lokalen SDS nicht an, weil die dortigen "Kader" meiner Meinung nach etwas zu überheblich auf andere Studenten herabblickten, die nicht politische Wissenschaften oder Soziologie studierten.

1968 – Notstandskampagne und SPD-Parteitag in Nürnberg: Helmut Ridder spricht vor Tausenden vor der Kongreßhalle, greift die SPD an. Brandt und Wehner zeigen sich provozierend, umgeben von Polizei, den Demonstranten. "Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!" Wehners Pfeife fliegt plötzlich durch die Luft, obwohl die Demonstranten von der Polizei abgeschirmt werden. Die Presse schreibt: "Mob greift Herbert Wehner tätlich an!"

Notstandsdebatte in Bonn. Große Demonstration auch im kleinen Provinzstädtchen Erlangen. Anschließend besetzen wir das Stadttheater. "Laßt doch Zar und Zimmermann, heute ist der Notstand dran!" Die Theaterbesucher sehen uns verständnislos an. Polizei rückt an.

Und dann diese großen Sommerfeste mit Musik, Politaktionen, Ausgelassenheit. 10.000 vergnügen sich im Universitätspark, machen ihn wirklich öffentlich. Nicht nur Studenten feiern mit.

1968 – Wahljahr – Strauß mußte in Nürnberg durch die Hintertür zu seiner Wahlkundgebung eingeschleust werden. Drei SDS-Genossen wurden von ungefähr 10 Polizisten am Betreten der Kundgebungshalle gehindert, obwohl sie Eintrittskarten besaßen. Einer der Polizisten rutschte aus und wurde von seinen wild auf die Genossen eindreschenden Kollegen so getreten, daß er verletzt wurde. Ich stand ungefähr drei Meter entfernt hinter dem Absperrgitter. Die sozialdemokratischen "Nürnberger Nachrichten", ein angeblich liberales Blatt, schrieben: "Studenten schlugen Polizisten halbtot!"

1968 bedeutet aber auch: Einmarsch der UdSSR und DDR in die CSSR; das wird uns überall um die Ohren gehauen. "Da habt ihr euren Sozialismus!"

Revolutionäre Berufspraxis: Was ist das?

1970 fange ich meine Referendarzeit an einem bayerischen Gymnasium an, noch ohne Radikalenerlaß. Die Schüler streiken gegen Notendruck und für sinnvollere Unterrichtsthemen und -formen. Ich mische mich ein bißchen ein, unterstütze die Streikwilligen auf einer Versammlung außerhalb der Schule, in der Mensa der Universität. Gespräch mit dem Direktor. Irgend jemand hat mich verpfiffen: Beamtengesetz § soundso und § soundso und überhaupt, sich auf die Seite der Schüler stellen.

Da gabs 1969 oder 1970 eine Fernsehsendung über einen "Sozialistischen Lehrerbund" in Frankfurt! Irgendwie wird man da doch sicher Kontakt kriegen. Der Weg führt mich zuerst zum Club Voltaire in Frankfurt, dort verweist man mich an das "Sozialistische Büro" in Offenbach; die SB-Genossen geben mir die Adresse eines Genossen vom "Sozialistischen Lehrerbund" ...

Wechsel des Arbeitsplatzes

Ich entschließe mich zum Umzug nach Frankfurt. "Emigration" ins "Reformland" Hessen. Gesamtschulen, als eine Möglichkeit von systemüberwindenden Reformen ... Vorstellungen über das progressive hessische Schulwesen werden sofort realitätsgerecht zusammengestutzt. Vorstellungsgespräch beim Direktor des hessischen Gymnasiums, SPD-Mitglied, der meine Jeans mustert: "Welchen Sessel wollen Sie denn nehmen, den schwarzen oder den roten?" "Dann schon lieber den roten." "Soso, ein Roter sind Sie also, und vom Studienseminar III in Frankfurt kommen Sie! Sowas mit Mitbestimmung und Selbstbestimmung gibst an meiner Schule nicht, verstehen Sie?"

Als Plakat Nr. 9; 5 DM; Vertrieb: Wohlthat'sche Buchhandlung, Rheinstr. 11, 1000 Berlin 41

Nach dem Examen, na ja, gehste halt an eine Gesamtschule? Anfang 1972: in Hamburg machen sie den Radikalenerlaß, in Hessen noch in Reform; janusköpfige SPD! Vielleicht kriegt man in Hessen noch ein bißchen Unterstützung, für fortschrittliche Ideen und für das Engagement für Arbeiterkinder an der Gesamtschule? Alles schöne Illusionen, die ich mir da machte. Der Dank besteht höchstens in einem feuchten Händedruck bei der Überreichung der Ernennungsurkunde: Beamter!

Bedeutet das nun sicherer Arbeitsplatz, Umschiffen der Klippe Berufsverbot, die bereits seit über zwei Jahren droht, oder bedeutet es Anpassungsprozeß mit Pensionsberechtigung? In meinem Würdigungsbericht zur Ernennungsurkunde steht (neben der FdGO-Leerformel): "Er ist stets engagiert für die Konzeption der integrierten Gesamtschule eingetreten und hier vor allem für sozial benachteiligte Schülergruppen. Er hat sich aus diesem Grunde auch bereit erklärt, in Englisch Lerngruppen mit Schülern, die bestimmte Lern- und Verhaltensdefizite haben, zu unterrichten." So vornehm wird in der Sprache der Reformer die Schulsituation von Arbeiterkindern beschrieben.

Ich denke aber nicht daran, mich ins ruhige Beamtenleben zurückzuziehen. GEW-Arbeit im Kreisvorstand, Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsjugend, neue Unterrichtsinhalte und Projekte (u.a. auch eine Unterrichtseinheit, die in der Reihe "Roter Pauker" des SB erscheint). Abwehr von Angriffen von Elterninitiativen und Kirche, gesteuert von der CDU, gegen "Rahmenrichtlinien", "sozialistische Experimente", "sozialistische Einheitsschule". Demagogische Kampagnen werden zur Dauereinrichtung. Der Rechtsstaat macht langsam "rechtsum". Die SPD läßt ihre Reformprotagonisten (wie beispielsweise Friedeburg) fallen. Alle Linkshänder sind verdächtig!

Tendenzwende

Ziemlich schnell wird die BRD zum Land der unbegrenzten politischen Möglichkeiten. Der SPD-Bürgermeister Klose fordert im Sommer 1975 die Unternehmerorganisationen ASU und BJU (Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer und Bundesverband Junger Unternehmer) auf, sich noch besser gegen die Bevölkerung zu organisieren. "Wir brauchen quer durch alle Parteien eine große Fraktion der Wirtschaft als Gegengewicht gegen die große Fraktion der Arbeitnehmer und Beamten". Ist es da Zufall, daß z.B. in der Oktobernummer 1975 der "Junge(n) Wirtschaft" (Herausgeber ASU und BJU) auch ein Artikel über das Sozialistische Büro mit dem Titel "Unterwanderung der Gewerkschaften? Bombenbastler in Offenbach" erscheint?

Kurz darauf beginnt ein kleiner Landtagsabgeordneter (kaum älter als ich und früher selbst Lehrer), sich als "Kommunistenjäger" zu profilieren. Er schreibt einen Artikel in einer CDU-Zeitung über die Schule, an der ich beschäftigt bin. Dort wimmele es nur so von Kommunisten und Terroristen. Und außerdem hinge dort auch so etwas wie ein "EXTRABLATT" von "links, Sozialistische Zeitung", herausgegeben vom Sozialistischen

Parti communiste français. 160 Seiten; Paperback; DM 14,80

Jean Elleinstein
Geschichte des »Stalinismus«
228 Seiten; Paperback; DM 16,80

Santiago Carrillo
»Eurokommunismus« und Staat
188 Seiten; Paperback; DM 12,–

Joachim Bischoff (Hrsg.)
Marxismus und Staat
Einführung in die marxistische Staatstheorie
144 Seiten; Paperback; DM 9,80
Die aktuellen Fragen der politischen Diskussion werden in diesem Text aufgegriffen. Zugleich wird ihre Erörterung mit einer Einführung in die Hauptstrukturen und Grundprobleme der marxistischen Staatstheorie verknüpft.

Carla Ravaioli
Frauenbefreiung und Arbeiterbewegung

Feminismus und die KPI
192 Seiten; Paperback; DM 16,–

Über die Autorin: Carla Ravaioli ist als Journalistin und Schriftstellerin tätig; sie gilt als »Feministin der ersten Stunde«. Sie veröffentlichte 1969 das erste feministische Buch in Italien. Seit 1973 ist Carla Ravaioli im Redaktionsbeirat der Zeitschrift »Noi Donne«, dem Organ der »Unione Donne Italiane«.

VSA
Eiffestraße 598, 2000 Hamburg 26
Vertrieb:
Erkelenzdamm 7, 1000 Berlin 36

Büro, Offenbach. Und diese Linken besäßen auch noch die Frechheit, sich von der Lorenzentführung zu distanzieren, "weil sie der politischen Rechten 'nützen könnte', die mehr als bisher schon geschehen, die politischen Rechte der Bevölkerung einschränken wolle". Weiterhin schreibt er: "Zwar kommt es jetzt schon eher einmal vor, daß Verfassungsfeinde nicht mehr in den Schuldienst übernommen werden, wer jedoch schon als Lehrer arbeitet, der kann offensichtlich auch weiterhin verfassungsfeindliche Propaganda treiben." Und: "Seltsamerweise war auch einer der 'Pädagogen' just zur Zeit der Lorenz-Entführung nicht im Dienst ...".
Diese Diffamierungsattacke des Landtagsabgeordneten schlägt wie eine Bombe in das Kollegium.
Bei mir kommen Erinnerungen hoch. Gilt dieser Angriff etwa mir? Ich habe doch mal meinen Führerschein verloren. 1970 oder 1971. In der Studentenzeit. Während der Baader-Meinhof-Hatz, drei oder vier Jahre später, wurde der Führerschein bei einem ehemaligen Mitglied des Sozialistischen Patientenkollektivs gefunden: Siegfried Hausner, später beteiligt am Überfall auf die BRD-Botschaft in Stockholm. Kann der kleine McCarthy aus dem hessischen Landtag da irgendwelche Informationen vom Verfassungsschutz zugespielt bekommen haben? Die Polizei hatte mich damals aus der Schule abgeholt, mit sieben schwerbewaffneten Polizisten war das kleine Reihenhaus meiner Eltern gestürmt, meine Schwester monatelang observiert worden. Sippenhaftung! Verhöre durch Verfassungsfeinde, die sich als Verfassungsschützer aufspielen. Schon bald wird das Verfahren "wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" eingestellt. Meine Fotos und meine Fingerabdrücke nach der "erkennungsdienstlichen Behandlung" werden wohl nie gelöscht werden. Bei fast jeder Paßkontrolle an der Grenze behält der Beamte meinen Paß ziemlich lange ein, telephoniert, ich muß warten, alle anderen Autos werden durchgewinkt. Zufall?

Reaktionen an meinem Arbeitsplatz Schule

Teile des Kollegiums reagieren empört auf das Verhalten des Landtagsabgeordneten. Fronten werden deutlich von rechts bis links, die "Mitte" ist sehr breit. Die Politik hat diesmal noch eindeutiger in den so gehegten "pädagogischen Schonraum" der Schule eingegriffen. Elternversammlungen, Personalversammlungen, die 1976 stattfindende Personalratswahl stehen ganz im Zeichen dieses Konflikts. Es werden nur Kandidaten gewählt, die erkennen lassen, daß sie gegen solche Angriffe vorzugehen gedenken. Ein Solidaritätsfonds wird eingerichtet, Presseerklärungen werden verfaßt, drei Kollegen klagen in verschiedenen Verfahren auf "Unterlassung und Widerruf", weil ihre Namen im Verlauf dieser Hetzkampagne genannt worden sind, darunter auch ich. Alle erhalten Rechtsschutz von der GEW in der ersten Instanz vor dem hiesigen Landgericht.
Die beklagte Seite arbeitet mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln. Doch was ein rechter Richter auf einem deutschen Landgericht ist, den ficht so etwas nicht an. In seiner grenzenlosen Neutralität sieht er einfach darüber hinweg. Ein Urteil ergibt Unterlassung dieser Behauptungen, in zwei anderen Urteilen werden unsere Klagen abgewiesen.
Dies genügt dem "eifernden Kreuzritter" für die FdGO, dem Landtagsabgeordneten, noch nicht, denn er ist seltsamerweise auch GEW-Mitglied und interveniert beim GEW-Landesvorstand, daß er uns den Rechtsschutz entziehen möge. Längere Diskussionen im Landesvorstand, denn laut Rechtsschutzordnung in den Gewerkschaften darf Gewerkschaftsmitgliedern gegeneinander kein Rechtsschutz gegeben werden. Zusätzlich liegt allerdings ein Ausschlußverfahren unserer Schulgruppe (mittlerweile unterstützt von mehreren Gremien der GEW) gegen den Landtagsabgeordneten "wegen fortgesetzten gewerkschaftsschädigenden Verhaltens" in mehreren Fällen vor. Ein schwieriges Problem für einen Gewerkschaftsvorstand, doch wie könnte es anders sein, die Entscheidung lautet: im Zweifelsfalle gegen die einfachen Gewerkschaftsmitglieder. Begründung: "Mit den Landtagsabgeordneten darf man sichs nicht verderben!"
Nächste Konsequenz: die rechtliche (d.h. für uns u.a. finanzielle) Unterstützung wird uns in der Zweiten Instanz entzogen und zwar von der Bundesrechtsstelle der GEW. Sie hält das Verfahren für gewerkschaftspolitisch nicht bedeutsam genug. Inzwischen ist ein anderer GEW-Landesvorstand in Hessen – die Verlierer der Wahl versuchen, ihn als "kommunistisch" zu verteufeln – gewählt worden. Dieser sieht das Gerichtsverfahren anders und befürwortet den Rechtsschutz für ein Berufungsverfahren ausdrücklich.
Die Berufungsverhandlung endet mit einem Vergleich, in dem der Beklagte erklären muß, daß seine Äußerungen, "daß es sogar Lehrkräfte gibt, über die Hinweise von Verbindungen zu festgestellten Anarchisten oder politischen Terrorgruppen vorliegen", nicht mich betreffen. Die Kosten des Verfahrens werden mir angelastet.

Einsichten und Ausblick

Ich und auch andere Freunde und Genossen, haben viele Erfahrungen machen können in diesen gerichtlichen und gleichzeitig auch politischen Auseinandersetzungen. Mich als Sozialist begreifen und am Arbeitsplatz Verbesserungen für mich selbst und andere durchsetzen zu versuchen, war offensichtlich bereits verdächtig, weicht vom freiheitlich demokratischen Grundkonsens ab und wird der Verfolgung z.T. offen, z.T. heimlich in Parteien, Institutionen und sogar Gewerkschaften anempfohlen. Gerichtsverfahren oder "rechtliche Gegenwehr" sind nur ein schwaches Schutzpflaster in solchen Kampagnen. Wir müssen versuchen, bei solchen Angriffen frühzeitiger auch politisch zu reagieren mit Hilfe der Genossen am Ort und dem SB als Organisation. Wir müssen uns rechtzeitig auf zu erwartende weitere Versuche der Einschränkung unserer politischen Handlungsmöglichkeiten im Rahmen des SB einstellen und Vorbereitungen treffen, diesen auch politisch zu begegnen, d.h. vor allem bessere lokale und regionale Zusammenarbeit und Unterstützungsarbeit.
In einer politischen Situation, wo der Präsident der USA zum Vorkämpfer für Menschenrechte ernannt wird und gleichzeitig die Neutronenbombe propagiert, wo die sinnlose Gewalt der RAF nur die latente irrationale Gewalt der politischen Situation in der BRD ausdrückt, wo eine SPD-Ministerin als "Mordkomplizin" der afrikanischen Befreiungsbewegungen bezeichnet wird, die Entführung des Massenmörders Kappler als humanitäre Tat angesehen und damit gebilligt wird, da kann ich mir nicht vorstellen, daß Sozialisten sich zurückziehen sollen, gar "überwintern"; allerdings müssen Sozialisten zur Kenntnis nehmen, daß es zunehmend schwieriger wird, die nächsten politischen Schritte zu bestimmen und sich zu wehren ...

DESENHOS DO PODER POPULAR
ZEICHNUNGEN DES PODER POPULAR
Gezeichnet & kommentiert von +++
Hrsgg. & übersetzt von Günter Schröder
Reihe Internationalismus-Informationen: Portugal 1
Initiative für ein Sozialistisches Zentrum Giessen
Zweisprachig (Deutsch/Portugiesisch)
Zu beziehen über jede linke Buchhandlung oder SB-Buchvertrieb, 2900 Oldenburg oder G. Schröder, 63 Lahn-Giessen1 Löberstr. 5
Einzelpreis 5.- DM
Sammelbestellung ab 5 Stck. 3,50 DM

Wir haben ein neues Buch gemacht!

FRIEDE DEN HÜTTEN
KRIEG DEN PALÄSTEN!

Lest unser Buch, geht es weiter, unterstützt uns!

Wir sind Lehrlinge, Schüler und Jungarbeiter und wohnen in einem Haus, das vor 6 Jahren besetzt wurde. Wir haben dieses Buch geschrieben, da unser Vertrag mit dem Senat von diesen Amtsschimmeln gekündigt wird und um unsere Erfahrungen wie wir zusammen leben und kämpfen weiterzugeben

176 Seiten für 4,50 im Buchladen oder bei uns: 1 Bln 36 Mariannenpl. 1a gegen Briefmarken oder Vorausüberweisung auf Postscheckamt Bln West: Kontonr 53956-109 Thomas Sydow 1 Bln 61

Georg von Rauch-Haus-Kollektiv

Wenn die Rechte wieder "Rotfront verrecke" schreit

Bericht über eine linke Front gegen den Jungfaschisten-Kongreß in Osnabrück

Daß sich die Neofaschisten in der Bundesrepublik wieder ungehindert organisieren und öffentlich auftreten dürfen, haben wir bisher vor allem aus der ausländischen Presse erfahren. Wie begründet deren Warnung vor dem Wiedererstarken des Faschismus in Westdeutschland ist, haben wir in Osnabrück während eines Kongresses der "Jungen Nationaldemokraten" im September aus unmittelbarer Anschauung erleben können. Überall war der Jungorganisation der Neonazis bis dahin die Benutzung öffentlicher Einrichtungen verweigert worden, bis sich in Osnabrück ein Privatkapitalist fand, der auf seine Weise in seiner Kneipe Pluralismus praktizierte: Wo sonst (im Arbeiterbezirk Schinkel) Gewerkschafter und Sozialdemokraten tagten, sollten auch Jungfaschisten unter dem erklärten Motto "Rotfront verrecke!" tagen dürfen.

Wie reagiert der SPD-geführte Rat der Stadt auf diese ungeheure Provokation? Gar nicht – zumindest nicht öffentlich. Beim Vertuschen von Skandalen wie diesem arbeiten auch hier wieder Administration und ihre Presse, die 'Neue Osnabrücker Zeitung' ("NOZ ins Klosett") zusammen. Erst wenige Tage vor dem endgültigen Auftreten der Jungfaschisten, als es nicht mehr zu verheimlichen war, teilte die Stadt über ihr Organ, die NOZ, den Bürgern mit, daß mehrere Hundertschaften Polizei aus dem ganzen Lande Niedersachsen zusammengezogen werden sollten, um einen Kongreß der Jungen Nationaldemokraten vor den zu erwartenden Angriffen linksextremer Gruppen zu schützen. Inzwischen hatte der Oberbürgermeister Weber (Gewerkschafter und rechter Sozialdemokrat) besorgt versucht, mit Drohungen und dem Versprechen, eine evtl. anstehende Konventionalstrafe übernehmen zu wollen, den Wirt zum Rücktritt vom Vertrag zu bewegen. Obwohl der Bürgermeister seine Ehre verpfändet hatte, der SPD waren schließlich die Ehre ihres OB und der Kampf gegen die Faschisten die geforderte Summe nicht wert: der Kongreß konnte ungehindert und beschützt von der Polizei am 16.9. in Osnabrück stattfinden.

Wie reagierte die Linke in Osnabrück auf die faschistische Provokation? Zunächst bei den meisten Gruppen mit der Hoffnung, wenigstens angesichts des wiedererstarkenden Faschismus die Linke im antifaschistischen Kampf vereinigen zu können und der neuerlichen Enttäuschung dieser Hoffnung: Die Initiative ergriff der antifaschistische Arbeitskreis Osnabrück (DKP, VVNBA usw.) für ein

breites, 'nicht-chaotisches' Bündnis aller Demokraten, und das heißt hier: SPD, Jusos, Judos, ESG usw. Als zu den Bündnisverhandlungen mehr antifaschistische Demokraten kamen als die DKP anerkennen wollte, zog sie sich mit Anhang zurück. Ausschlaggebend war, daß sich die DKP mit ihrer lediglich aufs Grundgesetz bezogenen Strategie (Art. 139 GG Verbot nationalsozialistischer Nachfolgeorganisationen) nicht durchsetzen konnte.

Die SPD ignorierte alle Aufforderungen, sich am antifaschistischen Bündnis zu beteiligen, die örtliche Gewerkschaftsspitze schloß sich wie üblich ihrer Partei an; d.h. nicht, daß nicht viele Sozialdemokraten und junge Gewerkschafter sich aktiv an dem Kampf gegen die Faschisten beteiligt haben. Der KBW schließlich verließ das Bündnis, als deutlich wurde, daß keiner der 'ausschließlich richtigen Linie' dieser 'Avantgarde des Proletariats' folgen wollte: keine Gruppe sollte das Bündnis zur Selbstdarstellung benutzen können.

Erst jetzt, als sich der KBW zurückgezogen hatte, begann sich die Diskussion etwas zu ordnen. Das Ergebnis war folgende "antifaschistische Aktionseinheit": Judos, Frauenzentrum, Chilesolidaritätsgruppe, ESG, SZ-Initiative, SB, Kommunistische Aufbaugruppe, KB mit Genossen aus Hamburg, Basisgruppen, KB-Münster (Sympathisanten), Gruppe Frauenpolitik Münster, Frauen des Verlages Frauenpolitik, Münster und viele, viele Einzelkämpfer.

Leitendes Prinzip für alle Aktionen sollte sein, jede Gewaltanwendung zu vermeiden. Wichtige Aktionsziele waren: Einerseits die Faschisten von jedem Kontakt zur Bevölkerung zu isolieren, um sie so an der Entfaltung ihrer Propaganda zu hindern, andererseits eine effektive Aufklärungskampagne über die wirklichen Ziele der Neonazis durchzuführen.

Der spätere Verlauf der Auseinandersetzung ließ sich schon bei kleineren Aktionen Tage vorher erkennen: Ein Stand der Faschisten war erfolgreich abgeschirmt worden; als die Faschisten mit Eisenstangen auf Gegendemonstranten losgingen, griff die Polizei ein, um die Faschisten zu schützen, wobei eine Reihe von Gegendemonstranten von der Polizei z.T. schwer verletzt und einige verhaftet wurden.

Die Faschisten zogen unter Polizeischutz ab und tauchten, trotz gegenteiliger Ankündigung, erst am Vortag ihres Kongresses wieder auf. Und wieder blieben ihre Propagandaaktionen wirkungslos, weil es der antifaschistischen Demonstration nach einer Kundgebung gelang, die Faschisten und ihre Beschützer von der Polizei einzukreisen und von der Bevölkerung abzuschirmen. Ein geplanter Fackelzug der Faschisten durch die Stadt mußte unterbleiben.

Daß der Polizei in ihrer Rolle als Beschützer der Faschisten nicht wohl war, konnte man erkennen – trotz einiger schwerer Übergriffe gegen Demonstranten. Allerdings war die Polizei trotz Aufforderung nicht bereit, mit Eisenstangen und anderen gefährlichen Schlagwerkzeugen bewaffnete faschistische Schlägertrupps zu entwaffnen (Wie anders in Kalkar, wo schon Bleistifte, Zitronen und Tomaten als gefährliche Angriffswaffen konfisziert wurden!). Am Tag des Kongresses machten die inzwischen auf 50 (später auf 150) angewachsenen Jungfaschisten erst einmal einen 'Zug durch die Stadt, wobei sie einen Stand von amnesty international und einen KBW-Stand angriffen; Ergebnis: ein KBW-Mitglied mußte mit Verdacht auf Schädelbasisbruch ins Krankenhaus eingeliefert werden. Vor einer Schule wurde ein antifaschistischer Flugblattverteiler verprügelt, ein anderes Opfer war ein allein demonstrierender alter Mann.

Sobald sich diese faschistischen Schläger stark genug fühlen, schlagen sie los; hier zeigte sich, wie umgekehrt eine große Gegendemonstration der Antifaschisten sie in ihre Schranken verweisen kann: Schließlich konnten sie ihre zentrale Kundgebung nicht mehr an dem geplanten Ort durchführen, wo stattdessen eine große Gegenkundgebung stattfand, die sich anschließend auch zu dem neuen Kundgebungsort der Faschisten bewegte. Die 1.500 bis 2.000 Gegendemonstranten (laut NDR sogar 3.000) sind für Osnabrücker Verhältnisse ein großer Erfolg. Trotz Provokationen seitens der Faschisten verhielten sich die Demonstranten außerordentlich diszipliniert, nicht zuletzt deshalb, weil ihnen immerhin noch einmal so viel Polizei gegenüber und im Rücken stand. Alle empfanden den Ernst der Situation, außer dem KBW: Die Trommel schlagend zog ein kleiner Trupp vom KBW herum, sang "Wir sind die junge Garde des Proletariats ..." und versuchte krampfhaft auch daran zu glauben.

Die DKP, VVNBA usw., die sich an der Aktionseinheit der Tat nicht beteiligen wollten, versuchten es mit goldenen Worten und attraktiven Rednern auf einer Veranstaltung parallel zum Faschistenkongreß; aber weder ein Ekkehard Spoo noch ein Antifaschist aus Holland konnten mehr als 300 Zuhörer erreichen; für die meisten stand die Erfahrung des aktiven antifaschistischen Kampfes im Vordergrund.

Nachdem es SPD und FDP weder gelungen war, den Kongreß selbst zu verhindern, was sie auch ernsthaft gar nicht versucht hatten, noch daraufhin sämtliche Demonstrationen unterbinden konnten, um vielleicht doch noch den Faschistenkongreß ohne den Widerstand der demokratischen Öffentlichkeit in aller

Dokumentation

Die ESG Osnabrück erstellt eine Dokumentation mit Bildmaterial über den Kongreß der Neofaschisten in Osnabrück sowie die antifaschistischen Gegendemonstrationen. Bestellungen dieser Dokumentation, die als Broschüre erscheinen soll (der Preis war der "links"-Redaktion bei Redaktionsschluß nicht bekannt), sind zu richten an ESG Osnabrück, c/o Dele Großpitsch, Blumenthaler Str. 38, 4500 Osnabrück.

Vorankündigung für ein DDR-Seminar

Wir planen für Januar 1978 ein Seminar zum Thema "Arbeit in der DDR" (Arbeitstitel). Ziel dieses Wochenend-Seminars ist die Beschäftigung mit

- **der Organisation der Arbeit in der DDR seit 1945,**
- **der Funktion der SED und der Gewerkschaften im Planungs- und Entscheidungsprozeß,**
- **der Stellung der Produzenten im Produktionsprozeß.**

In diesem Themenkomplex wollen wir die Einführung des sowjetischen Planungsmodells in die DDR, die Realisierung von Planung auf der Betriebsebene, Widerstandsformen der Arbeiter, Veränderungen in den Planungsstrukturen behandeln.

Eine Materialsammlung wird von uns vorbereitet. Wir diskutieren noch, ob wir die Thematik einleiten mit einer ausführlichen Diskussion über die wirtschaftspolitische Entwicklung der UdSSR oder ob wir unmittelbar bei der Diskussion über die DDR ansetzen.

Wir erwarten in dieser Frage und in der inhaltlichen Gestaltung des Seminars Vorschläge und Stellungnahmen. Schreibt uns bitte jetzt schon, wenn Ihr teilnehmen wollt. Sozialistisches Osteuropakomitee, Postfach 2648, 2000 Hamburg 13.

Chile-Tage

Vom 8. bis zum 12. November haben der Chilekreis Duisburg und der Fachbereich Evangelische Theologie der Gesamthochschule eine Veranstaltungsreihe zu Chile vorbereitet. Diskussionen finden statt, es werden Filme gezeigt und Folklore gesungen. Orte sind die Gesamthochschule (Lotharstr. 65) und das Gymnasium Neudorf. Nähere Informationen: SG Duisburg c/o Buchladen, Oststr. 194, 4100 Duisburg 1.

Arbeitstagung „Heimerziehung"

In Fortsetzung der 1. Heimerziehertagung in Köln (siehe "links" Nr. 92) findet am 10./11. Dezember in Westberlin ein weiteres Treffen statt. Neben der Fortführung der in Köln begonnenen Diskussion soll schwerpunktmäßig die Einführung und Planung geschlossener Heime diskutiert werden, um eine gemeinsame Strategie des Handelns gegenüber geschlossenen Einrichtungen zu finden.
Die Vorbereitung hat der Arbeitskreis Heimerziehung Westberlin übernommen. Anmeldung und weitere Informationen: Jutta Schoene, Beusselstr. 65, 1 Berlin 21; Tel. 030/393 68 35.
Zur Vorbereitung dient der Info Sozialarbeit Heft 18 "Heimerziehung", der inhaltlich an dem Diskussionsstand der Kölner Tagung anknüpft und von Teilnehmern dieser Tagung erstellt wurde. Das Heft ist gegen Voreinsendung von DM 5,-- beim Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, 605 Offenbach erhaltlich.

Heimlichkeit ablaufen lassen zu können, sahen sie sich gezwungen, nun auf ihre Weise öffentlich Stellung zu nehmen. Auf einer 'Kundgebung der Demokraten' vor jenem Rathaus, in dem schon 1648 einmal der innere Frieden in Deutschland wieder hergestellt wurde, konnte sich die SPD zu Recht auf eine antifaschistische Tradition der Osnabrücker Sozialdemokraten beziehen. Typischer für die Situation in der Bundesrepublik war die Reaktion der CDU, die ohne Bedenken antifaschistische Demonstranten mit Terroristen und Neonazis identifizierte. Ein großer Teil der ca. 2.000 Zuhörer war jedoch angesichts der faschistischen Provokationen nicht mehr bereit, diesen Hetzkampagnen einer CDU zu folgen und entlarvte die Heuchelei dieser Partei, deren Oberstadtdirektor Wimmer (CDU), z.B. mit den Stimmen der NPD gewählt worden war.
Was folgt aus den Osnabrücker Erfahrungen für den antifaschistischen Kampf der Linken? Es hat sich erneut bestätigt, was wir schon lange wissen, daß SPD und FDP und auch die Gewerkschaftsspitze zu mehr als zu Lippenbekenntnissen gegen den Faschismus nicht bereit sind und jede antifaschistische Aktionseinheit auch künftig als extremistisch denunzieren werden: Gegen die Osnabrükker Judos, die sich offiziell an der antifaschistischen Aktionseinheit beteiligt hatten, droht ein Parteiausschlußverfahren. Demgegenüber hat sich gezeigt, daß eine große Zahl vor allem junger Sozialdemokraten und Gewerkschafter sehr wohl bereit sind, solche Bündnisse aktiv und engagiert, wenn auch nicht offiziell mitzutragen. Interessant ist auch, daß sich zahlreiche Schüler den Demonstrationen angeschlossen haben, einige von ihnen kennen das Auftreten junger Faschisten aus der eigenen Schule.
Zwischen DKP auf der einen und dem sektiererischen KBW auf der anderen Seite hat sich eine breite bündnisfähige Linke herausgeschält, die im antifaschistischen Kampf ein für sie selbst durchaus neues Selbstbewußtsein entwickelt hat. Man muß sehen, daß ein Bündnis gegen Faschisten noch (?) eine Ausnahmesituation ist, der Alltag linker Politik ist weiterhin von einer Vielzahl sich z.T. befehdender linker Gruppen gekennzeichnet. Gerade angesichts des wiedererstarkenden Faschismus und der zunehmenden Repression in der BRD muß es gelingen, die Erfahrung des gemeinsamen antifaschistischen Kampfes in einen dauerhafteren gemeinsamen Abwehrkampf überzuführen.

SB-OSNABRÜCK

KATALYSE Selbstdarstellung einer Technikergruppe

Diese Selbstdarstellung soll dazu dienen, daß politisch motivierte Kollegen, die in der Gruppe tätig werden wollen, sich über unsere Absichten unterrichten können, und daß die Gruppe für diejenigen Organisationen, mit denen sie zusammenarbeiten will, einschätzbar wird.

Entwicklung der Gruppe

Die Gruppe wurde 1972 durch Techniker gegründet, die aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit und eigenen Betroffenheit erkannt hatten, wie wichtig die Beschäftigung mit den Ursachen und Auswirkungen bestimmter Techniken ist. Diesem Schritt ging der fehlgeschlagene Versuch voraus, in diesem Themenbereich einen Gewerkschaftsarbeitskreis einzurichten. Auch an anderer Stelle fand sich kein Diskussionsforum für diese Fragen, denn Technik wurde nur als abstraktes Mittel aufgefaßt; mit ihren konkreten Formen und Auswirkungen befaßten sich nur wenige an gesellschaftlichen Fragen Interessierte. Die Kritik der meisten Intel-

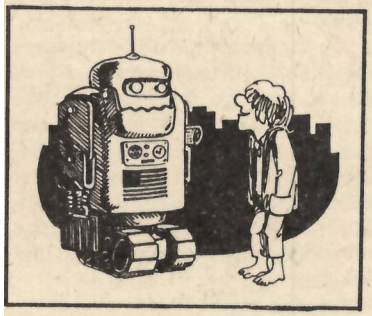
Neu in der Reihe Plakat-Bauernverlag

Heft 9, Joachim Schritt: Bauern gegen Atomanlagen oder wie wüllt den Schiet nicht hebben (112 Seiten, broschiert, DM 7,--)
Drei monographische Fallstudien neuester deutscher Geschichte aus der Provinz, von der gesagt wird, daß es sie als gesellschaftliche und politische Instanz gar nicht mehr gäbe, werden in der vorliegenden Schrift dargelegt. Der Anlaß dieser Stücke bundesrepublikanischer Gegenwart ist besonders brisant und drastisch. Es geht um die Ansiedlung atomindustrieller Anlagen in Esenshamm, Wyhl und Aschendorf, die auch dem platten Land den Fortschritt bringen sollen. Wo das Vorhaben ohne Widerstand der Betroffenen durchgesetzt werden konnte, wie im Beispiel Esenshamm an der Unterweser, hat man, ehrlich, auch keine Versprechungen über den Zuwachs lokalen Reichtums gemacht. Mit wachsendem Widerstand sind dann die Arbeitsplätze und das Bruttosozialprodukt samt beheizten Schwimmbädern und sonstigem Unfug als Verheißungen, auf die die meisten Parlamentarier denkmalsüchtig hereinfielen, von Regierung-Behörden-Betreibern erfunden worden.
Diese besonders drastischen Versuche der Enteignung der natürlichen Produktionshilfsmittel als einer Grundlage der lokalen physischen und wirtschaftlichen Existenz der Bewohner solcher Ansiedlungs-'Regionen' — die Flurbereinigung, die Entwässerung, die Aussiedlung, die kommunale Gebietsreform und die Kreisreform haben die gleichen, wenn auch weniger monumentalen Konsequenzen zur Folge — zeigen die Unterschiedlichkeit der offenkundig und bewußt gewordenen Brisanz auf. Die präzisen Daten und Ablaufbeschreibungen, ergänzt durch die jeweils aktiv handelnd wirksamen Positionen der Atom-Lobby — also der Angreifer — und der Verteidiger demokratischer und grundgesetzlich garantierter Rechte und Freiheiten, die auf dem Verwaltungs- und Verordnungsweg unter den Teppich gekehrt werden sollen, lesen sich wie science fiction, wenn man weiß, was hier verhandelt wird. Die Kenntnis der Folgen atomindustrieller Anlagen, wie sie besonders für den bisher vor der Fülle der mehr oder weniger verständlichen und nachvollziehbaren Veröffentlichungen, die vom Buchhandel nicht oder nur sehr ungern angeboten werden, zurückschreckenden Lesern im ersten Kapitel noch einmal skizziert wird, macht das hinterhältige Spiel der Atom-Lobby und ihre argumentativen Winkelzüge zugänglich.
An den aufgeführten Beispielen, die in ihrer Unterschiedlichkeit typisch für das Verhältnis von Bürger und Staat bzw. Staat als Obrigkeit sind, ist nachvollziehbar, daß hinter den Institutionen auch Leute stehen; Leute, die offensichtlich sehr häufig mit ihrer offiziellen Meinung und ihren persönlichen und familiären Ängsten und Bedrohungen im Widerspruch leben. Ein Umstand, der zum Fanatismus reizt.
Hinter den Bürgern steht ein Risiko, das dem der Bürgerrechtler in den Ostblockländern gleichkommt. Der jovialen und perfekten Staatsmacht Westeuropas ist eine Resignation vor der Übermacht des Apparats, der mit allen Mitteln heimlicher Existenzzerstörung arbeitet, durchaus angemessen. Die in der Dokumentation beschriebenen Abbrüche des Widerstands sind als Reaktion auf diese autoritäre Allmacht zu begreifen. Die totalitaristische Alternative — als Antwort auf die frech arrogante und tumbe Ignoranz der staatlichen und industriellen Institutionen — ihren verantwortungslosen Technokraten und Bürokraten — ist sicher ein Phänomen der akademischen Oberschicht ohne Alltagsbezug. Diese touristischen Helfer spielen in den Reihen der aktiv beteiligt Betroffenen keine Rolle, weil sie keinen Atem haben.
Die Informanten und Unterstützer von den Universitäten — in den drei Beispielen insbesondere Freiburg und Bremen, die wegen dieser aufklärerischen und unterstützenden Mitarbeit immer wieder verhetzt werden — sind Beispiele für einen kontinuierlichen und verantwortungsbewußten akademischen Beitrag zum Lebensalltag.
Was nützt solche Chronistik? Nimmt man diese Frage nicht zurück, sondern vorwärts — so kann man darin den Ansatz einer bisher unterbliebenen Demokratieforschung entdecken.
Denn Demokratie in Esenshamm ist offensichtlich eine Geschichte, eine andere ist die von Aschendorf und noch eine andere die von Wyhl. Nebeneinander gestellt zugänglich gemacht, können wir aus der Chronik zu lernen beginnen, die Leute vor Ort und ihre Geschichte ernst zu nehmen. Den Nahberichten vor Ort stellt diese Arbeit die wichtigsten Vorgänge, Phänomene und Argumente der Auseinandersetzung, die absichtlich von den spontanen Reaktionen, der Kleinarbeit, der Resignation, dem Mut absieht, hinzu. Die dabei erkennbare Bedeutung soziokultureller, sozialer und sozioökonomischer Geschichte und Gegenwart als Hintergrund der gesellschaftlichen Kommunikation und Aktion sowohl in den Dörfern als auch in der Region stellt einen Beitrag zum Regionalismus dar. Die vergleichbare Dokumentation der Vorgänge und ihrer institutionellen Zusammenhänge gibt neben den Fragen, die sich daraus für die weitere Arbeit ableiten lassen, eine übersehbare Information zum immer noch andauernden Konflikt zwischen Atomlobby einerseits und Betroffenen andererseits auch für den, der sich bislang in der Fülle zufälliger Informationen und Themenstellungen dieser Diskussion nicht zurechtfand.

INGE META HÜLBUSCH
KARL HEINRICH HÜLBUSCH

Die Broschüren der Reihe Plakat-Bauernverlag können gegen Vorauszahlung (in Briefmarken, Bargeld oder als V-Scheck der Bestellung beifügen) direkt bezogen werden bei Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, 6050 Offenbach 4; die Broschüren sind auch in jeder linken Buchhandlung erhältlich.

lektuellen an den bestehenden Verhältnissen wurde zu dieser Zeit fast ausschließlich aus dem Blickwinkel der Gesellschaftswissenschaften geübt.
Während die Gruppe zunächst in einer Anzahl von Volkshochschulvorträgen und Broschüren zu aktuellen Fragen Stellung genommen hat (Berufliche Lage der Ingenieure, "Grenzen des Wachstums", Politisches Bewußtsein der Ingenieure, Wer verhindert billiges Wohnen?, "Harte" und "sanfte" Technik, Wirtschaftliche Lage 1984, Kernenergie und ihre Alternativen), setzte schon bald eine intensive Zusammenarbeit mit Studenten der Ingenieurwissenschaften ein (Fragen der Berufsperspektive, Technik von nichtprofessoraler Seite), was ein stetiges Anwachsen der Gruppe zur Folge hatte. Vielen politisch bewußten Studenten bot die KATALYSE-Gruppe die Möglichkeit, auch nach dem Studium weiter politisch aktiv zu bleiben. Von besonderer Bedeutung für uns war die Frage, ob und in welchem Rahmen Entwicklung



und Einsatz alternativer Technologien durchführbar ist. Aus der Diskussion um diese Frage heraus wurde 1975 von der KATALYSE die wohl erste westdeutsche Tagung über "Alternative Technik" (AT) von uns in Oberhausen veranstaltet.
Es zeigte sich, daß die "Alternative Technik"-Diskussion unter dem Aspekt der Durchsetzbarkeit alternativer Technologien (Energieerzeugung, Verkehr, Müllbeseitigung) eine starke Resonanz fand, wobei insbesondere die Bürgerinitiativen (BI's) gegen Atomkraftwerke (AKWs) starkes Interesse an fachlicher Beratung hatten und haben.
Im Laufe der Zeit haben sich folgende Arbeitsschwerpunkte herausgebildet:
- AKWs – Gefahren und Alternativen (AKW-Büro)
- Mitteilungsblatt (monatlich für alle Mitglieder)
- VHS-Vortragsreihen
- Zusammenarbeit mit Lehrlingen und Arbeitslosen zur Produktion alternativer Technik (Lern- und Produktionsgemeinschaft)
- Gewerkschaftsarbeit
- Informationsdienst und Anlaufstelle für Interessierte
- Medizinische Techniken (Arbeitsgruppe Erfahrungsheilkunde)
- Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen
- Alternative Technik für Ballungsräume

Unsere organisatorischen Treffen finden einmal im Monat (letzter Mittwoch im Monat) für die gesamte Gruppe in Essen statt; außerdem sind regelmäßige Treffen der einzelnen Ortsgruppen vorgesehen. Wichtig für unsere Arbeit sind nicht zuletzt Informationen von Gruppenmitgliedern aus Industrieunternehmen, die Einblick in deren Geschäftsablauf haben.
Zur Zeit beziehen etwa 350 Personen und Gruppen unsere Mitteilungen, und es ist nicht übertrieben zu sagen, daß wir zumindest im Rhein-Ruhr-Gebiet einen hohen Bekanntheitsgrad bei Interessierten haben und von vielen als kompetent in technisch-gesellschaftlichen Fragen angesehen werden.

Schwierigkeiten

Auf zwei Gebieten ging die Arbeit nur langsam voran. Es ist noch nicht gelungen, als Technikergruppe zu einer festeren Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften zu kommen, obwohl die meisten KATALYSE-Mitglieder gewerkschaftlich organisiert sind. Möglichkeiten wären: Vorträge zu halten, Schulungen durchzuführen, Informationsveranstaltungen zu betreiben, Beratungen und Gutachten zu erstellen.
Die ursprüngliche Absicht, im Betrieb Ingenieure und Techniker zur Mitarbeit zu gewinnen, zeigt leider nur mäßigen Erfolg.
Der Ansatz, Studeten schon während der Studienzeit mit der Tätigkeit der KATALYSE bekanntzumachen, hat dagegen zu einer starken Erweiterung der Tätigkeiten der Gruppe beigetragen.

Politische Zielrichtung

Anders als oft üblich ist die Zielrichtung unserer Tätigkeit nicht von vornherein durch theoretische Konzepte festgelegt gewesen. Jedoch hatten alle Mitglieder über die Kritik an den bestehenden Verhältnissen hinaus den Anspruch, ihr Fachwissen im Sinne der Veränderung in Richtung auf eine menschliche, sozialere Gesellschaft einzusetzen.
Bestehende Organisationen kommen einer solchen Tätigkeit nicht entgegen. Das politische Selbstverständnis der Berufsvereinigungen ist fast überall noch frühindustriell oder kleinbürgerlich. Die Gewerkschaften und Parteien sind schlecht auf die Arbeit von Berufsgruppen eingerichtet und für das oft "unpolitische" und unrealistische gesellschaftliche Bewußtsein unserer Berufsgruppe nicht sehr anziehend. Für einen Ausweg aus dieser Situation, in der Techniker, Wirtschaftler und Wissenschaftler politisch weitgehend passiv und deshalb leicht für fremde Interessen einsetzbar bleiben, halten wir Organisationsformen, die den konkreten Problemstellungen entsprechen. Als ein Ansatz dieser Art versteht sich auch die KATALYSE. Unsere politische Aufgabe besteht also darin, Techniker und Betroffene über gesellschaftliche Zusammenhänge zu informieren, ihnen Anregungen und Lernmöglichkeiten für gesellschaftspolitische Tätigkeiten zu bieten und darauf hinzuarbeiten, daß unsere Berufsgruppe ihre Zurückhaltung gegenüber Gewerkschaften und Parteien abbaut. Weitere Aufgaben sind, demokratische Organisationen in technischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Fragen zu unterstützen, die Öffentlichkeit über technisch-gesellschaftliche Sachverhalte zu informieren und politische Modelle von der technischen Seite her zu überprüfen. Um diese Aufgaben erfüllen zu können, versucht die Technikergruppe, keine schmale politische Richtung zu vertreten, sondern das ganze Spektrum fortschrittlicher Einstellungen und Meinungen zur Wirkung zu bringen, in der Weise, daß sich die verschiedenen Strömungen ergänzen und verstärken. Ebenso strebt sie an, mit anderen Gruppen und Organisationen zusammenzuarbeiten, um der Fachblindheit entgegenzuwirken und ihren Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, als Techniker auch über die eigene Gruppe hinaus gesellschaftspolitisch tätig zu werden.

KATALYSE-TECHNIKERGRUPPE
Karl-Barth-Haus, Wittenbergstr. 14-16, 4300 Essen 1

CHILE
DER MUT ZU ÜBERLEBEN

KALENDER 1978

Vierfarbiger Kalender mit Stoffbildern aus den Elendsvierteln von Santiago, die vom alltäglichen Kampf des chilenischen Volkes gegen Elend und Unterdrückung erzählen.

Seit dem Militärputsch von 1973 haben Hunderttausende von Chilenen ihren Arbeitsplatz verloren. In den Arbeitersiedlungen beherrscht der tägliche Kampf um Nahrung, Kleidung und Behausung, gegen Krankheit und gegen die überall gegenwärtige Repression das Leben der Menschen. Gegenseitige Hilfe wird hier zur Überlebens-Notwendigkeit. So haben sich in einigen dieser Siedlungen Gruppen von Frauen zusammengefunden, die ihren Alltag auf Stoffbildern („Applikationen") darstellen. Durch den Verkauf dieser Bilder können sich die Frauen einige Pesos verdienen. Über die gemeinsame Näh- und Stickarbeit gewinnen sie Einsicht in die Ursachen ihrer Situation und entwickeln Formen von solidarischem Zusammenhalt. Und schließlich geben ihnen diese Bilder auch die Möglichkeit, der Außenwelt ihr Elend, ihren Kampf und ihre Hoffnungen mitzuteilen. Die zumeist indirekte Form, in der die Frauen das Leiden des chilenischen Volkes abbilden, ist eine notwendige Vorsicht angesichts der Repression. Dabei kommt in der fast heiteren Farbigkeit dieser Stoffbilder etwas von dem Mut und der Zuversicht zum Ausdruck, diese Zeit der Unterdrückung zu überwinden.

Motive der **vierfarbigen** Stoffbilder:

(Einige der Motive entsprechen der vom Westberliner Chile-Komitee 1976 herausgegebenen Postkartenserie; siehe Abbildung.)

Armut und Reichtum
Arbeitslosigkeit
Der Kampf um das Dach überm Kopf
Der Kampf gegen den Hunger
Im Pfandhaus
Not-Kriminalität
Das Problem des Alkoholismus
Gegenseitige Hilfe
Gemeinsame Arbeit an den Stoffbildern
Gefängnis
Folter
Heimkehr freigelassener Gefangener – aber einige kehren nicht heim
Weihnachten im Elendsviertel

Zu allen abgebildeten Motiven werden Erläuterungen in 4 Sprachen gegeben (deutsch, spanisch, englisch, französisch).

Der Kalender hat das Format 30 X 45 cm.
Endverkaufspreis: DM 14,-
Auslieferung: ab 10. November 1977

Vorbestellungen an: Chile-Komitee, c/o FDCL, Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12

Der Erlös aus dem Verkauf der Kalender wird zur Unterstützung der Familien von politischen Gefangenen und Verschwundenen verwandt.

Der Abbau der Volksrechte in der Schweiz und die Linke

Über das Wochenende vom 25./26. September fand in der Schweiz eine Volksabstimmung statt, bei der es um die Ausgestaltung elementarer Rechte in der direkten bürgerlichen Demokratie ging. Bisher konnte mit 30.000 Unterschriften eine Volksbefragung (Referendum) über ein vom Parlament verabschiedetes Gesetz erzwungen werden; und 50.000 Unterschriften genügten bisher, um auf dem Wege einer Initiative eine Abstimmung über einen Auftrag des Volkes an das Parlament herbeizuführen. Beim positiven Ausgang einer solchen Abstimmung mußte das Parlament ein Gesetz zu diesem Volksbegehren vorlegen, bzw. die Verfassung entsprechend ändern, wenn es sich um eine Verfassungsinitiative handelte.

Die Abstimmung von Ende September ergab nun das eher überraschende Ergebnis, daß etwa 1 Mio. Stimmberechtigte sich dafür aussprachen, die Unterschriftenzahlen zu **verdoppeln** (50.000 für das Referendum, 100.000 für die Initiative). Gegen diese Erhöhung der Unterschriftenzahlen stimmten rund 800.000 Stimmberechtigte. Kurzum: die Schweizer entschlossen sich mit klarer Mehrheit für einen Abbau ihrer eigenen Grundrechte.

Von bürgerlicher Seite wurde der Kampf um die Vorlage mit dem Schlagwort der "Verwesentlichung der Demokratie" geführt. Das erklärte Ziel der Vorlage war es, mit der Erhöhung der Unterschriftenzahlen die Zahl der Abstimmungen (zwischen 1970 und 1976 waren es auf Bundesebene allein 50) zu vermindern. Von der Erhöhung betroffen sind natürlich in erster Linie kleinere politische und gesellschaftliche Gruppen – also auch die Linke –, für die die "Verwesentlichung der Demokratie" schlicht auf eine Erschwerung der Wahrnehmung ihrer Rechte hinausläuft. Für die gesamte Linke lag es deshalb auf der Hand, daß sie die Vorlage bekämpfte.

Über die unmittelbare Konsequenz hieraus, daß es fortan schwieriger sein wird, ein Referendum zu ergreifen oder eine Initiative zu lancieren, wirft das Problem der Volksrechte in der direkten bürgerlichen Demokratie einige grundsätzliche Fragen auf, mit denen sich die schweizerische Linke auseinanderzusetzen hat. Die direkt-demokratischen Rechte und Institutionen sind weder reine Instrumente bürgerlicher Machterhaltung und -verschleierung, noch verbürgen sie automatisch den kontinuierlichen Fortschritt auf dem Weg zum Sozialismus. Vielmehr sind diese Rechte, wie andere Grundrechte, in ihrer historischen Dialektik zu sehen, und dabei zeigt sich sowohl ihre stabilisierende als auch ihre **potentielle** politische Sprengkraft.

Niemandem wird z.B. die Pressefreiheit gleichgültig sein, nur weil sie sich im Moment hauptsächlich als ein Recht von ein paar hundert Kapitalisten herausstellt, ihre Meinung veröffentlichen zu lassen. Im Gegensatz zur Pressefreiheit sind aber Initiative und Referendum sehr eng mit dem politischen System verbunden und zwar in einer Weise, die die Linke tendenziell von autonomer Politik und Basisarbeit abhält und in einen permanenten halb inner-, halb außerparlamentarischen Grabenkrieg verwickelt.

Beim Referendum wird im Anschluß an eine parlamentarische Entscheidung eine Volksabstimmung erzwungen, deren Ergebnis im besten Falle dazu führt, daß eine politische Frage **so nicht** gelöst werden kann, wie die Parlamentsmehrheit es beabsichtigte. Bei der Abstimmung über die

Originalgrafik: edition staeck, 69 Heidelberg 1, Postfach 102063

vom Parlament beschlossene Mehrwertsteuer z.B. ergab sich vor ein paar Monaten eine Mehrheit gegen die Einführung dieser indirekten Steuer zur Sanierung des Staatshaushalts in der Krise. Aus dieser Mehrheitsentscheidung ist aber **nicht** ersichtlich, für welchen Modus des Krisenmanagements die Mehrheit eintritt – Initiativen müssen notwendig sehr allgemein gehalten sein. Auf das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren, das sich an eine erfolgreiche Initiative anschließt, haben die Initianten keinen Einfluß. D.h. das Ergebnis eines solchen Vorstoßes steht unter Umständen in einem sehr schlechten Verhältnis zu den aufgebrachten finanziellen und personellen Energien und Möglichkeiten der oppositionellen Initiantengruppen.

Bei der Benutzung des Referendums- und Initiativrechts läßt sich die Linke also in jedem Fall auf eine Politik ein, deren Grundzüge, Ablaufsformen und Terminierung im Parlament beschlossen werden. Sozialdemokraten und Kommunisten, aber auch die aus der Protestbewegung der sechziger Jahre hervorgegangenen Gruppen und Organisationen der Neuen Linken bedienten und bedienen sich der Volksrechte mit einer Selbstverständlichkeit, die sie zuweilen blind macht für die im Kern **defensive Natur** dieser parlamentarischen

links

ferngesteuerten Rechte.

Die Linke setzt oft ihr gesamtes organisatorisches und personelles Potential ein in einem Kampf, den sie zwar beeinflussen kann, der aber im wesentlichen doch im Parlament entschieden wird (wo die Zahl ihrer Vertreter nicht ausreicht, um Entscheidendes zu verändern). So wurde Anfang Oktober eine Initiative der Partei der Arbeit (= schweizerische KP) zur Veränderung der Wirtschaftsartikel in der Verfassung (Recht auf Arbeit, Recht auf Wohnung, Investitionslenkung und Preiskontrolle usw. waren die wichtigsten Veränderungsvorschläge) vom Parlament wegen angeblicher Formfehler als ungültig erklärt.

Die mangelnde Einsicht in die defensive Natur der Volksrechte hat viel dazu beigetragen, in der Linken (auch der sogenannten Neuen) Illusionen über die Veränderbarkeit der Gesellschaft durch bloße Wahrnehmung von Rechten zu verbreiten und zu vertiefen. Mühsame und langwierige Kämpfe an der Basis wurden so oft allzu rasch aufgegeben zu Gunsten parlamentarisch-institutioneller Aktivitäten. Daß es in der Schweiz keine 5%-Klausel gibt, hat diesen Weg noch erleichtert, und mancher Genosse verschleißt seine ganzen Energien in parlamentarischen Auseinandersetzungen. Die breiten Diskussionen über den Parlamentarismus und seine systemintegrierenden Tendenzen, wie sie in der Bundesrepublik zu Zeiten der APO geführt worden sind, haben im Bewußtsein der sich im Anschluß an die Bewegung der sechziger Jahre konstituierten linken Gruppen und Parteien kaum Eingang gefunden, geschweige denn bei der alten Linken.

Dem eben erfolgten Abbau der Volksrechte durch die Erhöhung der Unterschriftenzahlen wäre demnach auch eine positive Seite abzugewinnen, dann nämlich, wenn der Ausgang der Abstimmung die Linke dazu ermunterte, ihr Verhältnis zur bürgerlichen Demokratie und ihren Institutionen zu überdenken und daraus Konsequenzen für die eigene Arbeit bzw. die zu setzenden politischen Prioritäten zu ziehen.

LUDI LODOVICO

Stuttgart 1907-1977

Vor 70 Jahren fand in Stuttgart der Internationale Sozialistenkongreß statt. In diesem Zusammenhang veranstalten wir eine Arbeitstagung zu Problemen des Sozialismus in Süd- und Westeuropa vom 2. bis 4. Dezember 1977 in Stuttgart.

2.12.: Anreise, Vorbesprechungen, Gespräche mit Delegationen, Filme, Musik, Vorträge, Organisatorisches

3.12., 9.00 Uhr: 1907-1977: Thesen zur Einheit der sozialistischen Bewegungen – (Bezugspunkte der westdeutschen Linken zu kommunistischen und sozialistischen Bewegungen und Parteien in Süd- und Westeuropa)

Mittagspause 13-15 Uhr

15.00 Uhr: Diskussion, Zusammenfassung

21.00 Uhr: Internationales Fest

4.12., 10.30 Uhr: Manifestation

Informationen und Anmeldung: Projektgruppe 1907-1977, c/o Sozialistisches Zentrum, Neckarstr. 178, 7000 Stuttgart 1.

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/832593 • Redaktion "links" zur Zeit: Detlev Claussen (im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich für diese Ausgabe),Egbert Jahn, Jan Kuhnert, Roland Roth, Jutta Rücker, Hanfried Scherer • Verleger, Vertrieb und Anzeigen: Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/832593. Verlagssekretär: Klaus Vack • Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 1,80, Jahresabonnement DM 20,-- zuzüglich DM 5,-- Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH, 6050 Offenbach, Postscheckkonto PSA Frankfurt Nr. 61041-604 oder Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach Nr. 17412695 • Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in "links" wird kein Honorar bezahlt. Redaktionsschluß ist jeweils der 5. vor dem Erscheinungsmonat • Druck: hbo-druck, Einhausen • Beilagenhinweis: Einer Teilauflage liegen bei: Prospektkarte "links" + "express": Prospektkarte "Jetzt abonnieren!"; "links"-extrablatt; Prospekt des Merve Verlags zu Neuerscheinungen Winter 77/78.